

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **4542**

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4542

Leitz-Ordner R 80

XI

1-4

SS

R. K. F. V
R. u. S. H. A
Pers. Stab

12 4/64
(RSHA)

SM

XIV
34

XI 1

SS

Lehrbuch für die
Festigung deutschen
Vollstums

Generalia

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

13 4164

(RSHA)

BII 31 121

797

Ab schrift:

Geheim!

Bestimmte Abschrift zu Ak. 26272 B

F r l a s s
des Führers und Reichskanzlers zur Festigung
deutschen Volkstums.
Vom 7. Oktober 1939.

Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt. Damit hat das Großdeutsche Reich die Möglichkeit, Deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mußten, in seinen Reich zu aufnehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner Interessengrenzen die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, dass bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden. Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-W nach folgenden Bestimmungen:

I.

Dem Reichsführer-W obliegt nach meinen Richtlinien:

1. Die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen in Ausland,
2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volkfeindlichen Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die Deutsche Volksgemeinschaft bedeuten,
3. Die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, in besonderem durch Umsiedlung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.

Der Reichsführer-W ist ermächtigt, alle zur Durchführung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen.

Zur Erfüllung der ihm in Absatz 1 Nr. 2 gestellten Aufgaben kann der Reichsführer-W dem in Frage stehenden Bevölkerungsteilen bestimmte Wohngebiete zuweisen.

II.

In den besetzten ehemals polnischen Gebieten führt der Verwaltungschef über-Wst die dem Reichsführer-W übertragenen Aufgaben nach dessen allgemeinen Anordnungen aus. Der Ver-
waltungs-

B2-107

2/AY

DOKUMENT I (S. 2)

4 F

4249

- 2 -

Verwaltungsbereich Ober-Ost und die nachgeordneten Verwaltungschefs der Militärbezirke tragen für die Durchführung die Verantwortung. Ihre Massnahmen sind den Bedürfnissen der militärischen Führung anzupassen.

Personen, die zur Durchführung dieser Aufgaben mit Sonderaufträgen versehen sind, unterstehen insofern nicht der Schwabingergerichtsbarkeit.

III.

Die dem Reichsführer-SS übertragenen Aufgaben werden, soweit es sich um die Neubildung deutschen Bauerntums handelt, von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nach den allgemeinen Anordnungen des Reichsführer-SS durchgeführt.

In Übrigen bedient sich im Gebiete des Deutschen Reichs der Reichsführer-SS zur Ausführung seines Auftrages der vorhandenen Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Bildungsgesellschaften.

Falls über eine zu treffende Ausnahme zwischen dem Reichsführer-SS einerseits und der zuständigen obersten Reichsbehörde - in Operationsgebieten von Überbefehlshaber des Heeres - eine nach Gesetzgebung und Veranlassung erforderliche Einigung nicht erzielt werden sollte, ist eine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

IV.

Verhandlungen mit ausländischen Regierungen, Stellen und Behörden sowie mit den Volksdeutschen, solange sich diese noch im Auslande befinden, sind im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen zu führen.

V.

Sofern für die Beschäftigung zurückkehrender Reichs- oder Volksdeutscher Grund und Boden im Gebiet des Reichs benötigt wird, so finden für die Beschaffung des benötigten

832-107

2/AY

DOKUMENT 1 (2. 3)

S F

4250

- 3 -

nützigsten Landes das Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht vom 29. März 1935 (Reichsges. Bl. I S. 467) und die zu ihm ergangenen Durchführungsverordnungen entsprechend Anwendung. Die Aufgaben der Reichsstelle für Landbeschaffung übernimmt die vom Reichsführer-Wehrmacht bestimmte Stelle.

VI.

Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel stellt der Reichsminister der Finanzen dem Reichsführer-Wehrmacht zur Verfügung.

Berlin, den 7. Oktober 1939
 Reichsführer und Reichskanzler
 Gen. Adolf Hitler

Der Vorsitzende des Ministerrats
 für die Reichsverteidigung
 Gen. Göring
 Generalfeldmarschall

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
 Gen. v. Lammers

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
 Gen. Keitel

Die Über einstimmung der vorstehenden Abschrift mit der Urschrift bescheinigt

Berlin, den 9. Oktober 1939
 Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
 Gen. v. Lammers

f.d.H.d.A.
 Gen. Unterschrift
 Oberstabsratsführer.



f.d.H.d.A.
W. J. J. J.
 Hauptstabschef.

832-102
 2/44

DOKUMENT 1 (S. 4)

6 F

4257

Reichskommissar für die Festigung deutschen
Volkturns

Organisation
und
Geschäftsverteilungsplan
des
Stabshauptamtes

1. August 1942

Nur für den Dienstgebrauch

Inhaltsverzeichnis.

Anschrift und Dienstgebäude	Seite 1
Chef des Stabshauptamtes	" 2
Amtsgruppe A	" 4
Zentralamt (Z)	" 5
Amt Umsiedlung und Volkstum (I)	" 12
Amt Arbeitseinsatz (II)	" 15
Amtsgruppe B	" 19
Amt Wirtschaft (III)	" 20
Amt Landwirtschaft (IV)	" 23
Amt Finanzverwaltung (V)	" 27
Amtsgruppe C	" 32
Amt Planung (VI)	" 33
Amt Bauten (VII)	" 36
Zentralbodenamt (VIII)	" 38
Aussenstellen des Stabshauptamtes	" 40
Reichsschulen für Umsiedler	" 41
Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-G.m.b.H.	" 42
Dienststellen der Beauftragten des Reichsführers-#, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums	" 44

- 1 -

Postanschrift:

Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
Stabshauptamt
Berlin - Halensee
Kurfürstendamm 140

Dienstgebäude des Stabshauptamtes:

1.) Kurfürstendamm 140
Fernruf: 97 7891

Chef des Stabshauptamtes
Persönlicher Referent
Amt Z (Zentralamt)
Amt I (Umsiedlung u. Volkstum)
Amt II (Arbeitseinsatz)
Amt IV (Landwirtschaft)
Amt V (Finanzen)

2.) Kurfürstendamm 141
Fernruf: 97 7891

Amt VII (Bauten)
Amt III (Wirtschaft)

3.) Kurfürstendamm 142/143
Fernruf: 96 3991

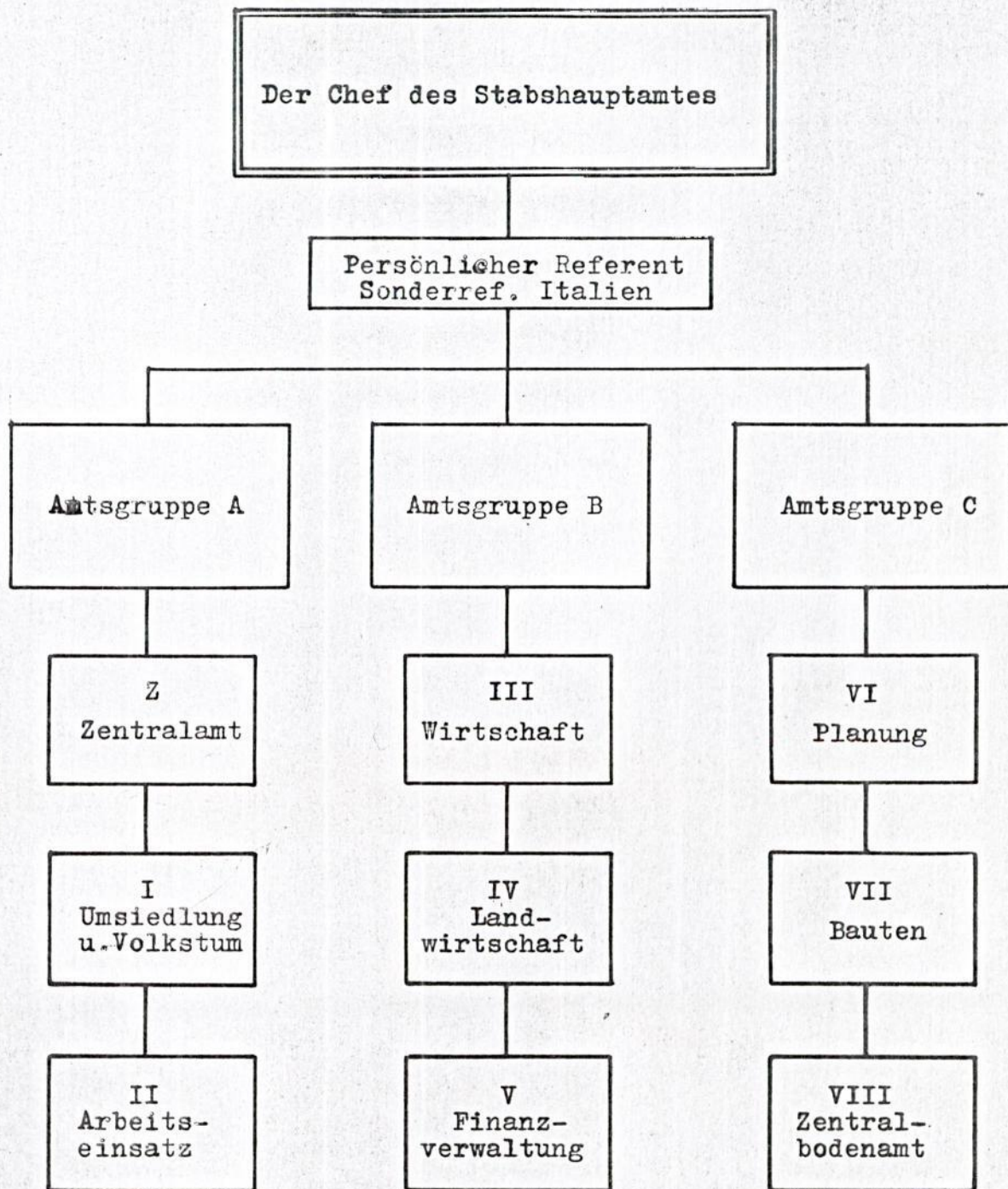
Amt Z (Zentralamt, Reg.)
Amt III (Wirtschaft)

4.) Berlin-Dahlem,
Podbielskiallee 27
Fernruf: 89 7716

Amt VI (Planung)

5.) Berlin NW 7,
Friedrichstr. 110/112
Fernruf: 42 3862

Amt VIII (Zentralbodenamt)



Dienststellen der Beauftragten des R.f.d.F.d.V.
Amtliche deutsche Ein- und Rückwandererestelle, Bozen
Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-G.m.b.H., Berlin

- 3 -

Der Chef des Stabshauptamtes

Greifelt
Gruppenführer
u. Generalleutnant der Polizei

Vertreter im Amt

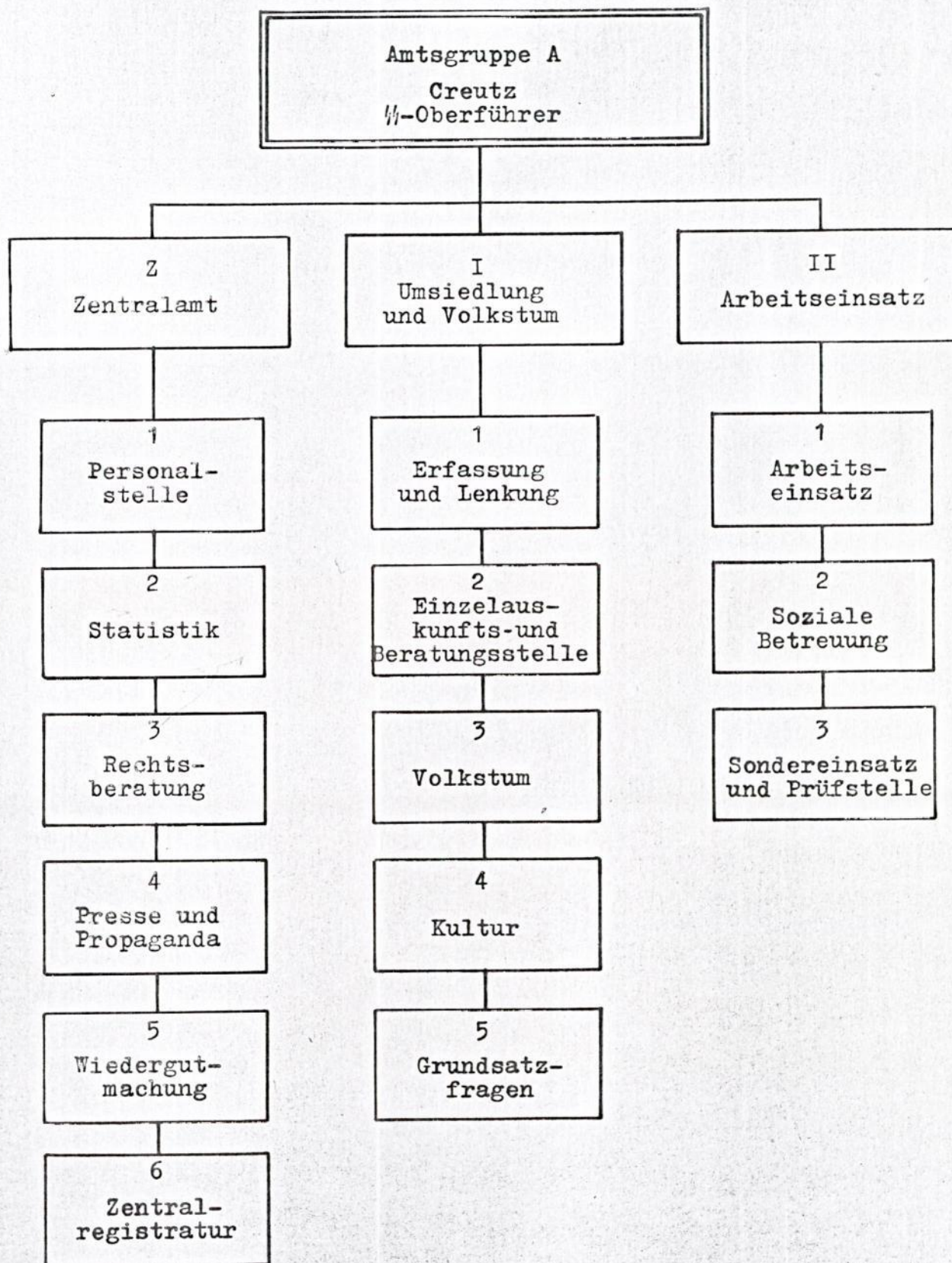
Crenz
Oberführer

Persönlicher Referent

Hefermehl
Hauptsturmführer
u. Oberlandesgerichtsrat

Sonderreferent Italien

Rappold
Okt.-Regierungsrat

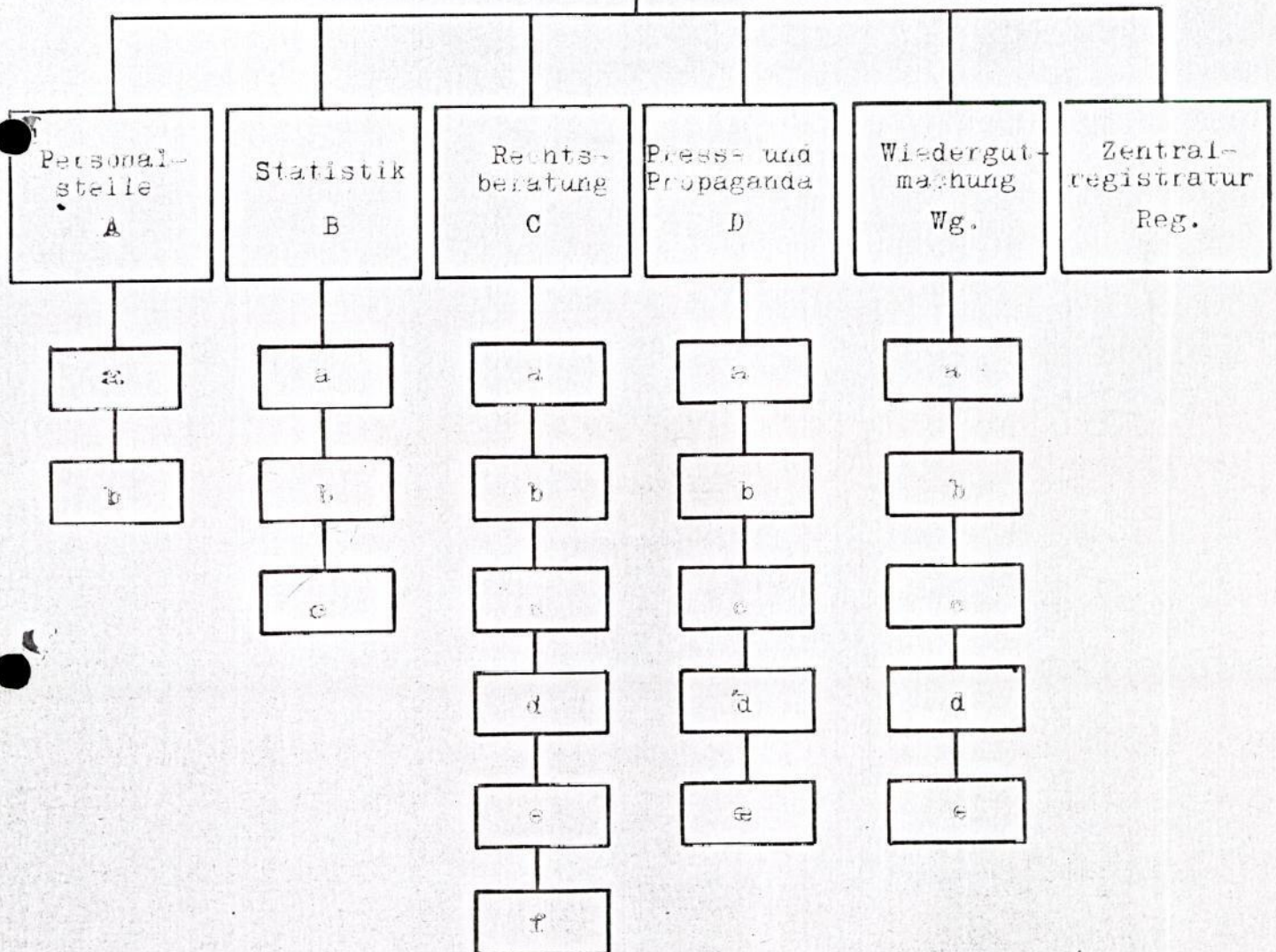


- 5 -

7

Amt Z
Zentralamt

Chef des Amtes
Creutz
H-Oberführer



Amt: Z (Zentralamt)

	Arbeitsgebiet	Chef bzw. Bearbeiter
Z	<u>Zentralamt</u> Gesamtorganisation des Stabshauptamtes und der unterstellten Dienststellen. Dienstreisen, Passangelegenheiten. Verbindung zu anderen Behörden. Innerer Dienst, Personalangelegenheiten, Stabsbefehle.	#-Oberführer C r e u t z
A	<u>Personalstelle</u> Vertreter Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten des Stabshauptamtes und seiner Aussenstellen	#-Obersturm- bannf. Wander #-Obersturm- f. Wenzel
	1. #-Angelegenheiten a) Allgemeines b) Erfassung c) Stellenbesetzung d) Orden und Ehrenzeichen e) Fürsorge-Angelegenheiten f) Urlaubsangelegenheiten	#-Untersturm- f. Fechner
	2. Zivile Angestellte a) Beamte Allg. Rechts- und Dienst- verhältnisse der Beamten Ernennungen und BDA Gehälter Versetzungen, Abordnungen Trennungsentuschädigung Umzugskosten Kinderzuschläge	Dr. Tillack

	Arbeitsgebiet	Chef bzw. Bearbeiter
	Beihilfen, Unterstützungen Sonstiges	
	b) Angestellte Allgemeine Rechts- und Dienst- verhältnisse der Angestellten, Einstellungen, Entlassungen Höhergruppierungen Versetzungen, Abordnungen Trennungsgeldschädigung Abordnungsgelder Umzugskosten Kinderzuschläge Beihilfen, Unterstützungen Sonstiges	
2.	Untersuchungsführer	H-Oberscharf. Dr. Graf
	a) Strafrecht b) Disziplinarrecht c) Rechtsabteilung	
B	Statistik	Dr. Lohmann
1.	Wissenschaftliche Abteilung	Dr. Lohmann
	a) Statistik des Menschenein- satzes, Fortschreibung der Umsiedlungs-, Ansiedlungs- und Lagerstandsziffern. Durch- führung von bevölkerungs- und berufstatistischen Erhebun- gen über die Umsiedler und Ge- winnung entsprechender Aus- wertungsergebnisse. Bereit- stellung allgemeiner statisti- scher Angaben über die An- siedlungsgebiete.	
	b) Sozialstatistik Statistik der Umsiedlerkreis- fürsorge, Wohnungsbaustatistik, Gesundheitsstatistik.	Frau Türke
	c) Wirtschaftsstatistik Statistik der Übergangsgelder, Vorschüsse, Kredite und Vermö- gensausgleiche bei Umsiedlern	Dipl.Volks- wirt Rösch

Arbeitsgebiet	Chef bzw. Bearbeiter
in Zusammenarbeit mit der DUT., Statistik der Möbel- und Hausratbeschaffung, Statistik der Gepäckbewegung und der Gepäckschäden.	
3) Landwirtschaftsstatistik Bodenbilanz (auf Grund der Erhebungsergebnisse des ZBA). Fortschreibung der durch das ZBA vorgenommenen Betriebserfassungen und Be- schlagnahmen. Landwirtschaft- liche Betriebsstatistik der Umsiedler	Dipl. Landw. Kröger
a) Finanzstatistik Statistik der Umsiedlungs- kosten.	Martinetz
2. Graphische Abteilung	Frl. Berger
3. Erfassung Südtirol	Althoff
a) Kartei b) Zahlgruppe	Frau Otto Frau Schneider
<u>Rechtsabteilung</u>	
<u>Rechtsberatung</u>	
Behandlung aller juristischen Fragen im Aufgabenbereich des Reichskommissars für die Festi- gung deutschen Volkstums. Mit- wirkung bei Gesetzen, Verord- nungen und allgemeinen Regelun- gen.	#-Obersturm. Rechtsanwalt Wirsich
Ständiger Vertreter	Dr. Fiedler
1. Siedlungs- und Bodenrecht	Dr. Fiedler
2. Familienrecht	Dr. Kraeuter
a) Rechtsstellung der Volks- deutschen	
b) Rechtsstellung der Umsied- ler	

	Aufgabengebiet	Chef bzw. Bearbeiter
	3. Umsiedler-Gepäck und Transportfragen a) Gepäckschaden b) Gepäckzustellung	Dr. Kraeuter
	4. Geschäftsstelle des Obersten Prüfungshofes für Volkszuge- hörigkeitsfragen	Reg. Rat. Dr. Kirchner
	5. Mitwirkung bei Volkstumsfragen vom Rechtsstandpunkt aus a) Oberschlesien b) Warthegau c) Danzig-Westpreussen d) Sudostpreussen	Reg. Rat. Dr. Kirchner
	6. Rechtsstreitigkeiten die sich aus für den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums an- gemeieteten Grundstücken ergeben.	Nebel
D	Presse und Propaganda	H-Untersturm f. Gerlach
	Vertreter	Fr. Goedicke
	1. Presse	
	2. Rundfunk	
	3. Film	
	4. Bücherei, Bildarchiv, Zeitungs- archiv, Wanderungsarchiv	
	5. Ausstellungsstab	
Wg	Wiedergutmachung	H-Obersturm f. Dr. Sick
	Vertreter	Rechtsanwalt Dr. v. Bohlen
	1. Entschädigung Kriegsschaden-VO., Gesetzgebung, Mitwirkung, Beteiligung und Zustim- mung des R. f. d. F. d. V.; - Ausländer-	Rechtsanwalt Dr. v. Bohlen

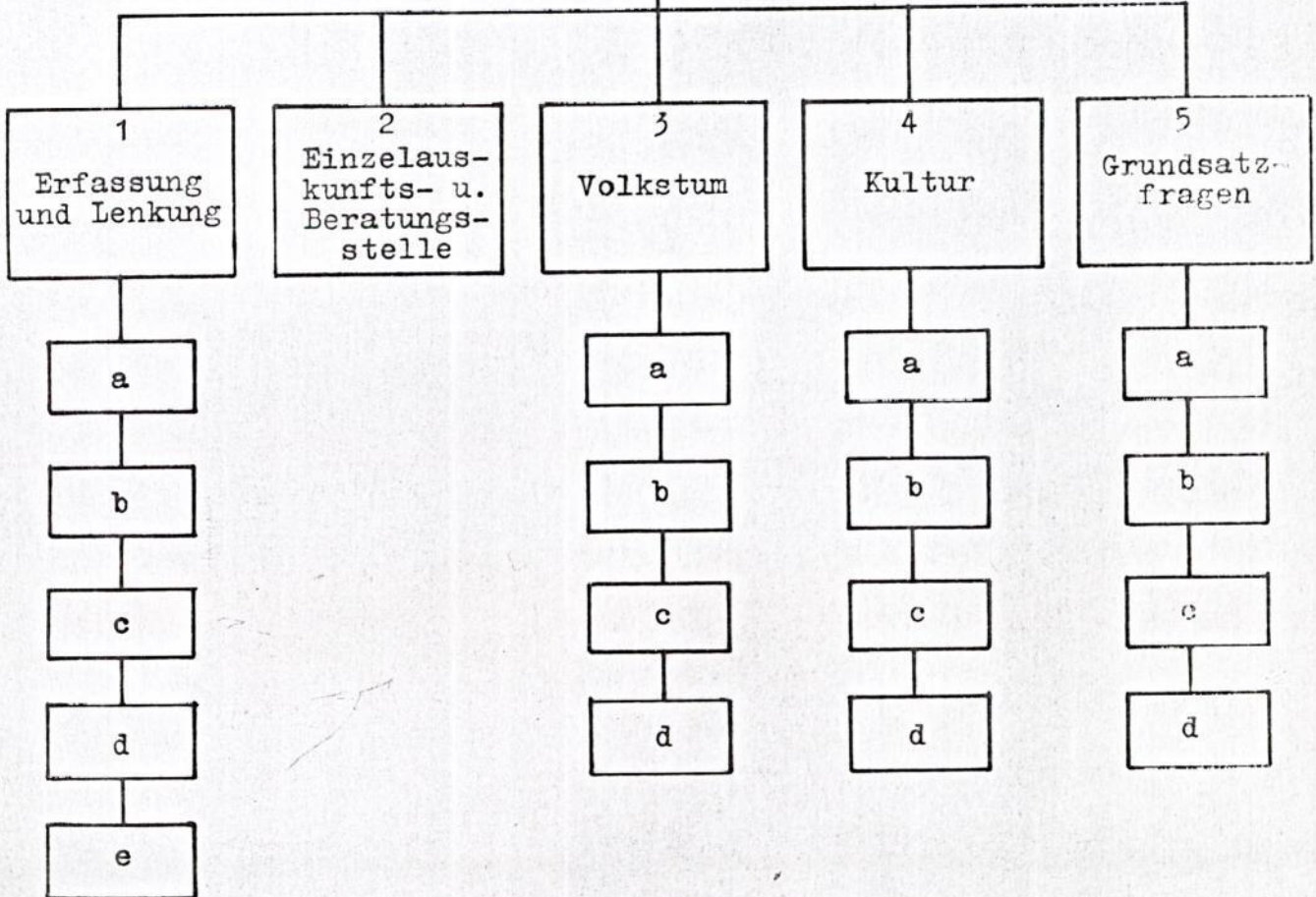
Aufgabengebiet	Chef bzw. Bearbeiter
<p>regelung einschl. Volksdeutscher für Kriegssachschäden im Reichsgebiet, Zulassungsverfahren, Mitwirkung des R.f.d.F.d.V.; - Ausdehnung der Kriegssachschädenregelung auf Gebiete ausserhalb des Altreichsgebietes, Zulassungsverfahren.</p> <p>Volkstumschäden-VO., Gesetzgebung, Mitwirkung, Beteiligung und Zustimmung des R.f.d.F.d.V., Volkstumschäden auf ausserhalb des Altreichsgebietes gelegene Gebiete, Zulassungsverfahren auf Grund der 1. - 6. Durchführungs-VO.</p> <p>Eingliederungsschäden. Mitwirkung und Beteiligung des R.f.d.F.d.V. auf Grund der Verordnung über den Ausgleich von Rechtsansprüchen vom 22.11.41.</p>	<p>H-Untersturmf. Richardi</p> <p>Rechtsanwalt Dr.v. Bohlen</p>
<p>2. Ordnung Volksdeutscher Grundstücksangelegenheiten.</p> <p>Vertreter</p> <p>Tausch kriegszerstörter Grundstücke. Agrarreform und Liquidationsschäden. Ordnung volksdeutscher Grundstücksgeschäfte. Allgemeine Anordnung b/Wg. auf landwirtschaftlichem und gewerblichem Sektor.</p>	<p>Rechtsanwalt Dr.v. Bohlen</p>
<p>3. Beschwerden</p> <p>Beschlagnahmebeschwerden von Personen, deren Volkszugehörigkeit durch den Obersten Prüfungshof endgültig geklärt ist. Erfassung und Rückführung von zu Unrecht evakuierten Personen.</p>	<p>H-Untersturmf. Keller-Lux</p>
<p>4. Rückwanderung und Rückerwerb.</p> <p>Vormerkungen (Sperrvermerke) im landwirtschaftlichen und gewerblichen Sektor und städtischen Grundbesitz. Einsatz der Rückwanderer. Bearbeitung von Sonderfällen.</p>	

- 11 -

	Aufgabengebiet	Chef bzw. Bearbeiter
5.	Rückwandererkartei Überprüfung der Fragebogen, Überprüfung der Karteikarten, Vorprüfung der Sperrvermerke, Karteiführung und Aufsicht.	Breitkreutz
Reg.	<u>Zentralregistratur</u>	H-Obersturm f. Schuh
	Posteingangsstelle Eingangskartei, Postverteilung	H-Obersturm f. Schuh
	Geheimregistratur	H-Unterscharf. Zipfel
	Aktenhaltung Einzelfälle, Behördenakten, Sachakten.	H-Obersturm f. Schuh
	Postversand	H-Oberscharf. Pfann
	Druckerei	H-Unterscharf. Schönke

Amt I
Umsiedlung und Volkstum

Chef des Amtes:
Dr. Stier
⚡-Sturmbannführer



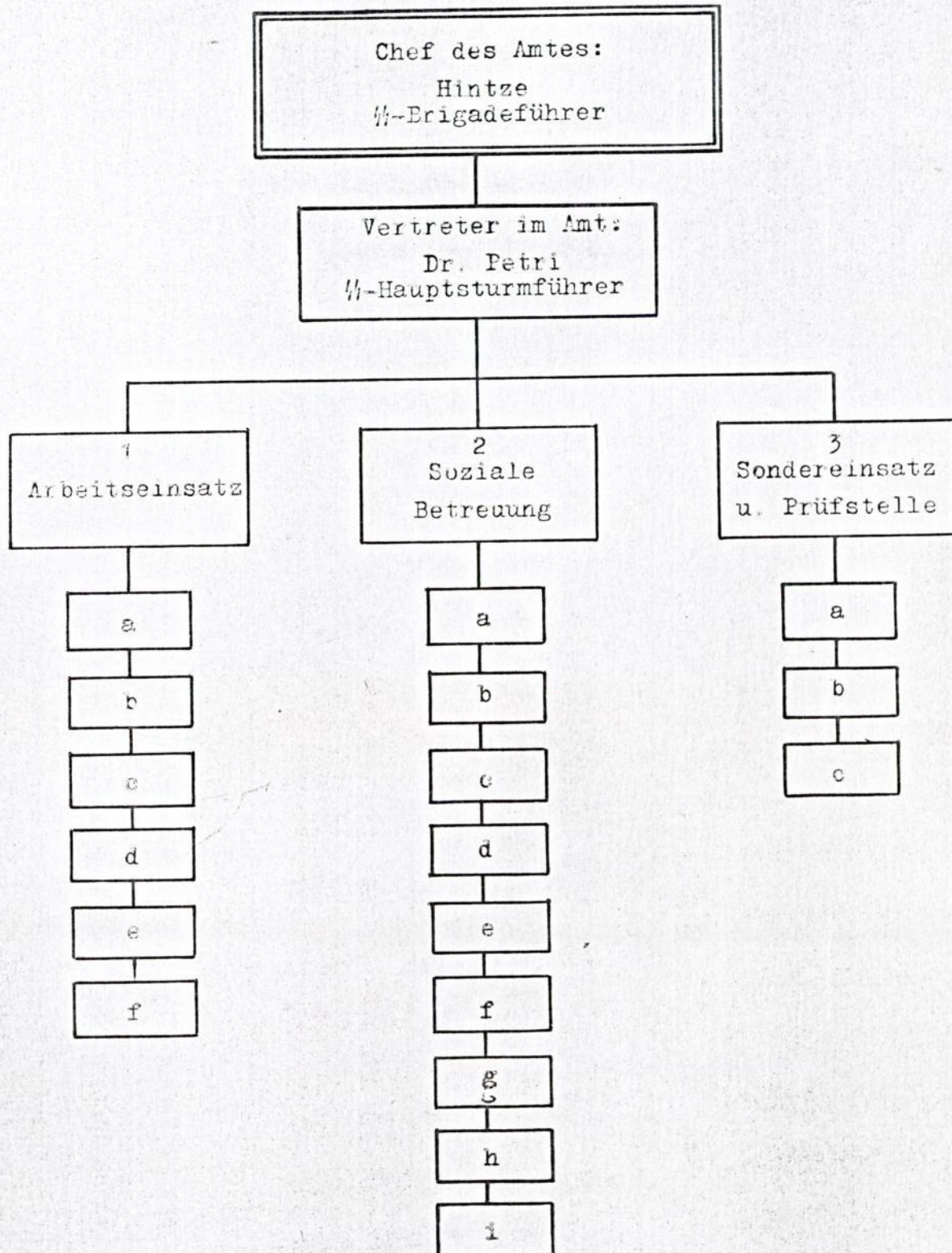
Amt: Umsiedlung und Volkstum

	Arbeitsgebiet	Chef bzw. Bearbeiter
	Umsiedlung und Volkstum	#-Sturmabannführer Dr. Stier
	Vertreter	#-Obersturmfm. Reg.Rat Schroeder
	<u>Aufgaben</u>	
	Verteilung der Volksgruppen auf die Ansatzgebiete. Zentrale Len- kung der Umsiedler-Auswahl. Um- siedlungsverträge; organisato- rische Vorbereitung der Umsied- lungen.	
1.	Erfassung und Lenkung	#-Sturmabannfm. Dr. Stier
	a) Altreich b) Osten c) Westen d) Süden e) Umsiedlergruppen	
2.	Einzel-Auskunfts-Beratungsstelle	#-Hauptsturmfm. Greiser
3.	Volkstum	#-Hauptsturmfm. Schubert
	Vertreter	#-Hauptsturmfm. Appel
	a) Verbindung zu den anderen Hauptämtern des Reichskom- missars für die Festigung deutschen Volkstums.	
	b) Volkspolitische Lenkung des Siedlereinsatzes.	
	c) Beschaffung von Unterlagen.	
	d) Volkspolitische Überwachung der Siedlungserfolge.	
4.	Kultur	#-Hauptsturmfm. Schubert
	Vertreter	#-Hauptsturmfm. von Thermann

- 14 -

Aufgabengebiet	Chef bzw. Bearbeiter
<p>a) Verbindung zum Reichserziehungsminister, Reichsleitung der NSDAP, Amt für Volkstumsfragen, Lebenstora und Ahnenerbe.</p> <p>b) Förderung kultureller Einrichtungen zur Festigung deutschen Volkstums.</p> <p>c) Erziehungsfragen und Schulungskurse. Betreuung von Schulen und Studenten, Auswahl geeigneter Schultypen und Lehrkräfte. Fragen der Ausbildung und Weiterbildung der Fach- und Hochschulen.</p> <p>d) Behandlung von Geistlichen.</p> <p>e) Sonstige mit der Umsiedlung und der Gestaltung der Siedlungsgebiete zusammenhängenden Kirchenfragen.</p>	
<p>5. Grundsatzfragen</p> <p>Allgemeine Anordnung und Anordnung des Reichsführers #, Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Festlegung der Aufgaben der einzelnen bei der Umsiedlung beteiligten Dienststellen.</p> <p>a) Umsiedlungsverträge Organisatorische und technische Vorbereitungen für die Umsiedlungen von deutschen Volksgruppen in Gemeinschaft mit der Voni.</p> <p>b) Anerkennung der Umsiedlereigenschaft.</p> <p>c) Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsfragen Namensänderungen Wehrdienst der Umsiedler</p> <p>d) Rangordnung und Ansiedlungsbe- rechtigung Einreisebestimmungen Durchlassscheine</p>	<p>#-Obersturm f. Reg.Rat Schroeder</p>

Amt II
Arbeitseinsatz



Amt: Arbeitseinsatz

	Arbeitsgebiet	Chef bezw. Bearbeiter
II	Arbeitseinsatz	#-Brigadef. Hintze
	Ständiger Vertreter	#-Hauptsturmff. Petri
1.	Arbeitseinsatz	Oberreg. Dr. Bethge
	a) Arbeitseinsatz von Umsiedlern: a) Vorübergehender Einsatz, b) endgültiger Einsatz im Alt- reich (Erfassung der A-Fäl- le, Karteiführung), c) endgültiger Einsatz in den neueingegliederten Gebieten, d) Überführung von Umsiedlern in das Beamtenverhältnis (Grundsätzliches und Ein- zelfälle), e) Schwerbeschädigtenfürsorge. b) Berufsberatung und berufliche Schulung von Umsiedlern. c) Beteiligung beim Arbeitsein- satz von Reichs- und Volks- deutschen in den wiedereinge- gliederten Ostgebieten. d) Beteiligung beim Arbeitsein- satz von sonstigen Volksdeut- schen im Altreich. e) Beteiligung beim Arbeitsein- satz von ausländischen Ar- beitskräften. f) Arbeitseinsatz von wiederein- deutschungsfähigen Personen.	
2.	Soziale Betreuung	#-Untersturmff. Dr. Lammermann
	a) Mitarbeit bei der Festlegung von Grundsätzen für die Sam- melbetreuung,	

Arbeitsgebiet	Chef bzw. Bearbeiter
<p>Unterbringung in Lagern, Bergungsquartieren, Anstalten und Heimen, gesundheitliche Betreuung während der Sammelbetreuung, geldliche Unterstützung während der Sammelbetreuung.</p> <p>b) Entschädigung bei Unfällen während des Transportes und der Sammelbetreuung.</p> <p>c) Umsiedlerkreisfürsorge, Jugendfürsorge, Erziehungsbeihilfen.</p> <p>d) Vormundschaft, Lebensborn und Nachlasswesen von Umsiedlern.</p> <p>e) Krankenversicherung, Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung.</p> <p>f) Versorgungsgebühren für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, staatliche Pensionen, Privatpensionen.</p> <p>g) Unterbringung von Alten, Kranken und Siechen nach Ablauf der Sammelbetreuung.</p> <p>h) Wehr- und Arbeitsdienst.</p> <p>i) Wohnungsbeschaffung.</p>	
3. Sondereinsatz- und Prüfstelle	NSKK-Staffelf. K e l b
<p>a) Durchführung von Sonderaufträgen, Aussiedlung, Verhandlungen mit Reichsverkehrsministerium, Reichsgesundheitsführung, N.S.V. und Volksdeutscher Mittelstelle.</p> <p>b) Überwachung der Unterbringung und Behandlung der Umsiedler durch Partei- und Staatsdienststellen.</p> <p>c) Anweisungen an die Höheren W- und Polizeiführer.</p> <p>d) Überprüfung und Abänderung der Ansatzentscheidungen.</p>	

- 18 -

Arbeitsgebiet

Chef bezw.
Bearbeiter

- e) Sonder-, Ausnahmegenehmigungen und Beurlaubungen in die alten und neuen Ostgebiete.
- f) Gepäckabrufe und -zustellungen.
- g) Überprüfung der Balternachumsiedler.

XI 2

SS

Rechtskommissionar für
die Festigung deutschen
Vollstums

● Behandlung der
ausl. Lehret

●

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

Ab 4164

(RSHA)

Berlin, den 23. August 1941

Niederschrift

Betr.: Besprechung über den Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich
am 22.8.41, 15^h beim Reichsführer-SS, Chef der deutschen Polizei, Prinz-Albrecht-Str. 8.

Vorsitz: SS-Brigadeführer Müller

Teilnehmer: Auswärtiges Amt,

Reichsarbeitsministerium (Dr. Haubler)

Reichsstatthalter der Arbeit,

Propagandaministerium,

Justiz (Dr. Wittern)

DNF,

(Schubert)

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums,

OKW - Abteilung Abwehr - (Hauptmann Krausholt)

SS-Brigadeführer Müller teilte eingangs mit, daß Obergruppenführer Reichsführer nach Rückkehr aus dem Führerhauptquartier zu einer weiteren Besprechung in etwa 3 - 4 Wochen einladen werde. Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten.

I. Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. (Referat Harz, SS Hauptamt)

Bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ergeben sich 3 Gedankenmomente.

1. Für die Sicherheit des Staates,
2. Für die Stetigkeit der Produktion,
3. Für die Reinerhaltung des Volkstums und der Rasse.

Ausgangspunkt für die Behandlung der Ausländer muß die Stellung des jeweiligen Staates, dessen Repräsentanten in Deutschland arbeiten, jetzt und nach dem Kriege sein.

Es ist beabsichtigt, einen Runderlaß an die Sicherheitspolizei herauszugeben, in dem alle Probleme der Ausländerbehandlung behandelt werden. Mitarbeit aller beteiligten Dienststellen sei notwendig.

Harz kritisierte sodann die bei der Anwerbung von Ausländern aufgetretenen Unstimmigkeiten:

1. zu hohe und unerfüllbare Versprechungen,
2. Berufsirrtum der Einsatz, obwohl Berufseinsatz versprochen war
3. ungenügende Ausrüstung der Ausländer mit Identitätspapieren bei der Einreise in das Reich,
4. ungenügende ärztliche Untersuchung.

Bei den z.Zt. laufenden Anwerbungen in Spanien (es werden 2-300 000 Spanier überwiegend für die Industrie angeworben werden) sei die Unterstützung der ärztlichen Untersuchung durch deutsche Ärzte erstmalig vereinbart, ebenso die polizeiliche Absonderung von Sittlichkeitsverbrechern, Saboteuren und schwer vorbestraften Elementen durch Zusammenarbeit des SD mit den spanischen Polizeieinstellen. Als besonders erschwerend für die polizeiliche Überwachung der Ausländer wirken sich die wilden Anwerbungen aus.

RAH trat der Kritik in den Ausführungen des Ass. Barz entgegen und wies auf die Schwierigkeiten bei der Auswahl von Arbeitskräften bei Anwerbungen in souveränen Staaten hin. Fachliche Gesichtspunkte ließen sich dabei nicht immer durchsetzen. Auch bei Schutzstaaten sei die Inanspruchnahme der dortigen Arbeitseinsatzdienststellen unvermeidbar, ein loyales Zusammenarbeiten dieser Behörden jedoch nicht immer gegeben. Der Begriff des Facharbeiters sei ein durchaus anderer als in Deutschland, der Leistungsstand der Ausländer durchweg ganz erheblich niedriger. Ebenso die Leistung der Ausländer bei Akkordarbeiten. Das RAH verlange selbst, daß kein Ausländer ohne Pässe hineinkommt. Italien habe jedoch ohne Zustimmung der deutschen Stellen einen sogenannten Passaport (Papersatz) eingeführt. Ebenso hätten im Sommer 1940 Franzosen ohne Pässe hineingenommen werden müssen, da die Anwerbungen äußerst dringlich waren und die Passbehörden in Frankreich noch nicht voll arbeiteten.

OKW Abwehr erklärte, es würde die Anwerbung durch andere Dienststellen als das RAH nicht länger dulden, ebenso wenig wie die Herübernahme von Arbeitskräften z.B. aus Frankreich nach Rumänien durch die Organisation Todt, solange die Arbeiter keine Pässe besitzen. Ausnahmen könnten z. B. zugestanden werden, wenn es sich um die Hereinnahme von Schweizern handelt und die Reichsdienststellen bei der Anwerbung offiziell nicht in Erscheinung treten wollen.

11. Geschlossene Unterbringung (Referat Barz).

Die geschlossene Unterbringung der Ausländer sei aus allen drei eingangs erwähnten Gesichtspunkten (Sicherheit, Arbeitsdisziplin, Erhaltung der Rasse) notwendig. Die Betriebe könnten verpflichtet werden, vor dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte für geschlossene Unterbringung Vorsorge zu treffen. Es sei jedoch kein Barackenbaumaterial vorhanden. Verhandlungen hierzu müßten mit den G.G. Bau und der Wehrmacht geführt werden. Vor den dabei auftretenden Schwierigkeiten dürfe man nicht kapitulieren, da der Ausländereinsatz ~~er~~ für die Wirtschafterhaltung der inneren Disziplin vordringlich ~~ist~~ und durchaus kriegsentscheidendes Problem sei.

OKW Abt. IV äußerte sich pessimistisch hinsichtlich der Möglichkeit Wehrmachtbaracken zur Verfügung zu stellen. In der Ukraine seien nach den eingegangenen Berichten riesige Getreidemengen vorhanden, aber keine Lagermöglichkeit. Alle verfügbaren Baumaterialien müßten dort eingesetzt werden. Das Interesse des OKW an lagermäßiger Unterbringung der Ausländer sei an sich sehr groß.

DAF regte eine regionale Verteilung der fremden Arbeitskräfte nach Nationen an. Diese Frage soll Gegenstand der späteren Besprechung mit Obergruppenführer Heidrich sein.

AA zeigt die praktischen Schwierigkeiten einer solchen regionalen Verteilung auf. Die lag ermäßige Unterbringung sei notwendig. Eventuell könnte der RAB Baracken zur Verfügung stellen. Eine straffe Führung der Lager sei notwendig, hierzu polizeiliche Bedürfnisse für die Lagerführer. Es müßte eine einheitliche Lagerordnung geschaffen werden.

DAF weist auf die Schwierigkeiten bei der Schaffung einer solchen Lagerordnung hin, die durch die Mischung der verschiedenen Nationen entstehen (Regelung der Ausgangszeiten usw.).

RNST erklärt, daß gemeinschaftliche Unterbringung, soweit diese nicht ohnehin in den Wanderarbeiterunterkünften der Großbetriebe erfolgt, in der Landwirtschaft undurchführbar sei.

Das AD Hauptamt ist hierzu gleicher Auffassung.

Das Propagandaministerium kündigt eine erste große Propagandawelle an unter dem Motto: Sei stolz, daß Du deutschen Blutes bist. Hinsichtlich

der Qualität der Unterbringung ergab sich, daß bei sehr guter Unterbringung der Ausländer die deutschen Arbeiter sich benachteiligt fühlen. Bei schlechter Unterbringung wächst die Unzufriedenheit der Ausländer.

III. Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches. (Referat Barz)

Grundlage für die Bestrafung des deutschen Arbeiters ist die Verletzung des Rechtsverhältnisses als Grundsatz des NS-Arbeitsrechts. Diese Voraussetzung liegt beim Ausländer nicht vor. Daher muß der Ausländer unter besondere Rechte gestellt werden. Der Vertragsbruch ausländischer Arbeitskräfte soll daher grundsätzlich ohne gerichtliches Strafverfahren durch staatspolizeiliche Maßnahmen, Arbeits erzwingungslager, behandelt werden. Hierbei steht die Abrechnung im Vordergrund. Arbeits erzwingungslager seien bereits überall errichtet, es würden z.B. noch weitere geschaffen. Die Beteiligung des Reichstreuhänders der Arbeit sei weiterhin notwendig. Sobald jedoch die Schlichtungs- und Ordnungsmaßnahmen des Reichstreuhänders nicht mehr zum Ziele führen, solle bei Ausländern die weitere Exekution allein in die Hand der Sicherheitspolizei liegen. Nur dann sei eine schnelle und wirksame Bekämpfung des Vertragsbruches der Ausländer für die Sicherheitspolizei notwendig. Die weitere Ausstrahlung beseitigte das Mißverständnis, daß in der Auffassung des Aufwartigen Amtes und des Reichstreuhänders lag, als seien die staatspolizeilichen Maßnahmen schärfer als die gerichtlichen Maßnahmen. Dieser Auffassung trat Barz entgegen. In Arbeitserzwingungslager würden die Insassen energisch zur Arbeit (12 Stunden) angehalten bei durchaus ausreichender Vorpflegung und einem angemessenen Arbeitsverdienst, der nach Beendigung der Unterbringung ausgezahlt wird. Verhandlungen wegen Unterstützung der Familie der Lagerinsassen waren im Gange. Bei den Verhandlungen mit Italien sei zum Ausdruck gekommen, daß auch Italien diesen Maßnahmen zustimmt, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß durch die polizeiliche Maßnahme kein Vermerk in das Straßbüchlein gelangt.

Amst erklärt schwere und wirksame Maßnahmen gegen den Arbeitsvertragsbruch für unbedingt notwendig und weist darauf hin, daß 1940 30 % der eingesetzten Polen, und zwar ganz überwiegend im Wege des Vertragsbruches ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben. Grund sei überwiegend geringere Entlohnung der in der Landwirtschaft Tätigen, an der wegen der Kriegsverhältnisse nichts habe geändert werden können.

Propagandaministerium hält die Arbeitserziehungslager für richtig, um der zunehmenden Verlotterung der Arbeiter, insbesondere der aus dem Südostraum zu steuern. Der Ausländer erwartet in Deutschland straffe Disziplin, findet sie tatsächlich nicht vor und versucht selbstverständlich so viel Freiheit wie möglich zu erhalten.

DAF verlangt eindeutige Definition des Arbeitsvertragsbruches. Dieser würde in 50 % der Fälle durch die Betriebe selbst verursacht. Hierzu wurden Einzelfälle aus der industriellen Wirtschaft angeführt, bei denen es sich hauptsächlich um Ausländer, handelt, die bei industriellem Einsatz nicht die ihnen versprochenen Lebensbedingungen vorgefunden hätten. Biz findet abschließend Zustimmung zu dem Grundsatz, daß nach Verbüßung des Arbeitserziehungslagers in jedem Fall Rückführung an den früheren Arbeitsplatz erfolgt. Große Schwierigkeiten ergeben sich aus der Forderung. Eine Rückführung aus dem Ausland sei in jedem Falle schwierig, bei den souveränen Staaten wegen der Verletzung der Souveränität, bei den Schutzstaaten wegen der großen Zahl der Fälle und der Unmöglichkeit in jedem Falle eine Rückführaktion durchzuführen. Die Ausnahme konnte sich daher im wesentlichen nur auf die in Deutschland oder an den Grenzen befindlichen Ausländer beschränken. Nur in besonders krassen Fällen könne eine Rückführung aus dem Ausland erfolgen. Wegen der Forderungsmassnahmen müßte eine besondere Besprechung zwischen der SD und dem RAA stattfinden.

IV Verbot des Geschlechtsverkehrs (Referat Barz).

Ein Verbot des Geschlechtsverkehrs für alle Ausländer läßt sich z.Zt. nicht mit rassenpolitischen Gründen gegenüber dem Ausland begründen, sondern nur mit dem Kriegszustand. Die eingezogenen deutschen Soldaten müßten die Gewissheit haben, daß ihren zurückgebliebenen Frauen nichts geschieht. *Und die Männer mit fremden Frauen?*

Propagandaministerium berichtet riesigen Straßenfall. ^{her}Schlägt da zunächst die Aufklärung als Vorbereitung auf das Verbot vor. Im übrigen wird das Verbot begrüßt. Die propagandistische Einwirkung muß vor allem auf die deutsche Frau ausgerichtet sein. Reichsführer-SS unterstützt gleichfalls das Verbot gegebenenfalls nach Ablauf der Propagandawelle, die bisher starkstens vermisst würde. In einer früheren Besprechung mit dem auswärtigen Amt sei angeregt worden, mit den Achsenmächten einen

gegenseitigen Vertrag über die Keinerhaltung der Rasse zu schließen. Wenn dadurch auf diesem Gebiet mit Italien "Bereinstimmung" erzielt wäre, könnten die selben Grundsätze auf die übrigen europäischen Staaten angewendet werden.

Barz erklärte abschließend, daß die Anwendung des Verbotes gegenüber gleichrangigen (Niederländern, Flamen usw.) lockerer gehalten werden kann. Eine offizielle Ausnahme für diese könne natürlich nicht zugestanden werden.

Handwritten signature
1978

Abschrift

I - 3/4/9.5.40 Da.B/La

27. August 1941.

Vorgang: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter.

Bezug: Ihr Schreiben IV D 2 c - 4883/40 g - 196 - vom 11.8.

An das
Reichssicherheitsamt

B e r l i n SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

A u s z u g

1. In Fällen, in denen die Eindeutschungsfähigkeit der zur Sonderbehandlung vorgeschlagenen Polen vom Rasse- und Siedlungshauptamt-§ anerkannt wird, ist vom zuständigen Höheren §- und Polizeiführer die Feststellung der Anschriften der Sippenangehörigen (Ehefrau, Kinder, Eltern und Geschwister) zu veranlassen. Die Anschriften sind dem Rasse- und Siedlungshauptamt-§ mitzuteilen, damit die gesamte Sippe auf Eindeutschungsfähigkeit untersucht und gegebenenfalls mit in die Maßnahme der Eindeutschung einbezogen wird.
- 2) In Zukunft sollen alle eindeutschungsfähigen Personen Kennkarten mit der Eintragung "eindeutschungsfähig" erhalten. Dabei soll auch der Zustand, dass die Fremdenpässe in Jitzmannstadt ohne Anwesenheit der im Reich überprüften Personen ausgestellt werden mußten, abgeändert werden. Für diese Personen werden in Zukunft die Kennkarten an Ort und Stelle ausgestellt. Ein entsprechendes Verfahren wird vom Reichsführer-§ und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern - S II B 3 Nr. 2510/41 - 459 - ausgearbeitet.

3.) Die eindeutschungsfähigen Personen dürfen nach dem Befehl des Reichsführers-~~H~~ nur in solche Arbeitsstellen eingewiesen werden, die von den zuständigen Höheren ~~H~~- und Polizeiführern sorgfältig vorgeprüft sind. Für den Einsatz von Personen aus den ehemals polnischen Gebieten sind z.Zt. nur die Bereiche der Höheren ~~H~~- und Polizeiführer Ostsee, Nordsee, Spree, Elbe, Mitte, Donau und Alpenland zugelassen. Ich bitte, die auf Grund des dortigen Erlasses vom 5.7.41 überprüften und als eindeutschungsfähig anerkannten Personen nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager einem dieser genannten Höheren ~~H~~- und Polizeiführer zuzuweisen.

gez.: Fährdrich

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee, d. 25.2.1942
Kurfürstendamm 140
Tel. 97 78 91

G e h e i m !

Az.: I - 3/4 - 9.5.40 PS/Re.

Tgb.Nr. 528/41.

Vorgang: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen
Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen;
hier: Arbeitsinsatz wiedereindeutschungsfähiger Per-
sonen nach erfolgtem Strafvollzug.

Bezug : Erlass des Reichsführers-⁴ und Chef der Deutschen
Polizei im Reichsministerium des Innern vom
5.7.1941 - Az.: S IV D 2 c 4883/40 g - 196 -

An die

Höheren H- und Polizeiführer

Alpenland, Donau, Elbe, Fulda-Werra,
Mitte, Nordsee, Ostsee, Rhein, Spree,
Süd, Südost, Südwest, Nordost, Weichsel,
West und Westmark.

In Ergänzung des obengenannten Erlasses bitte ich, bei der
Sonderbehandlung polnischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener
folgendes zu beachten:

- 1.) Die bei Ihnen von den Staatspolizei-Leitstellen beantragten
rassischen Untersuchungen in Sonderbehandlungsfällen sind
unverzüglich durch den zuständigen Bau-Führer oder den zur
Ergänzungsstelle kommandierten Eignungsprüfer durchzuführen,
da die bei negativem Ausfall vorzunehmende Sonderbehandlung
nur wirksam ist, wenn sie der Tat unmittelbar folgt.
- 2.) Das Ergebnis der rassischen Überprüfung ist sofort der
zuständigen Staatspolizei-Leitstelle mitzuteilen. Gleich-
zeitig ist mir unter Angabe der Personalien, des Heimat-
und letzten Arbeitsortes jeder Fall zu-^r Kenntnis zu bringen
- 3.) Sofern die Wiedereindeutschungsfähigkeit anerkannt wird,
ist, unabhängig von der Unterrichtung der Staatspolizei-
Leitstelle gemäß Abs. 2, von dem beantragenden Höheren H- und
Polizeiführer die Feststellung der Anschriften der Sippen-
angehörigen (Ehefrau, Kinder, Eltern und Geschwister) zu

veranlassen. Diese Anschriften sind dem Rasse- und Siedlungshauptamt-W mitzuteilen, damit die ganze Sippe auf ihre Wiedereindeutschungsfähigkeit untersucht und gegebenenfalls in die Maßnahme zur Wiedereindeutschung einbezogen werden kann. Im Rahmen dieser Untersuchung wird die Erbgesundheit der gesamten Sippe, soweit es möglich ist, geprüft.

- 4.) Das Reichssicherheitshauptamt - Referat IV c 2 - wird von mir darüber unterrichtet, in welchen W-Überschnitt der Wiedereindeutschungsfähige nach erfolgter Entlassung aus dem Konzentrationslager in Marsch zu setzen ist. Für den Einsatz von Personen aus den Ostgebieten sind nur die Bereiche der Höheren W- und Polizeiführer Alpenland, Donau, Elbe, Nordsee, Ostsee, und Spree zugelassen und in diesen Gebieten nur in Arbeitsstellen, die von den Höheren W- und Polizeiführern besonders vorgeprüft sind. Die Benachrichtigung der nachgeordneten Stellen sowie auch des Konzentrationslagers erfolgt als dann vom Reichssicherheitshauptamt unmittelbar.
- 5.) Nach Überprüfung der gesamten Sippe gibt das Rasse- und Siedlungshauptamt-W die endgültige Sippenbeurteilung dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bekannt. Es ist notwendig, den Polen nicht vor Feststellung der endgültigen Sippenbeurteilung aus dem KL zu entlassen, da es möglich sein kann, daß nach Überprüfung der Sippe auch die Eindeutschung des vorläufig als Einzelfall positiv beurteilten Polen unerwünscht ist, wenn nämlich die Sippe in ihrem Durchschnittswert den Ausleseanforderungen für eine Eindeutschung nicht gerecht wird.
- 6.) In Zukunft sollen alle wiedereindeutschungsfähigen Personen Kennkarten mit der Eintragung - "Wiedereindeutschungsfähig" - erhalten. Das hierfür einzuschlagende Verfahren ist jedoch noch nicht festgelegt. Die durch die Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes-W in Litzmannstadt ausgegebenen Fremdenpässe bleiben zunächst in Kraft und werden bis zur end-

11

gültigen Änderung des Verfahrens weiter ausgegeben. Nach erfolgter Strafverbüßung ist zu beachten, daß der Arbeits-einsatz nicht im gleichen §-Oberabschnitt erfolgen darf, in dem der Wiedereindeutschungsfähige bisher tätig war.

Im Auftrage:

§-Oberführer.

Beglaubigt

Pirg
Justizangestellte

Der Reichsführer-~~44~~

und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin SW 11, den 26. September 1942
Prinz-Friedrich-Straße 8
Telefon: 170940

OKW/Wi Amt
25 SEP 42
Az.
Nr. 11364/42 Amt 7

- IV D - 310/42 (ausl. Arb.)
Bitte in der Antwort nachstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben

An

- a) die Partei-Kanzlei
S. Hd. von Herrn Dr. Geisler
- b) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. V -
S. Hd. von Herrn OHR. Dr. Hünslor
- c) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. III -
S. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Sturn
- d) das Oberkommando der Wehrmacht
- Amt Ausland/Abwehr -
S. Hd. von Herrn Hauptmann Dr. Kraussoldt
- e) das Oberkommando der Wehrmacht
Wirtschafts- und Rüstungsamt
S. Hd. von Herrn Korvettenkapitän Eichholz
- f) das Reichsluftfahrtministerium
- Generalluftzeugmeister -
S. Hd. von Herrn Oberstleutnant Dr. Ing. Karabach
- g) die Deutsche Arbeitsfront
Volkspolitisches Amt
S. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Humpton
- h) die Deutsche Arbeitsfront
Amt für Arbeitseinsatz
S. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Pg. Krause
- i) das Auswärtige Amt
S. Hd. von Herrn Legationsrat Dr. Kieseer
- j) den Reichsführer H
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
S. Hd. von H-Oberstuf. Schubert
- k) das Hauptamt Ordnungspolizei
S. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. KHM
- l) das Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
Abt. Pro 4
- m) den Reichsnährstand
S. Hd. von Herrn Schwarz
- n) die Abteilung I
des Reichsministeriums des Innern

Behördenangelegenheiten werden entsprechend,
so es sich um einen Antrag im Innern
und Sachverhalt handelt, dementsprechend
personal behandelt.
2) Die ...
3) Für ... 21/10

- e) das Reichswirtschaftsministerium
s. Hd. von Herrn Reg. Rat von Hofe
- p) das Reichsministerium
für Bewaffnung und Munition
- q) das Reichsministerium
für die besetzten Ostgebiete
- r) den Herrn Reichsgesundheitsführer
s. Hd. von Herrn Abteilungsleiter Dr. Hermann
- s) den Geschäftsführer der Deutschen Arbeitsfront
- Verbindungsführer -
s. Hd. von H-Hauptstuf. Dr. Lasse

Betrifft: Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem
altsoberländischen Gebiet.

/ Anlage: 1.

Im der Anlage übersende ich den zweiten Nachtrag
zu Abschnitt A der Allgemeinen Bestimmungen über An-
werbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten
vom 20. 2. 1942 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

M. K. H.

Der Reichsführer ¹⁴
und Chef der Deutschen Polizei
S - IV D - 310/42 (ausl. Arb.)

Berlin, den 10. September 1942

Einsatz
weiblicher Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
(Ostarbeiterinnen).

Zweiter Nachtrag zu Abschnitt A
der Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von
Arbeitskräften aus dem Osten
vom 20. 2. 1942 - S - IV D - 208/42 (ausl. Arb.).

**I. Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Ge-
biet in deutschen Haushaltungen.**

Nachdem der Bedarf an Arbeitskräften für Rüstungsindustrie und
Landwirtschaft weithin gedeckt ist, wird die Anwerbung und der Einsatz
von Ostarbeiterinnen in deutschen Haushaltungen gestattet. Auf diese
"hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen" genannten Kräfte finden die
bisher ergangenen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeits-
kräften aus dem altsowjetischen Gebiet Anwendung, sofern nicht nach-
folgende, auf Grund der Eigenheiten dieses Einsatzes und seinen beson-
deren volkspolitischen Gefahren mit dem Herrn GBA. vereinbarten Son-
dervorschriften Platz greifen:

1. Anwerbung.

Die Anwerbestellen der Arbeitsverwaltung werben Ostarbeiterin-
nen im Alter von 15 bis 35 Jahren an, die für den Einsatz im städti-
schen oder ländlichen Haushalt geeignet erscheinen und deren Erschei-
nungsbild dem russischen Bild des deutschen Volkes möglichst nahe
kommt.

Auf das Verbot der Anwerbung von Volksdeutschen wird hierbei be-

BDC - Gotha - Land Russen

Uml. zu Nr. 11364, 42 W. RA 1/2

sonders hingewiesen, desgleichen wird das Verbot der Anwerbung von Schwangeren nochmals hervorgehoben. Frauen mit Kindern kommen ebenfalls nicht in Frage.

Die Anwerbestellen in den altsowjetischen Gebieten werden die nach diesen Gesichtspunkten angeworbenen Arbeitskräfte in den Transportlisten mit dem Vermerk "vorgesehen für Haushalt" kennzeichnen.

2. Rassistische Sichtung im Osten.

Soweit möglich, werden diese Ostarbeiterinnen bereits im Osten an bestimmten Orten gesammelt und durch Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung einer nochmaligen Sichtung und ärztlichen Untersuchung unterzogen.

Die Sichtung erstreckt sich darauf, ob die angeworbenen Ostarbeiterinnen in ihrem rassistischen Erscheinungsbild dem rassistischen Bild des deutschen Volkes möglichst nahe kommen. Die rassistische Sichtung stellte eine Grobauslese dar. Es handelt sich also hierbei nicht um Rindeutschungsuntersuchungen, vielmehr soll lediglich die Hereinnahme fremdrassistischer, primitiv ostisch und estbaltisch gearteter Personen sowie völlig unausgeglichene Rasmischungen verhindert werden. Als Maßstab für die Hereinnahme gilt die Bewertung bis einschließlich RnS III.

Nach erfolgter Überprüfung werden die ausgewählten Kräfte in geschlossenen Sondertransporten bzw. in besonderen Wagen der allgemeinen Transportsüge ins Reich abbefördert. Das Ergebnis der Prüfung wird in den Transportlisten durch den Vermerk "für Haushalt unbedenklich geeignet" festgelegt.

3. Rassistische Sichtung im Reich.

a) Bei denjenigen Kräften, die zwar unter "vorgesehen für Haushalt" (s. Ziff. 1, Abs. 3) angeworben, aber nicht der Sichtung

und ärztlichen Untersuchung im Osten gemäß Ziffer 2 untersucht worden sind, wird dies durch Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung in den Durchgangslagern der Landesarbeitsämter im Reich nachgeholt.

b) In der Anlaufzeit der Anwerbung hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen können in den Durchgangslagern der Landesarbeitsämter auch aus den nicht für Haushaltungen vorgesehenen Transporten weibliche Arbeitskräfte ausgewählt und nach einer Sichtung durch Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung gemäß Ziff. 2 in Haushaltungen vermittelt werden.

c) Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung haben auch diejenigen Ostarbeiterinnen einer Sichtung gemäß Ziff. 2 zu unterziehen, die bereits in Haushaltungen eingesetzt worden sind oder aus der gewerblichen Wirtschaft, soweit dies in Betracht gezogen wird, in Haushalte vermittelt werden.

4. Auswahl der Haushaltungen.

Für den Einsatz hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen kommen Unur politisch zuverlässige Familien in Betracht, die auch die Gewähr dafür bieten, daß die für den Einsatz erlassenen Bestimmungen beachtet werden. An der Auswahl der Haushaltungen wird daher der örtlich zuständige Hebeiträger der NSDAP. von den Arbeitsämtern entscheidend beteiligt; die Haushaltungen, in denen s. St. schon hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen eingesetzt sind, werden nachträglich dieser Prüfung unterzogen.

Bei der Verteilung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen sind kinderreiche und Aufbaufamilien bevorzugt zu berücksichtigen, soweit nicht gerade für diese deutsche Hausgehilfinnen zur Verfügung

stehen. Erst wenn der Bedarf dieser Familien gedeckt ist, erfolgen Zuweisungen an andere Haushaltungen.

Der Einsatz erfolgt nur in Familien, bei denen gesonderte Unterbringung dieser Kräfte innerhalb des Haushalts gewährleistet ist; auf keinen Fall dürfen hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen mit Deutschen gemeinsam untergebracht werden.

Ergibt sich nachträglich, daß der Haushalt nach den ergangenen Bestimmungen für eine Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen ungeeignet ist, so wird das Arbeitsamt eine Entfernung der Ostarbeiterin erwirken; bei Vorliegen sicherheitspolizeilicher Gründe hat die Staatspolizei-leit-stelle im Benehmen mit dem Arbeitsamt die Entfernung aus dem Haushalt zu veranlassen.

5. Einsatz und Freizeitgestaltung.

Die hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen erhalten grundsätzlich die gleichen Lebensmittelanteile wie die deutsche Zivilbevölkerung.

Sie sind, soweit sie in städtischen Haushaltungen eingesetzt sind, ausschließlich für eine Beschäftigung mit hauswirtschaftlichen Arbeiten vorgesehen, und dürfen nicht anderweitig, etwa im Beruf des Haushaltungsvorstandes (z. B. als Sprechstundenhilfe, Verkäuferin, Kellnerin usw.) beschäftigt werden. Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen, die in ländlichen Haushaltungen eingesetzt sind, sollen für landwirtschaftliche Arbeiten nur in dem bei ländlichen Hausgehilfinnen üblichen Umfang herangezogen werden.

Sind deutsche Hilfskräfte im Haushalt, so sind diese so hervorzuheben und aufsichtsführend einzusetzen, daß ein Solidaritätsgefühl zwischen den Deutschen und hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen nicht entstehen kann. Bei stets gerechter, aber straffer Be-

handlung der Ostarbeiterin ist seitens der deutschen Familie stets der gebotene Abstand zu wahren.

Eine Weitergabe der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin an andere Familien ist verboten, sofern nicht die Unvermittlung und damit auch die Überprüfung der neuen Familie vom Arbeitsamt veranlaßt wird.

Der Haushaltungsvorstand ist für die laufende Beaufsichtigung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin verantwortlich; ist die Beaufsichtigung nicht oder wegen längerer Abwesenheit der Familie vorübergehend nicht gewährleistet, so wird das Arbeitsamt die Ostarbeiterin unvermitteln oder gegebenenfalls vorübergehend anderweitig einsetzen.

Ein Anspruch auf Freizeit besteht nicht. Die Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb des Hauses nur bewegen, um Angelegenheiten des Haushaltes zu erledigen. Es kann ihnen aber bei Bewährung wöchentlich einmal die Möglichkeit gegeben werden, sich drei Stunden ohne Beschäftigung außerhalb des Haushaltes aufzuhalten. Dieser Ausgang muß bei Einbruch der Dunkelheit, spätestens 20 Uhr, beendet sein. Der Besuch von Gaststätten, Lichtspiel- oder sonstigen Theatern und Ähnlicher für Deutsche oder ausländische Arbeiter vorgesehenen Einrichtungen oder Veranstaltungen ist verboten. Desgleichen ist der Kirchenbesuch untersagt. Der Haushaltungsvorstand bzw. die Hausfrau hat auf die Einhaltung dieser Bestimmungen hinzuwirken. Die DAP. wird Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit schaffen.

Das Verbot des Geschlechtsverkehrs und die Notwendigkeit der Abschiebung Schwangerer wird besonders betont.

**II. Weibliche Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
als Hilfsküchenpersonal im Gaststätten- und
Beherbergungsgewerbe.**

Für die als Hilfsküchenpersonal im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe tätigen Ostarbeiterinnen, deren Einsatz durch Erlaß an die Staatspolizei-leit-stellen vom 18. 7. 1942 - S - IV D - 293/42 (ausl. Arb.) - Ziff. III,2 genehmigt worden ist, gelten die unter obigem Abschnitt I, Ziff. 5 getroffenen Bestimmungen sinngemäß. Auch diese Ostarbeiterinnen dürfen auf keinen Fall mit Deutschen gemeinsam untergebracht werden.

III. Weibliches Lagerpersonal in Lagern für weibliche Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bei der Führung auch der Ostarbeiterinnenlager sicherheitspolizeiliche Belange in Vordergrund stehen (s. auch Verhältnis des Lagerführers zur Wachmannschaft), ist auch für diese Lager ein Mann als Lagerführer zu bestellen. Ihm wird zweckmäßigerweise eine von der DAF. ausgewählte Unterlagerführerin beigegeben werden, die die inneren Aufgaben im Lager (s. B. Einhaltung der Lagerordnung, insbesondere auch Beobachtung der hygienischen Erfordernisse und der Betreuung) verantwortlich zu erledigen hat. Um die Einheitlichkeit der Lagerführung zu gewährleisten, darf sie wesentliche Entscheidungen nicht ohne Zustimmung des Lagerführers treffen.

In besonders gelagerten Fällen kann auch eine weibliche Kraft als Lagerführerin bestellt werden, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß nach der Lage der örtlichen Verhältnisse sicher-

heitspolizeiliche Belange hierdurch nicht gefährdet werden. Über die Bestellung einer weiblichen Kraft als Lagerführerin muß Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der DAF. herrschen.

Im Auftrage:
gez. M ü l l e r



Uherl
Beglaubigt:
Kanzleiangeestellte

Der Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

Berlin-Halensee, d. 20.2.43
Kurfürstendamm 140
Tel. 97 78 91

Az.: II - I - 3/4 - (9.5.40) F8/La.

Vorgang: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polni-
schen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen; hier:
Arbeitseinsatz und Eheschließung wiederereindeut-
schungsfähiger Personen nach erfolgtem Strafvollzug.

Bezug: Erlaß vom 25.2.42, Az.: I-3/4 (9.5.40) Tgb.Nr.
528/41 (Geheim).

An die
Höheren H- und Polizeiführer
Alpenland, Donau, Elbe, Fulda-Werra,
Mitte, Nordsee, Nordost, Ostsee, Rhein-
Spree, Süd, Südost, Südwest, Reichenberg,
Kattowitz, Warthe, Weichsel, West, Westmark.

Nachrichtlich:

- 1.) An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
B e r l i n SW. 11
Prinz Albrecht Str. 8
- 2.) An den
Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-H
B e r l i n SW. 68
Hedemannstr. 24
- 3.) An den
Leiter der Außenstelle des
Rasse- und Siedlungshauptamtes-H
L i t z m a n n s t a d t
Landsknechtstr. 73

dem Reichsleiter
Sonderb. H. 27 FEB 1943
H. 27 FEB 1943
3.0.4. am
H. 27 FEB 1943
H. 27 FEB 1943

Um zu vermeiden, daß zwar rassisch einwandfreie, jedoch charak-
terlich ungeeignete oder deutschfeindlich eingestellte Personen
dem Eindeutschungsverfahren zugeführt werden und daß mit der
Eindeutschung derartiger Personen begonnen wird ehe die end-
gültige rassische Sippenbeurteilung abgeschlossen ist, hat
Reichsführer H- angeordnet, daß in Zukunft eindeutschungsfähige
Polen und sonstige Fremdvölkische aus dem Osten, die mit deut-

21

schen Frauen oder Mädchen Geschlechtsverkehr unterhalten haben und eingedeutscht werden sollen, für die Dauer von 6 Monaten in eine beim Sonderlager Hinzert errichtete Abteilung für Eindeutschungsfähige einzuweisen sind.

Das neue Verfahren findet auch auf Personen, die für eine Eheschließung in Betracht kommen und bisher völlig straf-frei blieben, Anwendung.

Sollte sich während des Lageraufenthalts herausstellen, daß die betreffenden Personen sich aus charakterlichen Gründen für eine Eindeutschung nicht eignen, so ergeht von hier aus an Sie die entsprechende Benachrichtigung.

In Fällen, in denen Reichsführer- $\frac{1}{4}$ genehmigt hat, daß der Fremdvölkische das deutsche Mädchen heiratet, bitte ich, die zur Vorbereitung der Eheschließung erforderlichen Schritte (Beschaffung der Heiratspapiere usw.) raschestens einzuleiten, damit die Heirat ggf. nach Ablauf des 6-monatigen Lageraufenthaltes sogleich erfolgen kann.

Anträgen auf Befreiung von der Beibringung des ausländischen Ehefähigkeitszeugnisses ist nur dann zu entsprechen, wenn die endgültigen Urteile über die rassische Sippenüberprüfung und charakterliche Haltung Ihnen vorliegen.

Im Auftrage:

F.d.R.

gez. Dr. B e t h g e

f. B. B.

A b s c h r i f tA k t e n v o r l a g e

Betr.: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten fremdvölkische Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen; hier Arbeitseinsatz und Eheschließung wiedereindeutschungsfähiger Personen nach erfolgtem Strafvollzug.

Bezug: Erlaß vom 25.2.1943 Az.: I - 3/4 (9.5.1940) Tgb.Nr. 528/41 (Geheim)

Zu dem vorbezeichneten Erlaß ist noch eine Ergänzung am 6.10.43 und 20.2.43 erschienen.

Der Erlaß beinhaltet, daß fremdvölkische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene bei Geschlechtsverkehr mit einem deutschen Mädchen, dieses Mädchen heiraten müssen, wenn bei rassischer Überprüfung der Sippe des Fremdvölkischen die Wiedereindeutschungsfähigkeit festgestellt wird.

In dem Erlaß vom 25.2.1942 heißt es im letzten Absatz:

" Nach erfolgter Strafverbüßung ist zu beachten, daß der Arbeitseinsatz nicht im gleichen "Oberabschnitt erfolgen darf, in dem der Wiedereindeutschungsfähige bisher tätig war. "

Im letzten Absatz der Ergänzung vom 20.2.1943 heißt es:

"In Fällen in denen der Reichsführer-⁴, genehmigt hat, bitte ich, die zur Vorbereitung der Eheschließung erforderlichen Schritte (Beschaffung der Heiratspapiere us.w.). raschestens einzuleiten, damit die Heirat gegebenenfalls nach Ablauf des 6 monatigen Lageraufenthaltes erfolgen kann "

Der Sinn dieser Anordnung kann doch nur der sein, diese in vor allen Dingen volkstumsmäßig unkämpften Gebieten unerwünschte neue Sippe aus diesem Gebiet schnellstens zu entfernen. Leider ist das aber nicht wortwörtlich zum Ausdruck gebracht. Die praktische Auswirkung sieht infolgedessen wie folgt aus:

Der Fall Ukrainer Bronislaw L a p i c z.
Der Mann wird wegen Geschlechtsverkehr mit einem deutschen Mädchen in Schutzhaft genommen. Nachdem seine Wiedereindeutschungsfähigkeit festgestellt ist, verfügt das Reichssicherheitshauptamt unter dem 5.9.42 seine Entlassung aus der Schutzhaft, die mit 15.9.42 erfolgt, Am 3.12.1942 vollzieht er die Eheschließung mit dem von ihm geschwängerten Mädchen. Am 4.3.1943 wird er durch die Nebenstelle Landskron des Arbeitsamtes Mähr.-Trübau nach Siegen (Westfalen) in Arbeit vermittelt, während seine Frau mit dem Kind auf dem väterlichen Hof in Dittersbach, Kreis Landskron verbleibt.

Damit ist zwar der Wortlaut des Erlasses des Stabshauptamtes erfüllt, der Sinn indessen aber nicht. Wie aus einer Mitteilung der Staatspolizeistelle Troppau vom 24.5.1943 ferner hervorgeht, ist der für den Lapietz nunmehr zuständige Höhere ⁴- und Polizeiführer nicht von der Überstellung des L. nach Siegen Westfalen unterrichtet worden, obwohl es sich um einen klaren Wiedereindeutschungsfall handelt. Daraus geht auch hervor, daß die Beschaffung dieser Arbeitsstelle nicht wie vorgeschrieben durch den zuständigen Höheren ⁴- und Polizeiführer, sondern lediglich durch

AA
24

das Arbeitsamt ohne Überprüfung der Zuverlässigkeit des Arbeitsplatzes für einen Wiedereindeutschungsfall vorgenommen wurde.

Es erscheint notwendig, dem für den jetzigen Wohnplatz des L. zuständigen Höheren H- und Polizeiführer nachträglich diese Tatsachen zur Kenntnis zu bringen, damit dieser

- 1.) die Arbeitsstelle des Lapietz auf Zuverlässigkeit für einen Wiedereindeutschungsfall überprüft und gegebenenfalls seine Umvermittlung, in jedem Fall aber seine Betreuung in die Wege leitet,
- 2.) die baldige Bereitstellung einer Wohnmöglichkeit für die Herdstelle des L. vorbereitet, damit diese sobald wie möglich von hier verschwindet, zumal der Kreisleiter in der Angelegenheit seinerzeit gegen den Verbläib des Ehepaares Lapietz in Dittersbach schwere volkspolitische Bedenken erhob.

Der Kreisleiter schrieb damals:

" Der Fall hat tiefste Empörung bei der deutschen Bevölkerung hervorgerufen. Es sollte unbedingt verfügt werden, daß bei gleichgelagerten Fälle eine Heirat nur dann erlaubt wird, wenn das betreffende Paar auf Lebensdauer aus der Heimat entfernt wird."

Eine Wiederholung der Tatsache, daß die Ehefrau bei einer Wegvermittlung des Mannes im Gaugebiet zurück bleibt, ist nicht zu befürchten, da alle derartigen Sonderfälle jetzt von hieraus zentral bearbeitet werden.

Fulnek, am 27.5.1943

gez. W a l t e r
H-Obersturmführer
und Hauptabteilungsleiter

F.d.R.d.A.


H-Oberscharführer

Rechtsabteilung

Schweiklberg, den 28. Juni 1944

C- 187 604/44 - Wir./R8.

Vorg.: Wiedereindeutschungsfähigkeit der Helene Stemporowski,
geb. 28.12.21, z.Zt. im Pol. Gefängnis in Mielau/Südostpr.

Bezug: --Anlg.: 2

Herrn Schumier
Dienststelle Berlin

1. 1. 1.

Beiliegende Abschrift der Eingabe vom 25. April 1944 und meines heutigen Schreibens an RuS-Hauptamt.

Sie hatten um Bearbeitungsanweisung gebeten.

Offenbar sind die "Brautleute" beide inhaftiert gewesen bzw. noch inhaftiert, weil sie gegen das Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Polen verstossen haben. In solchen Fällen (Sonderbehandlungsfällen) wird nach Richtlinien, die mir nicht vorliegen, die aber Ehlich m.W. ausgearbeitet hat, von weiteren polizeilichen Massnahmen gegen die Beteiligten abgesehen, wenn der polnische Teil wiedereindeutschungsfähig ist. Die Prüfung der Wiedereindeutschungsfähigkeit erfolgt also in solchen Fällen von Amts wegen. Wenn Wiedereindeutschungsfähigkeit und damit Eheschliessungsmöglichkeit nicht gegeben ist, wird der polnische Teil m.W. aufgehängt. Wie man mit den polnischen Frauen und dem deutschen Teil verfährt, ist mir unbekannt. Vielleicht könnten Sie sich einmal von Ehlich die Richtlinien über Sonderbehandlungsfälle verschaffen und mir eine Abschrift zuleiten.

folgt.

Hauptsturmführer

261



KANZLEI DES FÜHRERS
DER NSDAP.

Aktenzeichen:
W/116/Dr

ist bei Rückfragen anzugeben.

BERLIN W 8, DEN
VOSS-STRASSE 4
FERNRUF: ORTSVERKEHR 12 00 54
FERNVERKEHR 12 00 21

12.6.44.

Herrn

Aleksander Grünwald

M i e l a u (Südostpr.)

Simon-Dach-Str. 10

Betr.: Helene Stenporowski

Anbei überreiche ich Ihnen ein Schreiben des-der- Obengennannten vom 25.4.44.

Da eine Bearbeitung von hier vorerst nicht erforderlich erscheint, wird um zuständige Veranlassung gebeten.

Der Einsender hat Abgabennachricht erhalten.

Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums Berlin-Mitte	
Empf. 12. JUNI 1944	Abf. 1
Abf. 1	44

Heil Hitler!

I. A.

Lich

An den
Reichskommissar für die
Festigung des Deutschen Volkstums
Berlin-Malensee
Kurfürstendamm 142

Grünwald
au (Südostpr.)

Simon-Dach-Str. 10

An die

Hauptkanzlei des Führers

in Berlin

Kanzlei des Führers der NSDAP	
025865-	29 APR 1944
- - I	

Als Volksdeutscher habe ich mit
 der poln. Schutzangehörige Helene
 Stempowski, geb. 28.12.21 ein Kind.
 Nach Geburt des Kindes wurden
 wir beide verhaftet. Nach drei
 Monaten wurde ich freigelassen
 und Stempowski sitzt noch
 seit dem 30.6.43 im Pol. Gefängnis
 in Mielau ein. Ich möchte Sie
 deshalb bitten diese Angelegen-
 heit nachzuprüfen, ob Stemp-
 owski, die ich heiraten will
 in die Deutsche Volksliste auf-
 genommen werden kann.

Heil Hitler

Aleksander Grünwald

28 ~~84~~

Z. 61A.

on Liberty St. Wilkes-Barre, Pa.

22. Juni

2025/2026

XXXXXX XXXXX VIII. 408

9-157 00/4 - 12.7 .

Vordr. Ledereinout Hunger/Migrit 2 Jahre temporärrd,
Geb. 2 . 1.2., d.St. in 101.Gef. nis in Jahn/Indostr.
Bewer. --

DEZU. --

1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 26

[illegible]

Part II
Local officials

Ich übermittle Ihnen Abschrift eines Schreibens des
Grundriss, Telm, Iron-Bachstr. 10 mit der Bitte um
Verständnis.

Verdächtig handelt es sich um einen Sonderbehandlungsfall, mit dem sie schon befasst sind. Bemerkenswert ist, dass Aleksander G. seinen Vornamen noch in der polnischen Form schreibt.

~~Dr. Aufrege:~~

7-Hauptstaatsführer

29

Der Chef

des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes-44

RA C2 a1- 891 Vo/ach

Prag II, den 10.8. 1944 4
Postleitzelle
Fernruf: 476 54/56
(Bei Antwort Mitz. angeben)

Betr.: Niedereindeutschungsfähigkeit der pol. Stemp.
geb. 28.12.21, z.Zt. in Pol.Gefängnis Mofau,

Anl.: -

Bezug: Dort.schreib.v. 28.8.44 Az: C 187 604/44

An den
Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums -Stabshauptamt
Schweiklberg Post Wilshofen

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Stabshauptamt	
Einr. 14. AUG. 1944	Anl. - 2a
Akt.-Zch.: 187 604/44	
46	

Ruß-Hauptamt-44 teilt mit, dass es sich hier nicht um einen
Sonderbehandlungsfall handelt.
Eine Bearbeitung ist zur Zeit jedoch wegen der militärischen Lage
in Südostpreussen nicht möglich.

Der Chef des Rassenamtes
im Ruß-hauptamt-44

i.A.

Bogdanow
4-Oberscharführer

DC - 44 1365
Der Höhere SS- und Polizeiführer Weichsel
im Gau Danzig-Westpreußen
und im Wehrkreis XX

DI - 93 - 24
30
Götenhafen, 31.7.44.

SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen

HA: Auslese - A/VK

Sotr. : Sonderbehandlungsverfahren
BZUG : ohne
Anz. : 3

In das

Rasseeamt-SS

Prag II

Postleitzelle

Die völkische Struktur im Reichsgau Danzig-Westpreußen macht es notwendig, einen allein für diesen Gau gültigen Erlass herauszugeben, wenn eine einheitliche Behandlung des Polenproblems gewährleistet sein soll.

Nach den bisherigen Erfahrungen müssen die Bestimmungen über den verbotenen Geschlechtsverkehr konkreter und schärfer sein, wenn nicht jedes Sonderbehandlungsverfahren illusorisch sein soll.

Ich teile nachstehend die Richtlinien mit, die bis jetzt für den RuS-Sektor als Grundlage dienen:

- 1) Liegt ein Geschlechtsverkehr zwischen Reichsdeutschen und Fremdvölkischen der Wertungsgruppe I oder II vor und haben diese die Absicht sich zu ehelichen, ist die Ehe im Ausnahmefall zu gewähren.
- 2) Haben die Personen nicht die Absicht zu heiraten, ist die Verfehlung mit staatspolizeilichen Mitteln zu ahnden.
- 3) Blieb der Geschlechtsverkehr zwischen Personengruppe zu 1) nicht ohne Folgen, verbleibt das Kind bei der Mutter, wenn diese deutsch ist, im anderen Fall wird das Kind in ein NSV-Heim gegeben.
- 4) Die Sippe des Fremdvölkischen zu 1) ist zu überprüfen und nach Litzmannstadt zu melden.
- 5) Handelt es sich um Geschlechtsverkehr zwischen Reichsdeutschen und Fremdvölkischen der Wertungsgruppe III oder IV, hat schärfste Bestrafung zu erfolgen.
- 6) Blieb der Geschlechtsverkehr zwischen der Personengruppe zu 5) nicht ohne Folgen, verbleibt das Kind bei der Mutter, wenn diese deutsch ist, anderenfalls entscheidet der RuS-Führer nach den bestehenden Bestimmungen.
- 7) Bei Geschlechtsverkehr zwischen DVL-III-Angehörigen mit deutschen Blutanteilen der Wertungsgruppen I, II oder III und Fremdvölkischen der Wertungsgruppen I oder II ist - falls die Absicht zur Verheiratung besteht - ausnahmsweise Ehegenehmigung zu erteilen.

./.

- 8) Hat die Personengruppe zu 7) nicht die Absicht zu heiraten, erfolgt Bestrafung mit staatspolizeilichen Mitteln.
- 9) blieb der Geschlechtsverkehr zwischen der Personengruppe zu 7) nicht ohne Folgen, verbleibt das Kind bei der Mutter, wenn diese deutsch ist, anderenfalls kommt das Kind in ein NSV-Heim.
- 10) Findet ein Geschlechtsverkehr zwischen DVL-III-Angehörigen mit deutschen Blutanteilen der Wertungsgruppe IV mit Fremdvölkischen statt, hat schärfste Bestrafung zu erfolgen. Der Widerruf ist auszuüben, Ziffer 6) ist sinngemäss anzuwenden.
- 11) Bei Geschlechtsverkehr zwischen DVL-III-Angehörigen ohne deutsche Blutanteile der Wertungsgruppen I oder II und Fremdvölkischen der Wertungsgruppen I oder II, ist ausnahmsweise Ehegenehmigung zu erteilen.
- 12) Hat die Personengruppe zu 11) nicht die Absicht zu heiraten, hat Abndung mit staatspolizeilichen Mitteln zu erfolgen.
- 13) blieb der Geschlechtsverkehr zwischen der Personengruppe zu 11) nicht ohne Folgen, verbleibt das Kind bei der Mutter, wenn diese deutsch ist, anderenfalls kommt das Kind in ein NSV-Heim.
- 14) Liegt ein Geschlechtsverkehr zwischen DVL-III-Angehörigen ohne deutsche Blutanteile der Wertungsgruppen III oder IV mit Fremdvölkischen vor, hat schärfste Bestrafung zu erfolgen. Der Widerruf ist auszuüben, Ziffer 6) ist sinngemäss anzuwenden.

Es ist unbedingt notwendig zu erwirken, dass die anderen hier beteiligten Dienststellen diese Richtlinien in Form eines Erlasses erhalten, damit die Untersuchungen des RuS-Führers nicht ohne jeden Sinn und Zweck sind.

Ich erhebe deshalb gegen den in der Anlage abschriftlich beigefügten Erlass IV D 2 - 1013/42 - vom 20.5.42 schärfste Bedenken. Eine Unterteilung in Reichsdeutsche, Volksdeutsche und Rückwanderer ist a. a. E. höchst unangebracht. Alle hier genannten Personengruppen befinden sich seit mehreren Jahren in Deutschland. Im Reich - und auch hier im Gau Danzig-Westpreußen - . Diesbezüglich gewünschte Mentalität dürfte allen hinreichend bekannt sein. Der Erlass S IV B 2 b - 235/44g - II-II vom 15.6.44 geht von falschen Voraussetzungen aus. Es liegt gar kein Grund vor für das Gau-Gebiet andere Bestimmungen, als für das Gebiet des ehemaligen Freistaates Danzig herauszugeben. Wahrscheinlich wird hier übersehen, dass im ganzen Gau nur noch rund 600.000 Polen sind, hiergegen beläuft sich die Zahl der Volkslistenangehörigen auf rund 735.000. Was heute also noch als Pole herumläuft, ist zu 99 % Ausschuss und von diesen hat sich die andere Menschheit fern zu halten.

Ich setze hierbei voraus, dass die bisher geübte Volkstumpolitik des Gauleiters bekannt ist und das Volkslistenverfahren de facto weites von den festgelegten Grundsätzen abweicht. Wenn in Bezug des Geschlechtsverkehrs nicht schärfste Bestimmungen gegeben werden, ist jede Lenkung in der Blutspolitik unmöglich.

Ich bitte dringend um Mitteilung, ob ich nach den von mir geübten Richtlinien weiterarbeiten kann, oder ob dortseits Bedenken erhoben werden. Bejahendenfalls bitte ich den Erlass für den Sektor Polizei zu erwirken und weiter mit dem Innenminister dahingehende Vereinbarung zu treffen, dass den Anträgen auf Ausübung des Widerrufs in jedem Fall entsprechen wird.

Der H-Führer im Rasse- u. Siedlungswesen
I.V.

(Ahrens)
H-Obersturmbannführer.

Palmer

XI 3

55

Rinne - und

Predlungs hauptamt

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

1 b 4/64

(RSHA)

Der RuS-Führer Südost

Breslau, den 12. Mai 1941
Ebereschenallee 17

Petr.: Beiliegende Abschrift.

Bezug: Ohne

Anlg.: 1 Abschrift

An den
Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-4

In der Abschrift übersende ich ein auszügliches Schreiben an den Höheren 4- und Polizeiführer wegen Erlass einer verschärften Polizeiverordnung gegen die polnischen Zivilarbeiter. Ich halte diese Anregung für so wichtig und dringlich, daß ich bitte, gegebenenfalls auch von dortiger Seite Vorstellung beim Reichsführer-4 zu erheben.

Rasse- und Siedlungshauptamt			
Nr. 11 V. 1941			

Der 4-Führer
im Rasse- und Siedlungswesen
im 4-Oberabschnitt Südost

M. Scholz

4-Obersturmbannführer

2

Auszügliche Abschrift aus dem Schreiben des RuS-Führers Südost
an den W-Gruppenführer von dem Bach vom 12. Mai 1941.

Ausser obigen persönlichen Angelegenheiten hätte ich an Sie Gruppenführer als Höherer W- und Polizeiführer noch eine Bitte, sich bei den schlesischen Bauern und Bauersfrauen ein dankbares Andenken zu schaffen. Auf Grund meiner verschiedenen Untersuchungen von Fällen der Volkstumschande zwischen Polen und Deutschen und der verschiedenen Rücksprachen mit unseren W-Siedlern in Oberherzogswaldau, Stampen sowie mit Gestapo, Gendarmerie, Bürgermeistern und Ortsbauernführern muss ich meinen ernstesten Sorgen darüber Ausdruck geben, dass die Zuchtlosigkeit in der deutschen Bevölkerung, wie bei den polnischen Zivilarbeitern Ihnen Gruppenführer nur zu einem ganz geringen Prozentsatz bekannt wird. Nämlich nur dann, wenn sichtbare Folgen eingetreten sind. Neben diesen Verfallserscheinungen stelle ich aber allseitig fest, dass ein grosser Teil der polnischen Arbeitskräfte die deutsche Anständigkeit nicht verträgt und durch Faulheit und Nachlässigkeit geradezu unsere Ernährungs- und Kriegswirtschaft sabotiert. Leider ist es so, dass viele amtliche Vertreter die Polen mit seidenen Handschuhen anfassen oder Beschwerden von denselben annehmen, ohne die Deutschen zu hören, oder deutsche Arbeitgeber, denen berechtigter Weise die Galle einmal überläuft und den Polen eine verdiente Tracht Prügel verabfolgen, dem Staatsanwalt übergeben, oder Polen, denen das Essen in Deutschland nicht passt ohne Befragung des Arbeitgebers oder Bürgermeisters weiter vermitteln, oder andererseits es stillschweigend von der deutschen Bevölkerung zugelassen wird, dass die Polen ohne "P" herumlaufen sogar nachts gröhlend durch die Dörfer ziehen und deutsche Lokale, ja sogar Wehrmachtsvergnügen von denselben besucht werden. Alle diese unglaublichen Beispiele habe ich in den letzten drei Wochen unterwegs in Erfahrung gebracht. Sie dürfen also nur ein Kleinausschnitt von den Dingen darstellen, die sich tatsächlich draussen abspielen. Ich habe mich teilweise von der Renetentheit der Polen an Ort und Stelle selbst überzeugen können, so dieselben mir bei einem W-Bauern erklärten, sie denken gar nicht

3

darán, für 24 RM, der vorgesehene Tarifsatz für polnische Knechte, zu arbeiten und wo ein polnisches Mädel erklärte, sie liefe doch wieder weg, da es ihr zu schwer sei, 6 Kühe zu melken, so anderenorts deutsche Bäuerinnen oft bis 10 Kühe neben der übrigen Arbeit noch besorgen müssen. Ich habe den Eindruck, als wenn hier nur die Knute helfen könnte. Unsere deutschen Bauersfrauen sind derartig seit Jahren überlastet, dass der ländliche Geburtenausfall deutlich als Folge spürbar ist und wir bringen es nicht fertig, die Polen zur genügenden Arbeitsleistung heranzuziehen. Aus diesem Grunde wollte ich Sie, Gruppenführer, einerseits bitten, von der Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe, als abschreckendes Beispiel für Polen wie Deutsche, immer Gebrauch zu machen und zwar die Exekution für Sonntag allgemein anzuordnen, um sämtliche Polen des Kreises, sowie die schuldigen Deutschen hierzu heranzuziehen.

Zum zweiten aber eine allgemeine Polizeiverordnung an alle interessierten Stellen wie Regierungspräsidenten, Landräte, Gestapo, Polizei, Gendarmerie, SD, Gauleitung, Landesbauernschaft, Arbeitsämter und deutsche Arbeitsfront zur Kenntnis zu geben.

- 1.) Dass eine weit schärfere Trennung zwischen Deutschen und Polen vor allem bei der Unterbringung (Schlafräume) stattfindet.
- 2.) Dass die Amtsvorsteher bei Eintreffen neuer Polen und Nichtvorhandensein des amtlichen "P,s" eine provisorische "P-Kennzeichnung" sofort anzuordnen haben und ständig bei strengster Bestrafung zu überwachen ist, dass die "P-Kennzeichnung" nicht nur bei den Appellen getragen wird, sowie dass die Arbeitgeber strengstens zur Meldung von Übertretungsfällen der vom Reichsführer-~~W~~ erlassenen Polenverordnungen, vor allem des Ausgehverbots nach 21 Uhr angehalten werden.
- 3.) Dass in den Dörfern, wo polnische Landarbeiter sich befinden, die Gaststätten, Kinos usw. ein Schild aushängen müssen: "Für Polen verboten".

- 4.) Dass seitens der Landrate die Bürgermeister, Amtsvorsteher, Gendarmeriestationen, Ortsbauernführer und zuständigen Arbeitgeber orts- und bezirkweise zusammengerufen werden und dort die Anweisung erhalten, die Polen viel schärfer zur Arbeitsleistung heranzuziehen und dieselben nicht als Deutsche sondern als Polen zu behandeln.
- 5.) Dass alle Dienststellen des Staates wie der Partei Beschwerden von Polen über schlechte Behandlung, schlechtes Essen, oder zu lange Arbeitszeit zuerst grundsätzlich zurückweisen.
- 6.) Dass bei Übertretung der Verordnungen durch die Polen und bei Beschwerden der Arbeitgeber eine exemplarische Bestrafung durch Polizei oder Gendarmerie erfolgt.

In vorstehenden Vorschlägen glaube ich, einen Teil der Maßnahmen geraten zu haben, die notwendig sind, um die Polen wieder auf Vordermann zu bringen. Auch dürfte hierdurch dem Deutschen das notwendige Herrenbewusstsein etwas näher gebracht werden, welches wir unbedingt haben müssen, um ein Anspruchsrecht als Kolonialstaat und Volk geltend machen zu können. Andererseits fehlen in jedem Kreis durchschnittlich 1000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Diese können nur wettgemacht werden durch erhöhte Arbeitsleistung vor allem der Fremdstämmigen, wenn unsere Erzeugung nicht stark absinken soll und andererseits die deutsche Mutter und Frau nicht noch weiteren Konstitutionsschädigungen ausgesetzt werden soll.

Ich bitte Sie, Gruppenführer, sich mit einer derartigen Polizeiverordnung von Schlesien zu verabschieden und jeder Schlesier wird Ihnen hierfür dankbar sein.

F.d.R.d.A.

Ihr gez.: W. S c h o l t z
 *Obersturmbannführer

*Hauptsturmführer

Der Chef

des Rasse- und Siedlungshauptamtes-4

Rassenamt III/2 - B

F1/0.

Berlin SW 68, am 26.2.42
Hedemannstr. 24

44-Oberabschnitt Weichsel	
5. März 1942	
Eing.
Art.-Z.

~~Gebiet~~ kann in einlaufenen BriefBetr.: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen.Bezug: Erlass des RFV - S IV D 2 c 4983/40 g 195 vom 28.7., 28.8. und 12.11.41.Anlg.: 3

An

1. die 4-Führer im Rasse- und Siedlungswesen in den 4-Oberabschnitten *Weichsel*
2. die Eignungsprüfer des Rasse- und Siedlungshauptamtes-4 bei den Ergänzungsstellen der Jaffa-4
3. Aussenstellen des RuS-Hauptamtes-4

Nach einer Anordnung des Reichsführers-4 vom 12. Dez. 1941 IV D 2 c 1474/41 g. RS. kann in den Fällen, wo der als Vater in Frage kommende Pole als nichteindeutschungsfähig beurteilt werden muss, die Schwangerschaft unterbrochen werden. Die letzte Entscheidung hierzu trifft der Reichsführer-4 auf Vorschlag des Reichssicherheitshauptamtes.

Die mit Anordnung des RuS-Hauptamtes-4 vom 12.11.41 vorgeschriebenen Formblätter zur Bezeichnung von Eindeutschungsfähigkeit und Nichteindeutschungsfähigkeit sind aus diesem Grunde nicht mehr ausreichend. Ab sofort gelten folgende Richtlinien:

1. über das rassische Überprüfungsergebnis bei polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, die wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs für eine Sonderbehandlung vorgesehen werden, sind Begutachtungen nur entsprechend beiliegendem Muster zu erstellen (Anlage 1 und 2). Die Gutachten sind gewissenhaft zu erstellen.

2. Grundlage für diese Gutachten sind die auch weiterhin zu verwendenden grossen R-Karten (Anlage 3), die nach der Untersuchung mit Abschriften des Gutachtens dem RuS-Hauptamt-4/ einzureichen sind. Für die Merkmalsbeschreibung im Gutachten sind allein die in der R-Karte enthaltenen Bezeichnungen anzuwenden.
3. In der Spalte /Gesamturteil/ ist neben der rassischen Beurteilung noch eine kurze Beschreibung des Gesamteindrucks einzufügen, etwa in der Form:
 - a) "macht einen offenen, freimütigen Eindruck, zeigt ein sicheres Auftreten und Verhalten" oder
 - b) "ist verschlossen, scheu, undurchsichtig" bzw.
 - c) "macht einen verschlagenen, hinterhältigen Eindruck" usw.
4. Die Erstellung der jedem Vorgang beizufügenden Lichtbilder ist Angelegenheit der zuständigen Stapo-Zeitstelle.
5. Die Gutachten sind im Hinblick auf die gegebenenfalls notwendig werdende Schwarzenschaftsunterbrechung beschleunigt zu erstellen und dem zuständigen Höheren 4- und Polizeiführer zum Vorgang zu überreichen.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4/

B. K. J. Schultz
4-Standartenführer

Der Chef
des Rasse- und Siedlungshauptamtes-4

Anlage: 2

Der 4-Führer im Rasse- und Siedlungswesen im 4-Oberabschnitt

Der Eignungsprüfer bei der Ergänzungsstelle der Waffen - 4

Betr.: Sonderbehandlung - Polc: Vorname, Name, Geburtstag)

Bezug: Erlass des Reichsführers-4 - S IV D 2 c 4883/40 g 195
vom 5.7.1940

Anlg.: -

An den

Höheren 4- und Polizeiführer

Die rassische Überprüfung des polnischen Volkszugehörigen
(Vorname, Name, Geburtstag, letzter Wohnort)
hatte folgendes Ergebnis:

Körperhöhe

Haarform

Wuchsform

Körperbehaarung

Kopfform

Haarfarbe

Backenknochen

Hautfarbe

Augenfaltenbildung

Augenfarbe

Besondere Auffälligkeiten:

Gesamturteil:

Formel:

Wertungsgruppe

Auf die beiliegenden, von der Stapo-Leitstelle angefertigten Lichtbilder wird hingewiesen.

Hiernach erfüllt der Obengenannte in rassischer Hinsicht nicht die Voraussetzungen, die an ehzudeutsche Fremdvölkische gestellt werden müssen. Er gilt als nichteindeutschungsfähig.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4
i.A.

4-

D 1-44 1917-

C II - 18

A b s c h r i f t .

Befehl

Der Reichsführer-
Hauptamt - Ergänzungsamt
der Waffen-SS

Berlin W 35, den 5. März 1942
Lützowstr. 48/49
Postschließfach 43

II 2 Az. 9 a/R Br/Ba.

Nachdem durch eine Verfügung des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der ein Befehl des Reichsführers-SS zugrunde liegt, die SS-Eignungsprüfer bei den Ergänzungsstellen angehalten sind, in Einzelfällen die in Reich angesetzten polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter, die wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen straffällig wurden, auf ihre Eindeutschungsfähigkeit zu überprüfen, hat nach Mitteilung einiger Ergänzungsstellen die Vorstellung solcher Polen in letzter Zeit derart überhand genommen, daß die s.Zt. als kriegsentscheidend heranstehenden Annahmeuntersuchungen für die Waffen-SS darunter gelitten haben. Unter anderem wurden bei einer Ergänzungsstelle sogar gefesselte Polen unter polizeilicher Aufsicht vorgeführt. Daß dies die Annahmeuntersuchung für die Waffen-SS besonders verwerflich ganz empfindlich stört, bedarf keiner Frage. Im Einvernehmen mit dem R.u.S.-Hauptamt wird deshalb befohlen, daß die vom Reichsführer angeordnete Untersuchung dieser Polen im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststelle (Höherer SS- und Polizeiführer bzw. Sicherheitspolizei) zu solchen Zeitpunkt zu erfolgen hat, daß die Annahmeuntersuchungen bei der Waffen-SS darunter auf keinen Fall leiden. Es wird sich ermöglichen lassen, daß die Untersuchung dieser Polen und auch jener zu Eindeutschungsfähigen Sippen gehörigen noch nicht überprüften Einzelmänner nach Abschluß der Annahmeuntersuchungen oder, was noch besser ist, in einem anderen Gebäude stattfinden kann.

Es wird dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die ärztliche Untersuchung dieser Polen von Ärzten der Ergänzungsstelle nur innahmefällen erfolgen soll, nämlich wenn eine rassisch als eindeutschungsfähig befundene polnische Person gesundheitlich vermutlich nicht mehr velleinsatzfähig sein wird.

Eine eingehende ~~ents~~ärztliche Untersuchung ist bei den
Eindeutschungsfähigen schon wegen der erforderlichen Rönt-
genuntersuchung notwendig. Die Untersuchung der rassisch
Ungeeigneten entfällt ohnehin.

Der Chef des Ergänzungsamtes der Waffen-5

gez. J ü r s

5-Brigadeführer

Verteiler:

Alle Ergänzungsstellen

Nachrichtlich:

Chef des 5-Hauptamtes

R.u.S.-Hauptamt

San.-Abt. im 5-Hauptamt

Abteilung II 1 c und II 2 a

F.d.R.d.A.

Stark
5-Hottenführer

Der Chef
des Rasse- und Gliederungshauptamtes-SS
Rassenamt - G/2 - Gd/23.

Berlin SS 68, den 7. Sept. 1942
Gedemannstr. 24

Betr.: Geschlechtsverkehr zwischen Tschechen und Deutschen
Begr.: o.B.
Umf.: 1

Zu

- 1) die Rasse-Führer bei den höheren SS- und Polizeiführern
- 2) die Außenstellen des Rasse-Hauptamtes-SS
- 3) das Ergänzungslager des Rassen-SS, Abt. III/2
- 4) die Stützungsstellen des Rasse-Hauptamtes-SS bei den Ergänzungslagern des Rassen-SS

Die Umbenennung des Gesetzes SS 68 vom 6.7.1941 (G IV
D 2 c 4833/40 a - 100) über die Gendernbehandlung von
Polen ist nunmehr auch auf Tschechen erweitert worden.

In der Anlage wird der entsprechende Befehl (Rasse -
IV D 1 b - 120/40 II vom 13.6.1942) zur Kenntnis ge-
geben.

Der Chef des Rassenamtes
in Rasse- und Gliederungshauptamt
t.B.

H. G. G.
Obersturmführer

= C 4 - 187 -
1.5 des Rassen

1. Oberabschnitt Weich:	
RuS-Führer	
Zing.	14. Sep. 1942
Art.-Z.	IV 11

Der Chef
des Rasse- und Gliedungshauptamtes-SS Berlin SS 68, den 7. Sept. 1942
Rassenamt - G/2 - 60/25. Gebemannstr. 24

Betr.: Sonderbehandlung der in Reich eingesetzten polnischen
und tschechischen Zivilarbeiter
Begr.: Erlaß des RM SS und Chef der Deutschen Polizei (G IV 2
2 c 4833/40 g - 198) vom 6.7.1941 und Erlaß des RM SS
und Chef der Deutschen Polizei (IV 2 1 b - 138/40 - II)
vom 13.6.1942

En

- 1) die RuS-Führer bei den höheren SS- und Polizeiführern
- 2) die Außenstellen des RuS-Hauptamtes-SS
- 3) das Ergänzungsamt der Waffen-SS, Abt. III/2
- 4) die Sektionsprüfer des RuS-Hauptamtes-SS bei den
Ergänzungsstellen der Waffen-SS

Es wird ersucht, in den Sonderbehandlungsfällen, wo
Schädigung deutscher Frauen durch Grundsätzliches vorliegt,
die rassistische Überprüfung der Straffälligen unverzüglich
durchzuführen.

Das Reichsfürsorgehauptamt hat seine Außenstellen an-
geschlossen, diese Fälle sofort den Beauftragten des Rasse-
und Gliedungshauptamtes-SS vorzuführen.

Der Chef des Rassenamtes
in Rasse- und Gliedungshauptamt-SS
t.B.

SS-Obersturmführer

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes 4
Rassenamt C/2 Ha/H1.

12
A 18
Berlin SW 68, den 10.2.1943
Hedemannstr. 24

Betr.: Illegitime Ehegemeinschaften zwischen Deutschen und Polen.
Bezug: -----
Anl. G.: - 1 -

11-Oberabschnitt Weichsel
Ras.-Führer

Tag 18. Feb. 1943

Uhr-Z. 1

An den
Höheren 4- und Polizeiführer Danzig-Westpr.
4-Führer im Rasse- und Siedlungswesen

D a n z i g
Opitzstr. 2

Das Reichssicherheitshauptamt beabsichtigt, dem Reichs-
ministerium des Innern zur Frage der Behandlung der in
illegitimer Ehegemeinschaft lebenden Deutschen und Po-
len als Grundlage für die Herausgabe eines entsprechen-
den Erlasses den anliegenden Entwurf zu unterbreiten.
Das RuS-Hauptamt 4 hat dem Entwurf zugestimmt. Es wird
um Kenntnisnahme gebeten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt 4
i.V.

Hauptsturmführer

Abschrift !

Entwurf

Betr.: Illegitime Ehegemeinschaften zwischen Deutschen und Polen

Im Rahmen der sicherheitspolizeilichen Bearbeitung der Fälle des Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Polen wurde im Laufe der Zeit eine größere Anzahl sogenannten wilder Ehen zwischen Deutschen und Polen festgestellt, die vielfach schon jahrelang bestehen und aus denen auch in den meisten Fällen Kinder hervorgegangen sind. Eine vollkommene Trennung derartiger in eheähnlichen Verhältnissen lebenden Deutschen und Polen durch entsprechende Auflagen an die Beteiligten ist nach den sicherheitspolizeilichen Erfahrungen nur schwer zu erreichen und erscheint auch in den Fällen, in welchen sich der polnische Teil nicht aktiv gegen das Deutsche betätigt hat, als rassistisch wertvoll und bei Bewertung der gesamten Persönlichkeit als erwünschter Bevölkerungszuwachs gelten kann, nicht dringend erforderlich. Soweit diese Voraussetzungen gegeben sind, wird vielmehr die Gründung der gesetzlichen Ehegemeinschaft dieser Personen erwünscht sein. Es wird daher folgendes bestimmt:

- 1.) Die bisher bekannt gewordenen bzw. noch bekannt werdenden Fälle illegitimer Ehegemeinschaften zwischen Deutschen und Polen sind der jeweils örtlich zuständigen Dienststelle des Kul-Hauptamtes W zum Zwecke der Vornahme einer Musterung des polnischen Teils dieser illegitimen Ehegemeinschaften sowie der gegebenenfalls hieraus hervorgegangenen Kinder nach den Grundsätzen des DVL-Verfahrens zu überstellen.

- 2.) Führt die Überprüfung des SD-(leit)Abschnitts unter Zugrundelegung der Musterung der Dienststelle des RuS-Hauptamtes W in jeder Hinsicht zu einer positiven Bewertung, so ist den ille legalen Ehegemeinschaften lebenden Deutschen und Polen durch die örtlich zuständige Staatspolizei(leit)stelle der Vollzug einer umgehenden Eheschließung nahezu legen, mit dem Hinweis, dass sie bei Nichteingehen einer gesetzlichen Ehe sicherheitspolizeiliche Massnahmen wegen verbotenen Verkehrs zwischen Deutschen und Polen zu erwarten haben.
- 3.) Leisten die Beteiligten der Auflage der Staatspolizei(leit)stelle zur Eingehung einer gesetzlichen Ehe Folge, so ist der polnische Teil als wiedereindeutschungsfähiger Pole zu behandeln und die unverzügliche Umsiedlung in das Altreich beider Ehegatten sowie der etwa vorhandenen Kinder nach den Grundsätzen und Bestimmungen des Wiedereindeutschungsverfahrens durch die zuständige Staatspolizei(leit)stelle beim Höheren W- und Polizeiführer in die Wege zu leiten.
- 4.) Kommen die Beteiligten der Auflage zur Eingehung einer gesetzlichen Ehe nicht nach, oder ergibt die Musterung der örtlich zuständigen Dienststelle des RuS-Hauptamtes W eine negative Entscheidung, so sind gegen sie die entsprechenden sicherheitspolizeilichen Massnahmen wegen verbotenen Verkehrs zwischen Deutschen und Polen durchzuführen.

F.d.R.d.A.

Berlin, den 10.2.1943 /H1.

W-Hauptsturmführer.

44 1363

7

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-SS

A 10 3 Ad.
Berlin SW 68, den 9. Mai 1943
Hedemannstr. 24

C 2 / Ha/R1

B 2 B

214
5.

Betr.: Festlegung des Begriffs "Wiedereindeutschung".

Verteiler: III und V.

Im bisherigen Sprachgebrauch im Bereich der Aufgaben des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS wurden bisher die beiden Begriffe "Eindeutschung" und "Wiedereindeutschung" ohne klare Abgrenzung nebeneinander verwendet.

Zur Klarstellung und zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Gebrauch des Begriffs "Eindeutschung" ist ab sofort nurmehr der Begriff

"W i e d e r e i n d e u t s c h u n g"
zu verwenden. (Wiedereindeutschungsverfahren,
wiedereindeutschungsfähig usw.)

Es wird um Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung gebeten.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-SS

gez. S c h u l z

SS-Standartenführer

F. d. R. :

SS-Hauptsturmführer

V e r m e r k.

Betr.: Auslese der wiedereindeutschungsfähigen fremd-
voelkischen Sippen und Einzelpersonen.

Ueber den Aktenvermerk des Rassenamtes im Rasse- und Sied-
lungshauptamt-SS vom 19.8.1943, die Auslese wiederein-
deutschungsfähiger fremdvoelkischer Sippen und Einzel-
personen betreffend, fand heute mittags zwischen SS-Ober-
gruppenfuehrer und General der Polizei K a l t e n -
b r u n n e r und mir eine Besprechung statt, Nach dieser
Besprechung ist SS-Obergruppenfuehrer Kaltenbrunner als
Chef des Reichssicherheitshauptamtes grundsatzlich der
auch von mir vertretenen Meinung, dass es gilt, in der
Volkstumspolitik zwei verschiedene Taetigkeiten zu unter-
scheiden, und zwar

- 1.) die negative ausmerzende und
- 2.) die positiv auslesende.

Fuer die erste, die negativ ausmerzende Taetigkeit ist das
Reichssicherheitshauptamt allein zustaeendig; fuer die zwei-
te positiv auslesende, ist in Zusammenarbeit mit dem
Reichssicherheitshauptamt das Rasse- und Siedlungshaupt-
amt in der Entscheidung zustaeendig und federfuehrend und
traegt damit auch grundsatzlich die Verantwortung fuer den
weiteren Ablauf fuer den Vorgang der Wiedereindeutschung.
Im praktischen Verfahren wird die Zusammenarbeit zwischen dem
dem Reichssicherheitshauptamt und dem Rasse- und Siedlungs-
hauptamt so abgestimmt, dass am Anfang die Fest-
stellungen der Sicherheitspolizei zu treffen sind. Nur
wenn diese positiv ausfallen, erfolgt dann die weitere
Durchfuehrung durch das Rasse und Siedlungshauptamt.

- 1 -

- 12 -

1919

Damit sind neue Durchfuhrungsverordnungen fuer das Gesamt-
gebiet der Wiedereindeutschung notwendig, die beide
Hauptaemter in enger Zusammenarbeit erlassen.

Der Chef
Des Reichssicherheits-HA.

Der Chef
des RuS.-Hauptamtes-SS

gez. i. Unterschrift

SS-Obergruppenfuhrer u.
General der Poli

SS-Obergruppenfuhrer und
General der Pol

"A CERTIFIED TRUE COPY"

E N D

- 13 -

Der Chef des Rasse-und
Siedlungshauptamtes- //

Berlin SW 68, den 3. Dez. 1943
Hedemannstr. 24

Stabsführung Schw./Stu.

Betr.: Freifahrkarte der Deutschen Reichsbahn für das
Rasse-und Siedlungshauptamt- //

An den

Reichsführer- //

Persönlicher Stab

z.Hd. //Oberführer K r a n e f u B

B e r l i n

Unter Bezugnahme auf die telefonische Unterredung zwischen
//Oberführer K r a n e f u B und mir teile ich mit:

Das Rasse-und Siedlungshauptamt-// benötigt im vollen Umfange,
wie in den Jahren vorher auch, für das Jahr 1944 die Frei-
fahrkarten. Das sicherheitspolizeiliche Interesse ist für den
Sektor des Rasse-und Siedlungshauptamtes-// weitestgehend gel-
tend zu machen, und zwar aus dem Grunde, daß laufend das
Rasse-und Siedlungshauptamt-// mit den Überprüfungen der vom
Reichssicherheitshauptamt angeordneten "Sonderbehandlungs-
fälle" beauftragt ist. Diese "Sonderbehandlungsfälle" sind ras-
sische Überprüfungen staatspolizeilich festgesetzter fremd-
volkischer Arbeitskräfte, die unerlaubten Verkehr mit Deutschen
hatten. Die Überprüfungen müssen schnellstens und laufend er-
folgen, da ohne das Urteil des Rasse-und Siedlungshauptamtes-//
eine Entscheidung des Reichssicherheitshauptamtes nicht herbei-
geführt werden kann.

Der Chef
des Rasse-und Siedlungshauptamtes-//
i.A.

//Obersturmbannführer.

Kann
er
nicht
werden
aus
Anlass
nicht
möglich
ist.

DC - 44 1385 6, 1590

19
14 (27) - 15
DI - 16 -
Prag, am 14. Dez. 1943
Postleitstelle

Der Chef
des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS
Rassenamt C/2 Ha/O.

Betr.: Erstellung von Gutachten in
Sonderbehandlungsfällen.

An den

Höheren SS- u. Polizeiführer Elbe
SS-Führer im Rasse- u. Siedlungswesen
SS-Stubaf, S c h a n n a t h

D r e s d e n

Devrientstr. 2

Landes- und Provinzial- Verwaltung Präsident des Reichskommissars für die Sicherung deutschen Volkstums	
Prag: 20. DEZ 43.	
U. 11	11
Belegf. Nr.: Rht. 3.	

Nachrichtlich: V e r t e i l e r III

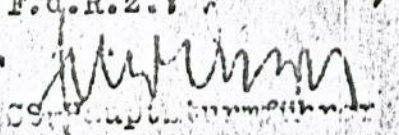
Auf das dortige Schreiben vom 2. 12. 1943 teilt das
Rasse- und Siedlungshauptamt-SS folgendes mit:

Das Reichssicherheitshauptamt ist an den Chef des RuS-Haupt-
amtes-SS mit dem Wunsch herangetreten, die RuS-Führer
bei den Höh. SS- und Polizeiführern anzuweisen, sofort nach
erfolgter Untersuchung eine - wenn auch vorläufige Entschei-
dung über die Wiedereindeutschungsfähigkeit des zur Sonder-
behandlung vorgeschlagenen Fremdvölkischen zu geben.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus hat jedoch der Chef
des RuS-Hauptamtes-SS diesem Wunsch nicht entsprochen.

Die Unterlagen sind daher umgehend dem RuS-Hauptamt-SS -
Rassenamt - einzureichen, das die Gutachten erstellt und
sie dem Reichssicherheitshauptamt bzw. in Durchschrift
der zuständigen Stapoleitstelle zuleitet. Von einer vor-
herigen auch nur informatorischen Bekanntgabe des Unter-
suchungsergebnisses an die zuständigen Stapoleitstellen ist
daher abzusehen.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-SS
gez.: S c h u l t z
SS-Standartenführer

F.d.R.z.:

SS-Hauptamtsleiter

ET-111 (30) 20

NO-1458

Der Chef des Rassenamtes
im R.A.-Hauptamt-
C/2 Ha/Se.

Prag, den 20.12.1943
Postleitstelle.

Betr.: Rassistische Überprüfung von Häftlingen in den
Konzentrationslagern.
Anlg.: 1 Abschrift.

Verteiler: III

Aufgrund mehrerer Berichte von ~~W~~-Führern im Rasse- und Siedlungswesen, wonach sich bei der Durchführung von notwendig werdenden rassistischen Überprüfungen bei Häftlingen in den Konzentrationslagern insofern Schwierigkeiten ergeben, als seitens der Kommandanten der Konzentrationslager darauf verwiesen wird, dass dazu jeweils die Zustimmung des Reichssicherheitshauptamtes erforderlich sei, wurde vom Rasse- und Siedlungshauptamt-~~W~~ die anliegend beigelegte Anweisung an die Lagerkommandanten der Konzentrationslager erwirkt.

Danach kann von den Lagerkommandanten der Konzentrationslager in jedem Fall die Zustimmung des Reichssicherheitshauptamtes als gegeben angesehen werden, sodass die bisher zum Teil bestandenen Schwierigkeiten damit ausgeräumt sind.

Das Rasse- und Siedlungshauptamt-~~W~~ bittet um Kenntnisnahme und entsprechende Beachtung.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-~~W~~

gez.: Schultz
~~W~~-Standartenführer.

F.d.R.

[Handwritten signature]
~~W~~-Hauptsturmführer.

9116

3871

Kollenz NS 21153
DC-44 990 + 1386

28. FEB. 44.

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes-4/

Prag, den 9.2.1944
Postleitstelle

RA C2 a7 - Vo/Sch
11/44

V e r t e i l e r : I I I

Betr.: Sonderbehandlung

Hier: Stempelaufdruck "Sonderbehandlung"
und "Schwangerschaftsfall."

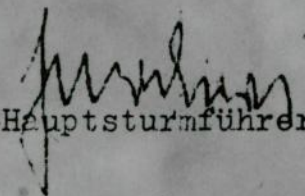
Um Sonderbehandlungsvorgänge besonders kenntlich zu machen,
ist in Zukunft der gesamte Briefwechsel über Sonderbehandlung
mit dem Stempelaufdruck "Sonderbehandlung" zu versehen.

In Anbetracht der Dringlichkeit der Sonderbehandlungsfälle
bei denen Schwangerschaft vorliegt, ist der diese Fälle be-
treffende Schriftwechsel zusätzlich mit dem Stempelaufdruck
"Schwangerschaftsfall" zu kennzeichnen.

Die Stempel werden mit gleicher Post übersandt.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4/

i.V.


4/-Hauptsturmführer

44 1386

DI

- 18 -

HC - 1365

7.2.44

1968

BeheimDer Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 4

RA C/2 u7 Ha/Be.

22/44

Frag, den 13.3.1944.
Postleitzelle.Betr.: Sonderbehandlung.
Hier: Erweiterung bzw. Neuregelung des Verfahrens.Anlage - 1 -Verteiler: IIIIn der Anlage wird der vom Reichssicherheitshauptamt im Ein-
vernehmen mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt - 4 herabgege-
bene hunderlass - S IV D 2 c - 235/44 g - 11 - übersandt.Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Sonderbehand-
lungsvorgänge als Sofortsachen zu bearbeiten sind; auf die
Notwendigkeit der besonders vordringlichen Bearbeitung aller
Schwangerschaftsfälle wird nochmals aufmerksam gemacht.Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt - 4gez.: S c h u l t z
4-Standartenführer.

F.d.R.

Hauptsturmführer.

I

Koblenz NS 21/153

DC-44 989

C II - 195-

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 4

RA C/2 - a7 Ha/Be.

27/44

Prag, den 25.3.1944.
Postleitstelle.Betr.: Sonderbehandlung.
Hier: Anschriftenverzeichnis /Verwendung des Formulars
zum "Antrag auf Wiedereindeutschung".Bezugs: RuS-Hauptamt-4, Verteiler III - RA C/2 a7 Ha/Be. v.23.3.44
2. Erlass des Reichssicherheitshauptamtes - S IV D 2 c
235/44 g - II - vom 12.2.44.Anlagen: - 1 -Verteiler III

Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist nunmehr auch für die Sonderbehand-
lungsfälle anstelle der bisherigen Anschriftenverzeichnisse das
Formular zum "Antrag auf Wiedereindeutschung" zu verwenden. Eine
ausreichende Anzahl der Formulare gehen den RuS-Führern von der
Aussenstelle Litzmannstadt des RuS-Hauptamtes-4 zu. Neuanforderun-
gen sind direkt an die Aussenstelle Litzmannstadt zu richten.

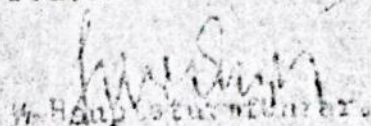
Die RuS-Führer versehen die Stapo - (leit) - stellen ihres Bereiches
mit diesen Antragsformularen. Die Erstellung erfolgt durch die
Stapo - (leit) - stellen im Ermittlungsverfahren. Gemäss o.a. Erlass
B II 3 a des Reichssicherheitshauptamtes sind die Stapo - (leit) -
stellen angewiesen, diese Anschriftenverzeichnisse bei der Vor-
führung des Fremdvolksliedes den RuS-Führern ausgefertigt zu überge-
ben. Auf eine sorgfältige und weitmöglichst erschöpfende Ausfüllung
sind Sachbearbeiter der Stapo - (leit) - stellen von Fall zu Fall
in geeigneter Weise hinzuweisen.

Der RuS-Führer hat die Formulare zu prüfen und sich in jedem Falle
von der sorgfältigen Ausfüllung zu überzeugen.

Die Überendung erfolgt mit dem Vorgang an das RuS-Hauptamt-4
- Bessneramt - .

Die Antragsformulare sind unter Hinweis auf die Anweisung RA C/2
a7 11/44 vom 9.2.44 bei Sonderbehandlungsfällen vor Ausfolgung an
die Stapo - (leit) - stellen durch Stempelaufruck "Sonderbehand-
lung" besondere kenntlich zu machen.

F.d.R.


4. Hauptsturmführer.Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4
gez. S c h u l t z
4. Sturmführer.

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 44

RA C/2 a7 Ha/Be.

32/44

Prag, den 6.4.1944.
Postleitstelle.

Betr.: Sonderbehandlung.
Hier: Schwangerschaftsfälle.

Bezg.: Verteiler 22/44 vom 13.3.44 und Erlass des Reichssicher-
heitshauptamtes vom 10.2.44.

V e r t e i l e r : III

Auf Veranlassung des RuS-Hauptamtes-44 hat das Reichssicherheits-
hauptamt dem RuS-Hauptamt-44 die Entscheidung über die Durchfüh-
rung der Schwangerschaftsunterbrechung bei Schwangerschaftsfäl-
len im Rahmen der Sonderbehandlungsvorgänge überlassen.

Unter Hinweis auf B II/6 des Erlasses des Reichssicherheits-
hauptamtes vom 10.2.44 ist es daher notwendig, dass das RuS-
Hauptamt-44 bei allen Schwangerschaftsfällen besonders schnell
in den Besitz der Unterlagen gelangt. Die Überprüfungsergebnisse
der geschwängerten deutschen Frau und des fremdvölkischen Erzeu-
gers sind daher dem RuS-Hauptamt-44 - Rassenamt - Prag, bereits
durch Fernschreiben voraus unter Angabe des Schwangerschafts-
monats mitzuteilen.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-44
i.V.:

gez.: K l i n g e r
44-Obersturmbannführer.

F.d.R.

[Handwritten Signature]
44-Hauptsturmführer.

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 4

RA C/2 a7 Ha/Be.

26/44

Prag, den 26.4.1944.
Postleitstelle.

SO

Betr.: Sonderbehandlung.
Hier: Vermerk der Personalien.

V e r t e i l e r : III

Zur Vermeidung von Verwechslungen und zeitraubenden Rückfragen und damit zur Erzielung einer weiter beschleunigten Bearbeitung ist es notwendig, dass

- 1.) auf der R-Karte die Personalien der reichsdeutschen Frau unter Angabe des genauen jetzigen Aufenthaltsortes (ggf. Haftort) und der zuständigen Staatspolizeileitstelle und
- 2.) auf der Rückseite der Bilder in allen Fällen (auch beim deutschen Teil) die Personalien vermerkt werden.

Soweit dies noch nicht berücksichtigt wurde, wird gebeten, entsprechend zu verfahren.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4

i.V.:

gez.: K l i n g e r
4-Obersturmbannführer.

F.d.R.

[Handwritten Signature]
4-Hauptsturmführer.

44 987

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 4

Der Höhere 4/-

Prag, den 10. Mai 1944
Postleitzahlstelle .

RA c/2 a7 Ha/Be.
45/44

10. MAI 44.

Betr.: Geschlechtsverkehr zwischen Tschechen und Deutschen.
Hier: Feststellung der Wiedereindeutschungsfähigkeit.

Bezug: Erlass Reichssicherheitshauptamt IV D 1 b 138/40 II
vom 13.6.42.

Anlg.: - 2 -

V e r t e i l e r: III

Gemäss o.a. Erlass ist grundsätzlich in allen Fällen des Geschlechtsverkehrs zwischen Protektoratsangehörigen und Deutschen v o r Einleitung staatspolitischer Massnahmen die Untersuchung des Protektoratsangehörigen auf seine Wiedereindeutschungsfähigkeit hin durchzuführen. Die Feststellung der Wiedereindeutschungsfähigkeit erfolgt durch den RuS-Führer beim zuständigen Höheren 4/- und Polizeiführer.

Zur weiteren Beschleunigung des Verfahrens wird in diesen Fällen ab sofort auf die Herreichung der Unterlagen über die rassische Überprüfung zur Erstellung eines Gutachtens an das Reichssicherheitshauptamt verzichtet. Die RuS-Führer führen die notwendigen Überprüfungen auf Antrag der Stapo-(leit)-stellen durch und geben diesen das Ergebnis direkt bekannt. Von einer Sippenüberprüfung ist allgemein abzusehen, soweit die Angehörigen nicht sofort erfassbar sind, sie ist jedoch in allen Fällen durchzuführen, in denen volkstumspolitisch wichtige Folgerungen gezogen werden (Eheschliessungen usw.).

Diese Regelung erfolgt auf Veranlassung des RuS-Hauptamtes im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt, das die Stapo-(leit)-stellen entsprechend angewiesen hat.

Der entsprechende Erlass wird abschriftlich beigelegt.

F. d. R.

Der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes - 4

1.A. gez.: Klinger

4/-Obersturmbannführer .

4/-Hauptsturmführer

Abteilung 11/5 2 / 154

22
C'II-199-66

Der Chef des Rasse- und
Siedlungshauptamtes - 44

Prag, den 20. Juli 1944
Postleitzahlstelle .

RA C2a7-7 Ha/F1.

Tgb.Nr. 153/44 gsh.

G e n e i m

68 /44

Betr.: Sonderbehandlung -
Erlass des RSHA über die Ahndung schwerwiegender
Verstöße und unerlaubten Geschlechtsverkehrs fremd-
völkischer Arbeitskräfte aus dem Osten und Südosten
sowie polnischer, serbischer und sowjetrussischer
Kriegsgefangener vom 10. 2. 44 - S IV D 2 c - 235/
44 g. -11- ;
hier: Geschlechtsverkehr mit deutschen Prostituierten. .

Bezug: Anordnung des Chefs des RuS-Hauptamtes-44 vom 13.3.44
Nr. 22 / 44.

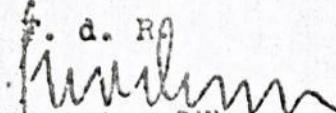
V e r t e i l e r : III

Auf Veranlassung des RuS-Hauptamtes -44 wird vom Reichssicher-
heitshauptamt festgestellt, dass der Geschlechtsverkehr von
Fremdvölkischen aus dem Osten und Südosten mit deutschen
Prostituierten ebenfalls verboten ist und durch staatspoli-
zeiliche Massnahmen geahndet wird. Allerdings werden in die-
sen Fällen erheblich mildere Strafen verhängt als beim Ge-
schlechtsverkehr mit anderen deutschen Frauen .

Die durch Erlass vom 13. 6. 42 bezüglich des Geschlechts -
verkehrs zwischen Protektoratsangehörigen und Deutschen
(Verteiler III 45 /44 vom 10. 5. 44) getroffene Sonder -
regelung gilt für die im Rundrlass vom 10.2.44 behandelte
Personengruppe nicht. Es ist daher erforderlich, auch der-
artige Fremdvölkische, die mit Prostituierten verkehrt haben
auf ihre Wiedereindeutschungsfähigkeit zu untersuchen .

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt -44

1.V.
gez. K l i n g e r
44 -Obersturmbannführer .

f. d. RA

44-Hauptsturmführer .

Abschrift zu Vle 5768/98

Der Präsident des Gauarbeitsamts
und Reichstreuhänder der Arbeit
Magdeburg-Anhalt

(19)
Magdeburg, den 22. 7. 1944
Otto-von-Guericke-Strasse 27

Gesch.-Zeichen: II/2 - 57868 -

An den
Herrn Generalbevollmächtigten für den
Arbeitseinsatz

P o t s d a m - R e h b r ü c k e .

Betr.: Ausländerkartei.
Vorg.: Ohne.

Vom Höheren SS- und Polizeiführer Mitte - RuS-Wesen - wird mir Abschrift einer vereinbarung des Reichsbauernführers mit dem Chef des RuS-Wesens des Hauptamtes SS über eine massische Grobauslese von Ostarbeitern für den landwirtschaftlichen Arbeitseinsatz und deren Kenntlichmachung über das Ergebnis der angestellten Ermittlungen übersandt. Es ist vorgesehen, die erfassten Ostarbeiter listenmässig den Arbeitsämtern zu melden, damit dort die Karten der Ausländerkartei mit dem Stempelaufdruck "als landwirtschaftliche Fachkraft geeignet" versehen werden.

Da bisher entsprechende Weisungen nicht ergangen sind, bitte ich um baldige Mitteilung, wie verfahren werden soll. Es ist anzunehmen, dass den Arbeitsämtern demnächst bereits die angekündigten Aufstellungen übersandt werden.

Abschrift der Dienstanweisung des Chefs des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS füge ich bei.

In Vertretung:
gez. Unterschrift.

Anlage.

3.) Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit sind Listen oder Karten nicht zu führen. Die Eignung ist bei den betreffenden Personen in der Arbeitskartei durch Stempelaufdruck "als landwirtschaftliche Fachkraft geeignet", versehen mit dem Stempel der Dienststelle und des SS-Führers im Rasse- und Siedlungswesen kenntlich zu machen. Die Landesbauernschaften sind angewiesen, nur solche Ostarbeiter als Fachkräfte auszubilden und einzusetzen, die vom SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen als geeignet bezeichnet wurden.

4.) Der Reichsführer-SS hat die Erweiterung des Wiedereindeutungsverfahrens auch auf ehemals sowjetrussische Staatsangehörige (also auch Ostarbeiter) angeordnet.

Da die Verhandlungen der Reichsdienststellen über die Durchführung dieses Befehls des Reichsführers SS noch nicht abgeschlossen sind und die Durchführungsbestimmungen an die höheren SS und Polizeiführer bzw. SS-Führer im Rasse und Siedlungswesen noch nicht ergangen sind., sind bereits vorsorglich alle im Rahmen dieser Grobauslese als erwünscht (RuS I und RuS II) zu bezeichnenden Personen besonders zu erfassen.

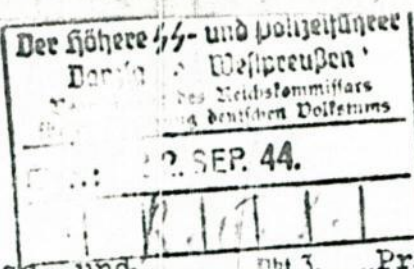
Weitere Weisungen über die Prüfung der weiteren Voraussetzungen ergehen zu gegebener Zeit vom RuS-Hauptamt SS.

Der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes
SS

gez. H i l d e b r a n d t

SS-Obergruppenführer

u. General der Polizei



CTI-218-

Der Chef des Rassen- und Siedlungshauptamtes
Prag, den 18.9.1944
Postleitzelle

RA C/2 - a 7 Ha/Sch.
93/44

Betr.: Geschlechtsverkehr zwischen Tschechen und Deutschen.
Hier: Feststellung der Wiedereindeutschungsfähigkeit.

Bezug: Verteiler III/Chef d. RuS-HA/ RA 45/44 vom 10.5.44

V e r t e i l e r I I I

Fälle, in denen auf Grund des vorbehaltlichen Gutachtens des RuS-Hauptamtes-4 bzw. RuS-Führers bereits die Eheschließung durchgeführt wurde und die später abgeschlossene Sippenüberprüfung die Nichtwiedereindeutschungsfähigkeit ergab, veranlassen, zur Verhinderung derartig unerwünschter Ehen, in Ergänzung zur Anordnung des Chefs des RuS-HA/RA 45/44 vom 10.5.1944, folgendes festzulegen:

Bei allen Entscheidungen, in denen der Tscheche als wiedereindeutschungsfähig, vorbehaltlich der positiven Sippenüberprüfung, bezeichnet wird, ist im Gutachten zum Ausdruck zu bringen, dass aus dieser vorbehaltlichen Entscheidung volkstumpolitische Folgerungen (Eheschließung, Einbürgerung usw.) noch nicht gezogen werden können.

Die vorbehaltliche Stellungnahme des RuS-Führers hat zunächst lediglich Bedeutung für die Höhe der Strafe und gibt die Möglichkeit, ggf. vorgesehene volkstumpolitische Massnahmen einzuleiten bzw. (bei negativ beurteilten Fällen) von vornherein auszuschliessen.

Es wird geboten, entsprechend zu verfahren.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-4
i.V.

gez: Klinger
4-Obersturmbannführer

F.d.R.

4-Hauptsturmführer.

44 1036

NO - 3556

Rasse- und Siedlungshauptamt-
R a s s e n a m t

Prag, den 19.12.1944
Postleitzelle

126/44

Tgb. Nr. 31044

G e h e i m !V e r t e i l e r III

Beitrag: Schwangerschaftsunterbrechung bei verheirateten Ostarbeiterinnen und Polinnen.

Bezug: Verteiler 4/43, 9/43 und 10/43.

Abt.: O 2 0 3 - all - 3 - Vg/S.

Nach Auffassung des Rasse-Hauptamtes-4 besteht keine Veranlassung, die biologische Kraft eines fremden Volkes gegen den Willen der eigenen Volksgenossen zu stärken. Die R-Führer in Rasse-Wesen werden demnach hierdurch angewiesen, Anträge verheirateter Polinnen und Ostarbeiterinnen in gleicher Weise wie diejenigen lediger zu behandeln, soweit sie von den Gutachterstellen für Schwangerschaftsunterbrechung an die Rasse-Führer herangetragen werden. In allgemeinen wird dies nur dann der Fall sein, wenn die Gutachterstelle feststellt, daß die Kindesmutter rassistisch einen guten Eindruck macht.

Für den bei der Überprüfung anzuwendenden Maßstab werden in Kürze durch einen Verteiler besondere Bestimmungen ergehen.

Der Chef des Rassenamtes
in Rasse-Hauptamt-4

i. V.

15.12.1944
Sturmbannführer

Hobler Sammadw 216 I
DC - 44 1388, 3879

33
CI-39-67

Rasse- und Siedlungshauptamt-
R a s s e n a m t

Prag, den 5. Januar 1945
Postleitstelle

Tgb.Nr.: 3/45
1/45

G e h e i m !

Betr.: Sonderbehandlung -
Ahndung schwerwiegender Verstöße und unerlaubten Geschlechts-
verkehrs fremdvölkischer Arbeitskräfte aus dem Osten und Süd-
osten sowie polnischer, serbischer und sowjetrussischer Kriegs-
gefangener.- Hier: Portfall der rassischen Überprüfung

Bezug: Verteiler III RA 22/44 vom 13.3.1944

Az.: RA - C 2 a 7 - all. 7 - Vo/S.

Anlg.: - 1 -

V e r t e i l e r I I I

Der Reichsführer-[§] hat entschieden, daß auf Kriegsdauer bei Sonderbe-
handlungsfällen die rassische Überprüfung entfällt. Falls in Zukunft
also noch derartige Fälle den RuS-Führern vorgelegt werden, ist von
einer Bearbeitung unter Hinweis auf den beiliegend mitgeteilten Erlaß
des Reichsführers-[§] und Chef der Deutschen Polizei vom 27.11.44 abzu-
sehen.

Der Chef des Rassenamtes
im RuS-Hauptamt-[§]
i.V.

110219110.
§-Sturmbannführer

Der Höhere (H) u. Pol. Führer Nordost
Der (H) - Führer L. Rasse- u. Siedlungswesen

Königsberg Pr.
Hindenburgstr. 11

Einschreiben

Tgb.Nr.: 1940/44.2: 2. / 2. K. / O.

Betr.: Arbeit des SS-Machs. Hämmerlein.
Bew.: ohne
Anz.: 1 Akte.

An den
Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS
Berlin ST 68
Hedemannstr. 24.

Anliegend überreicht RUS-Führer Nordost eine von L. Hämmerlein erstellte Arbeit. Im ersten Teil wird a. Verhältnis zwischen Staat und Rasse aufgezeigt, in z. Wiedereindeutschungsverfahren, insbesondere die in Ostpreussen ergebenden Schwierigkeiten herausge. Zusammenstellung der Grundsätze und Richtlinien w. wichtigsten Punkte des RUS-Verfahrens behandelt. Es wird gebeten, nach Überprüfung zu entscheiden, Teil Staat und Rasse sich für teilweise Veröffentl. brief des Rasse- und Siedlungshauptamtes eignet.

Ler Höhere SS- und Pol.
R u S F u

SS-Obersturmf.

DI-91-

18/19.5.44

DC-44 3119

34

35-28

DAS

WIEDEREINDEUTSCHUNGSVERFAHREN

36 28

Regelung der Aufnahme
in das
Wiedereindeutschungsver-
fahren.

I. Auslese

1. Vorschlagsberechtigt an die beantragende Behörde (Landrat)
 - a) Dienststellen der Wehrmacht, Waffen-SS, RAD und OT
 - b) Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen
 - c) Lagerleitungen von Lagern fremdvölkischer Arbeiter
 - d) Arbeitsämter und andere Behörden
 - e) Betriebe
 - f) Einzelpersonen (nur Reichsdeutsche)
2. Beantragung der Überprüfung (Auslese) zur Aufnahme durch den für den Wohnort zuständigen Landrat beim RuS-Führer.
3. Eignungsuntersuchung aller Familienmitglieder durch den RuS-Führer.

II. Aufnahme

1. Aufnahmeantrag an die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt durch den RuS-Führer.
2. Anerkennung der Wiedereindeutschungsfähigkeit durch die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt oder RuS-Hauptamt an den beantragenden RuS-Führer.
3. Meldung der Wiedereindeutschungsfähigen durch den RuS-Führer an den Beauftragten des RKföFöV.
4. Vermittlung einer Einsatzstelle durch den RKföFöV.
5. Erstellung einer Kennkarte durch den für den Einsatzort zuständigen Höheren SS- und Polizeiführer als Abschluss des Aufnahmeverfahrens.

III. Behandlung und Betreuung.

Mit der Aushändigung der Kennkarte wird die Angleichung an die Behandlung der Reichsdeutschen (Lebensmittelkarten, Strafrecht usw.) rechtmässig und erfolgt nach den vom Reichsführer-SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums erlassenen Grundsätzen, Richtlinien und Anordnungen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer Nordost
Der SS-Führer im Rasse- u. Siedlungswesen

Königsberg Pr., 18. Mai 1944
Hindenburgstr. 11

Tgb.Nr.: _____ Az: _____ HM/O.

Betr.: Allgemeine Bemerkungen zum Wiedereindeutschungsverfahren.

In der beiliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, das WED-Verfahren auf Grund der beim Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums bekannten Grundsätze, Anordnungen und Richtlinien zu einem einheitlichen Gesamtbild zusammenzustellen, um bei der Bearbeitung des Verfahrens eine klare Übersicht zu haben und gleichzeitig die Arbeit an den auftauchenden Fragen zu erleichtern. Den Anlass zu dieser Arbeit bildeten die Schwierigkeiten, die bei der Bearbeitung des WED-Verfahrens beim Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Ostpreussen in Erscheinung getreten sind und den Gang der Arbeiten erschwerten oder nur zu einem unbefriedigenden Ergebnis führten.

Der hauptsächliche Grund für dieses Versagen bei der Bearbeitung des Wiedereindeutschungsverfahrens (künftig nur WED-Verfahren genannt) liegt wohl darin, dass der grösste Teil der beteiligten Dienststellen und Behörden weder von dem Kerngedanken der Wiedereindeutschung verloren gegangenen deutschen Blutes noch von dem bereits seit 1940 laufenden Verfahren Kenntnis haben. Anlässlich einer von der Dienststelle des Beauftragten des RKföFöV. vorgenommenen Rundfrage bei den Landräten der Provinz Ostpreussen war aus deren Antworten oder Nachfragen zu ersehen, dass sie über das WED-Verfahren vollkommen in Unkenntnis waren. Diese Tatsache scheint unverständlich, da die Landräte laufend für die Untersuchungen des RuS-Führers fremdvölkische Personen zur Überprüfung auf ihre Wiedereindeutschungsfähigkeit zu den Untersuchungsorten zu bestellen haben. Aus diesem Grunde wurde allen Landräten eine auszugsweise Abschrift des Betriebsführermerkblattes zugesandt, um ihnen so wenigstens die Grundgedanken und Richtlinien des WED-Verfahrens zur Kenntnis zu geben. Jedoch nichtallein die Landräte, sondern auch andere Verwaltungsbehörden in Ostpreussen sind über das WED-Verfahren nicht unterrichtet, sodass die Behandlung seitens der Behörden gegenüber den Wiedereindeutschungsfähigen, die besonders durch die Evakuierungsmaßnahmen nach Ostpreussen gezogen sind, dem Ziel einer baldigen

Wiedereindeutschung nicht gerecht wird. Es wäre daher vorzuschlagen, dass darauf hingewirkt wird, dass alle beteiligten Verwaltungsbehörden über die Richtlinien und Anordnungen in dem Maße unterrichtet werden, wie es für den reibungslosen Ablauf des WED-Verfahrens erforderlich ist. Von allen beteiligten Dienststellen und Behörden, die von einigen Maßnahmen des WED-Verfahrens Kenntnis haben, werden ständig die wiedereindeutschungsfähigen Personen im Sinne des WED-Verfahrens mit den als wiedereindeutschungsfähig bezeichneten Personen der Abteilungen III und IV der DVL. verwechselt, da in vielen Anordnungen von beiden Gruppen in einem Zuge gesprochen wird. Diese Verwechslung führt zwar in der Behandlung der Wiedereindeutschungsfähigen zu keinen wesentlichen Schwierigkeiten, da beide Personengruppen in der Behandlung im allgemeinen den gleichen Bestimmungen unterliegen, doch geht dadurch das Verständnis für das WED-Verfahren in seinem Kernpunkt verloren. Durch diese Auffassung der Gleichartigkeit beider Personengruppen wird ausser Acht gelassen, dass die Angehörigen der Abteilungen III und IV der DVL. auf Grund des Deutschstämmigkeitsnachweises und ihres rassischen Wertes für eine Wiedereindeutschung vorgesehen sind, während bei den Wiedereindeutschungsfähigen des WED-Verfahrens allein ihre rassische Tauglichkeit ausschlaggebend für die Einbeziehung in die Maßnahmen zur Wiedereindeutschung war. Schon staatsrechtlich würde diese Beibehaltung des Begriffs "wiedereindeutschungsfähige Person" im öffentlichen Sprachgebrauch als Sammelbezeichnung für die Personen der DVL. und des WED-Verfahrens zu Unzulänglichkeiten und Missverständnissen führen. Die Angehörigen der Abteilung III der DVL. erlangen mit ihrem DVL.-Ausweis die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf, während die Wiedereindeutschungsfähigen des WED-Verfahrens trotz ihrer vorläufigen Kennkarte mit grünem Längsstrich staatsrechtlich nach den geltenden Bestimmungen, die zwar im Widerspruch zu den über die Behandlung der Wiedereindeutschungsfähigen erlassenen Bestimmungen stehen, noch als Schutzangehörige gelten sollen. Es wäre daher für das Verständnis und die Bearbeitung des WED-Verfahrens von wesentlichem Nutzen, wenn das Wort "wiedereindeutschungsfähig" zukünftig nur noch für die Angehörigen des WED-Verfahrens verwendet werden würden.

Durch diese Unklarheit über die wiedereindeutschungsfähigen Personen ist die Behandlung dieser Personengruppe innerhalb der Volksgemeinschaft im täglichen Leben sehr mangelhaft, sodass eine eingehende Belehrung durch die NSDAP. unbedingt erforderlich wäre.

In diesem Zusammenhang kann auch gesagt werden, dass gelegentlich einer wissenschaftlichen Diskussion über die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit festgestellt werden musste, dass die Wissenschaft von dem Bestehen des WED-Verfahrens nichts weiss. Ein Dozent des Staatsrechts (Prof. Lutz-Richter, Universität Königsberg) war sehr erstaunt, dass man ausschliesslich auf Grund rassistischer und politischer Kriterien die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben könne. Es erscheint unverstündlich, warum man diese Massnahme der Wissenschaft noch nicht zur Diskussion gestellt hat. Schliesslich bedeutet doch das WED-Verfahren einen erneuten entscheidenden Einbruch des Rassegedankens in das Staatsangehörigkeitsrecht, der mit dazu dienen könnte, auch das zukünftige deutsche Staatsangehörigkeitsrecht nach dem Prinzip der rassistischen Auslese auszurichten, was auf allen anderen Lebensgebieten als kardinales Problem beachtet wird. Es wäre besonders wünschenswert, wenn schon die studentische Jugend in der Zeit ihres Studiums auf derartige Massnahmen und ihre weittragende Bedeutung hingewiesen würde, um dadurch angeregt zu werden, sich mit den Problemen der Rassenpflege zu beschäftigen.

Bei der Bearbeitung des WED-Verfahrens selbst sind einige Fragen und Unklarheiten erwachsen, die darauf zurückzuführen sind, dass das ganze Verfahren zur Zeit aus einer Vielzahl von Anordnungen und Richtlinien besteht, die wohl hauptsächlich auf der Grund der arbeitsmässig auftauchenden Fragen erlassen worden sind. Das WED-Verfahren, das im übrigen älteren Datums als die "Deutsche Volksliste" ist, hat im Laufe der Jahre einen so grossen Umfang angenommen, dass es anzustreben wäre, diesem Verfahren durch eine Verordnung einen klaren Weg vorzuschreiben, der alle Unklarheiten beseitigt.

Die auftauchenden Fragen sind nachstehend unter Bezugnahme auf die beiliegende Zusammenstellung des WED-Verfahrens aufgezeigt:

Zu § 1, Abs. 2, Ziff. 1:

Aus den erlassenden Bestimmungen über das WED-Verfahren ist zu ersehen, dass die fremdvölkischen Personen, die in das WED-Verfahren einbezogen werden wollen, selbst den diesbezüglichen Antrag stellen müssen, es sei denn, dass die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt auf Grund eigener Unterlagen die Aufnahme in das WED-Verfahren betreibt. Daher weitere Kreise der in Frage kommenden fremdvölkischen Personen von dieser Möglichkeit einer baldigen Einbürgerung nichts wissen, geschieht es oft, dass

die an der Einbürgerung dieser Personen interessierten Dienststellen oder einzelne Reichsdeutsche mit diesbezüglichen Nachfragen an die hiesige Dienststelle herantreten. Auch werden oft fremdvölkische Personen hierher verwiesen, die den Wunsch haben, in den Reihen der Waffen-SS oder Wehrmacht zu kämpfen. Da die wiedereindeutschungsfähigen Personen sich ohne Bedenken freiwillig zur Waffen-SS oder Wehrmacht melden können, würde vielen jungen Menschen durch das WED-Verfahren die Möglichkeit gegeben werden können, dass ihr Wunsch erfüllt wird. Auf diesem Wege würden sicher noch eine grosse Zahl wehrfähiger Männer dem Wehrdienst zugeführt werden können. Es wäre daher vorzuschlagen, dass das WED-Verfahren den betreffenden Kreisen in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht wird. Es ist selbstverständlich, dass eine Werbung für das WED-Verfahren unerwünscht ist, doch könnte z.B. die Leitung der Sammellager von fremdvölkischen Arbeitern in entsprechender Form auf das WED-Verfahren hingewiesen werden. Wenn im Übrigen das WED-Verfahren den Zweck haben soll, den polnischen Volkskörper die blutsmässig zum Deutschtum gehörende Intelligenzschicht fortzunehmen, so müssen Möglichkeiten geschaffen werden an diese Schicht heranzukommen; denn es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Menschen, die z.B. durch die Polonisierung Überzeugte Polen geworden sind, freiwillig zur Wiedereindeutschung melden. Es müssten also die Stellen, die in der Hauptsache mit Fremdvölkischen zusammenkommen, auch angewiesen werden, diese Personen zur rassischen Überprüfung vorzuschlagen. Für diese Einschaltung weiterer Stellen in das Verfahren zur Beantragung der rassischen Überprüfung ist jedoch eine eingehende Belehrung der in Frage kommenden Stellen erforderlich, deren Durchführung Aufgabe des Gauamtes für Volkstumsfragen der NSDAP. sein wird. Der Vorschlag der zu Überprüfenden Personen wäre von den betreffenden Dienststellen und Behörden an den zuständigen Landrat zu leiten, der den Antrag zur Aufnahme in das WED-Verfahren beim RuS-Führer stellt. Zu diesem Zweck müsste dann allerdings der Kreis der Vorschlagsberechtigten neu bestimmt und weiter gefasst werden.

Zu § 1, Abs. 2:

Bei der zum Teil sehr schlechten finanziellen Lage der für eine Wiedereindeutschung vorgesehenen fremdvölkischen Personen ist es oft unmöglich, dass eine mehrköpfige Familie die Unkosten einer Fahrt zum Untersuchungsamt des Eignungsprüfers des RuS-Hauptamtes bestreiten kann. Die gleichen Schwierigkeiten bieten sich bei der Erstellung der erforderlichen Lichtbilder. Im Falle erwiesener Bedürftigkeit wäre wohl hier eine Unterstützung seitens des Reichskommissars angebracht.

Zu § 3, Abs. 2, Ziff. 1:

Um den Gang des Verfahrens von der Beantragung der Aufnahme in das WED-Verfahren bis zur Anerkennung der Wiedereindeutschungsfähigkeit eine klare Linie zu geben, wäre vorzuschlagen, dass die Aushändigung der vorläufigen Kennkarte als sichtbarer Abschluss des Aufnahmeverfahrens herausgestellt und erst durch den Besitz dieser Kennkarte die Angleichung an die Behandlung der Reichsdeutschen rechtmässig wird.

Zu § 3, Abs. 2, Ziff. 2:

Einige wiedereindeutschungsfähige Personen treten oft mit der Nachfrage an die Dienststelle des RKfPdV. heran, wann sie mit ihrer endgültigen Einbürgerung zu rechnen haben. Aus den ergangenen Bestimmungen ist jedoch hierüber nichts genaues ersichtlich. Es wird nur gesagt, dass die wiedereindeutschungsfähigen Personen, die im Rahmen des Wiedereindeutschungsverfahrens in das Altreich überstellt und sesshaft gemacht wurden, nachträglich in die Abteilungen III oder IV der DV. aufgenommen werden, und durch die Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Da das WED-Verfahren nunmehr vier Jahre läuft, wäre es anzustreben, dass über den Zeitpunkt der Einbürgerung nähere Bestimmungen erlassen werden. Die Ungewissheit dieser staatsrechtlichen Stellung zwischen Staatenlosen und deutschen Staatsangehörigen betrifft vor allem die Familien, die ihre Deutschstammigkeit zwar nicht beweisen konnten, aber doch schon seit Jahren in das Deutschtum hereingewachsen sind und nun den verständlichen Wunsch haben, auch als deutsche Staatsangehörige voll anerkannt zu werden.

Die Regelung der staatsrechtlichen Stellung vor der Aufnahme in die DVL ist durch den Widerspruch zu den über die Behandlung dieses Personenkreises erlassenen Anordnungen und Richtlinien nicht befriedigend, wenn gesagt wird, dass die Wiedereindeutschungsfähigen staatsrechtlich noch als Schutzangehörige zu betrachten sind. Wenn man den Stand der privilegierten Schutzangehörigen schafft, so bringt man damit zum Ausdruck, dass unter den Schutzangehörigen Menschen zu finden sind, die sich zur Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft zwar nicht eignen, doch aber verdienen über die übrigen Schutzangehörigen herausgehoben zu werden. Für die Wiedereindeutschungsfähigen ergibt sich aber heraus, da sie für die alsbaldige Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft vorgesehen sind, dass sie noch eine Stufe höher gestellt werden müssten. Die Wiedereindeutschungsfähigen sind zwar in der Behandlung im Wesentlichen den Staatsangehörigen auf Widerruf gleichgestellt und sollen andererseits staatsrechtlich, d.h. in ihrer rechtlichen Stellung zum Staat nur als Schutzangehörige gelten. Es ist verständlich, dass man die Wiederein-

deutschungsfähigen nicht nach kurzer Zeit zu vollen deutschen Staatsangehörigen ernennen kann. Es wäre aber vorzuschlagen, dass die Anwartsstellung dieses Personenkreises auch staatsrechtlich dahingehend erklärt wird, dass sie als deutsche Staatsangehörige nach Wiedereindeutschung gelten. Eine derartige Staatsangehörigkeitsbestimmung in den Ausweispapieren würde praktisch zwar dasselbe sagen, doch der Behandlung und damit der tatsächlichen Stellung dieses Personenkreises mehr entsprechen als allein die Bezeichnung "wiedereindeutschungsfähig" oder "ungeklärt (deutsch)". Eine andere Möglichkeit, in dieser Beziehung eine befriedigendere Lösung zu schaffen, wäre vielleicht auch damit zu erreichen, dass das WED-Verfahren in einer entsprechenden Form der Öffentlichkeit übergeben wird.

Aus der Bestimmung, dass die Wiedereindeutschungsfähigen nach ihrer Sehaftmachung in die DVL. übernommen werden sollen, ist jedoch zu erschen, dass man anscheinend von der Veröffentlichung des WED-Verfahrens Abstand nehmen will. Wenn wir uns aber als Träger und Kündler des Rassegedankens berufen fühlen und seine Bedeutung für die Gemeinschaft der Völker überzeugend herausstellen wollen, so wäre gerade das WED-Verfahren, dessen erste positive Ergebnisse für das Gebiet der Rassenpflege wohl vorliegen, dazu angetan, unserer nationalsozialistischen Staatsauffassung, die auf der Grundlage der Einheit von Blut und Boden beruht, eine neue Ausrichtung auf die Erkenntnisse der Rassenlehre zu geben. Eine Verschmelzung des WED-Verfahrens mit der DVL. würde bedeuten, den Versuch, fremdvölkische Personen allein auf Grund ihrer rassischen Wertigkeit als brauchbare Glieder in die deutsche Volksgemeinschaft aufzunehmen, kurz vor Erreichung des Zieles aufzugeben. Es wäre daher vielmehr vorzuschlagen, das WED-Verfahren auf Grund seiner ersten Erfolge als gesondertes Verfahren zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit weiterhin neben der DVL. durchzuführen und seine Ergebnisse als erneute Beweise für die Bedeutung des Rassegedankens in der Staatslehre auszuwerten.

Zu § 3, Abs. IV, Ziff. 3:

Die staatsrechtliche Stellung einer weiblichen reichsdeutschen Person, die mit einem Wiedereindeutschungsfähigen die Ehe eingeht, müsste dementsprechend auch dahingehend geändert werden, dass die Reichsdeutsche die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verliert.

Zu § 5, Abs. II:

Bei der Erfassung durch die Verwaltungsbehörden sei nochmals darauf hingewiesen, wie anfangs ausgeführt, dass diese Behörden zum grossen Teil

weder von dem WED-Verfahren, noch von dem angeführten Runderlass d. RMdJ. Kenntnis haben.

Zu § 7:

Der personelle Geltungsbereich des WED-Verfahrens ist nur insoweit bestimmt, dass nur fremdvölkische Personen aus den eingegliederten Ostgebieten, dem Generalgouvernement, aus Südkärnten und der Untersteiermark, sowie Baltenflüchtlinge der Gruppe III und ehemalige französische Fremdenlegionäre in das WED-Verfahren einbezogen werden. Es wäre wünschenswert, wenn die betreffenden Personengruppen näher bestimmt werden würden.

Der Höhere SS- und Polizeiführer Nordost
Der SS-Führer im Rasse- u. Siedlungswesen

44 31
Königsberg/Pr., 19.5.1944
Hindenburgstr.11

Tgb.Nr.: Az: HA/O

Eine Zusammenstellung
der geltenden Grundsätze, Richt-
linien und Anordnungen über das
Wiedereindeutschungsverfahren.

15 38

Das Wiedereindeutschungsverfahren.

Einleitung:

Wiedereindeutschung verloren gegangenen deutschen Blutes.

Das Verfahren:

I. Abschnitt: Verlauf des Verfahrens.

§ 1. Die rassistische Überprüfung.

I. Die rassistische Tauglichkeit

II. Das Verfahren der Überprüfung

- 1) Antragsteller
- 2) Bearbeitung durch die RuS-Aussenstelle
Litzmannstadt

III. Die Heranholung der Angehörigen.

§ 2. Der Einsatz.

I. Auswahl der Betriebe

II. Die Betriebsführer

- 1) Verwaltungsgebühr
- 2) Fortfall der Arbeitserlaubnis

III. Die Art der Betätigung

IV. Transport zum Einsatzort

V. Zuteilung von Wiedereindeutschungsfähigen

VI. Die Einsatzgebiete.

§ 3. Staatsrechtliche Stellung und ausweisrechtliche Behandlung.

I. Nichtanwendung des Ausländerpolizeirechts

- 1) Ausländerpolizeirecht
- 2) Paßzwang

II. Kennkarten für wiedereindeutschungsfähige Personen

- 1) Kennkarte mit grünem Längsstrich
- 2) Staatsrechtliche Stellung als Schutzangehöriger
- 3) Form der Kennkarte
- 4) Der zu beteiligende Personenkreis
- 5) Gebühr
- 6) Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens

III. Reichsdeutsche Arbeitsbücher für Wiedereindeutschungsfähige

IV. Die staatsrechtliche Stellung bei Eheschliessungen.

§ 4. Überwachung.

- 1) Sicherheitspolizeiliche Überwachung
- 2) Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen.

§ 5. Erfassung.

I. Erfassung durch den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

- 1) Einsatzübersicht
- 2) statistische Monatsmeldung
- 3) Überprüfung von Eheschliessungen

II. Erfassung durch die Verwaltungsbehörden.

§ 6. Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen.

- 1) Aufgabe der Höheren $\frac{1}{2}$ - und Polizeiführer
- 2) Zuständigkeitsverteilung.

§ 7. Geltungsbereich des Wiedereindeutschungsverfahrens.

- 1) Personen aus den Ostgebieten und dem Generalgouvernement
- 2) Personen aus Südkärnten und Untersteiermark
- 3) Gruppe III der Baltenflüchtlinge
- 4) Französische Fremdenlegionäre.

II. Abschnitt: Behandlung der Wiedereindeutschungsfähigen.

§ 8. Die Behandlung.

I. Der Grundsatz

II. Besondere Bestimmungen

- 1) Lebensmittelversorgung
- 2) Urlaubsregelung
- 3) Namensverdeutschung von Waisenkindern
- 4) Schulpflicht der Kinder
- 5) Freiwilligenmeldung zur Waffen- $\frac{1}{2}$ und Wehrmacht
- 6) Evakuierung

III. Herausnahme aus dem Wiedereindeutschungsverfahren

- 1) Wegen Krankheit
- 2) Aus sonstigen Gründen
- 3) Sicherheitspolizeiliche Behandlung
- 4) Rücktransport.

§ 9. Die Betreuung.

- I. Allgemeines
- II. Betreuung durch die NSDAP.
- III. Betreuung durch den Höheren SS- und Polizeiführer
- IV. Fortfall der Betreuung bei Eheschließung.

§ 10. Fürsorge.

- 1) Fürsorgebetreuung durch die NSV.
- 2) Unterbringung in Wohnungen
- 3) Beschaffung von Einrichtungsgegenständen
- 4) Wirtschaftsbeihilfe.

§ 11. Die strafrechtliche Behandlung von Wiedereindeutschungslosen und Sonderbehandlung.

I. Strafrechtliche Angleichung an die Reichsdeutschen

- 1) Grundsätzliches
- 2) Nichtanwendung des Polenstrafrechts

II. Korausnahme aus den staatspolizeilichen Sonderbehandlungsmaßnahmen

- 1) Sonderlager Einsort
- 2) Die rassistische Überprüfung
- 3) Einbeziehung der Sippe
- 4) Entlassung aus dem KL.
- 5) Eheschließung
- 6) Ablehnung bei charakterlicher Untauglichkeit
- 7) Sonderbehandlungsversuch der Stapo-Stelle bei Eignung zur Wiedereindeutschung.

Einleitung.

Wiedereindeutschung verlorangegangenen deutschen Blutes.

Die Säuberung der eingegliederten deutschen Ostgebiete von fremdrassischen Personen ist mit das wesentlichste Ziel, das in deutschen Osten erreicht werden muss. Es ist dies die kardinale volkspolitische Aufgabe, die der Reichsführer ^{II}, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums in den angegliederten Ostgebieten zu bewältigen hat. Bei der Lösung dieser Aufgabe, die aufs Engste mit dem Problem der Volkszugehörigkeit in den Ostgebieten zusammenhängt, kommt neben den Gesichtspunkten der Sprache, der Abstammung und des Bekenntnisses der rassischen Auslese die übergeordnete und entscheidende Bedeutung zu. So notwendig es für eine dauernde Bereinigung der deutschen Ostgebiete ist, die dort wohnenden fremdstämmigen Elemente nicht sesshaft sein oder werden zu lassen, so unerlässlich ist es auch, dass in diesen Gebieten vorhandene deutsche Blut auch dann für das Deutschtum zurückzugewinnen, wenn der Blutsträger in seinem Bekenntnis und in seiner Sprache polonisiert ist. Es hat ergeben, dass aus diesen germanischen Blutsträgern hauptsächlich dem früheren polnischen Staat jene Führernaturen erwachsen, die sich letztlich gegen ihr eigenes deutsches Volkstum, sei es in Verblendung, in gewollter oder unbewusster Verkenntung ihrer blutlichen Verbundenheit in schärfste Kampfstellung begaben.

Es ist daher ein absolutes volkspolitisches Erfordernis, die angegliederten Ostgebiete und später auch das Generalgouvernement nach solchen germanischen Blutsträgern zu durchkämmen, um dieses verlorene deutsche Blut wieder dem eigenen deutschen Volk zurückzuführen.

Es mag von nebensätzlicher Bedeutung sein, welche Maßnahmen gegen die Renegaten zu ergreifen sind; entscheidend ist, dass zumindest deren Kinder nicht mehr dem Polentum anheimfallen, sondern inmitten einer deutschen Umgebung erzogen werden. Eine Wiedereindeutschung kann jedoch keinesfalls in der bisherigen

polnischen Umgebung, sondern nur im Altreich bzw. der Ostmark erfolgen.

Es sind also hauptsächlich folgende zwei Gründe, die die Rückgewinnung dieses verlorengegangenen deutschen Blutes zu einem zwingenden Gebot machen:

1. Verhinderung eines weiteren Zuwachses zur polnischen intellektuellen Schicht aus germanisch bestimmten wenn auch polonisierten Sippen.
2. Vermehrung des rassistisch erwünschten Bevölkerungszuwachses für das deutsche Volk und Beschaffung von erbbiologisch unbedenklichen Kräften für den deutschen Aufbau der Landwirtschaft und Industrie.

Bei den Arbeiten für das Wiedereindeutschungsverfahren muss ausschlaggebend sein, dass bei der Entscheidung der Frage, ob eine dauernde Aufenthaltserlaubnis für das Reichsgebiet oder gegebenenfalls eine Einbürgerung angezeigt erscheint, keinesfalls wirtschaftliche oder arbeitseinsatzmässige Gesichtspunkte, sondern unter Anwendung eines geschaffenen Maßstabes ausschliesslich rassistischer und politischer Kriterien einzuschlagen sind.

Das Verfahren.

I. Abschnitt: Verlauf des Verfahrens.

§ 1. Die rassistische Überprüfung.

I. Ausschlaggebend für die Aufnahme in das Wiedereindeutschungsverfahren ist die rassistische Tauglichkeit des Antragstellers, die von dem Eignungsprüfer des RuS-Hauptamtes festgestellt wird. Eine einwandfreie Gesamtbeurteilung der Wiedereindeutschungsfähigkeit einer Person ist jedoch nur dann gewährleistet, wenn alle noch lebenden zur Sippe gehörenden Angehörigen zur rassistischen Überprüfung herangezogen werden.

II. Das Verfahren der Beantragung dieser rassistischen Überprüfung zwecks Aufnahme in das Wiedereindeutschungsverfahren ist wie folgt festgelegt:

- 1.) Alle Anträge um Aufnahme in das Wiedereindeutschungsverfahren werden dem für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Höheren H- und Polizeiführer zugeleitet, soweit der An-

tragsteller sich in den Gebieten des Altreichs aufhält. In den neu eingegliederten Ostgebieten wohnende Antragsteller sind an die Aussenstelle des RuS-Hauptamtes - 4/ Litzmannstadt zu verweisen.

Die Anträge von Wiedereindeutschungsfähigen auf Überprüfung von Sippenangehörigen, die in anderen Oberabschnitts-Bereichen wohnen als der Antragsteller selbst, sind zur Erstellung des Sippenbogens an den HSh./Hu.DL-Führer abzugeben, der für den Wohnort des zu Überprüfenden zuständig ist. Durch diese Einschaltung erhält die Dienststelle die Möglichkeit, Anträge abzulehnen, deren Verbreitung aus rassischen Gründen von vornherein aussichtslos oder aus sonstigen Erwägungen unerwünscht erscheinen.

2.) Der Sachbearbeiter des Höheren 4/- und Polizeiführers hat den Sippenbogen zu erstellen und der Aussenstelle des RuS-Hauptamtes Litzmannstadt einzusenden, die dann die weitere Bearbeitung der eingehenden Anträge nach folgenden Gesichtspunkten vornimmt:

- a) Untersagung oder Unterlassen einer weiteren Überprüfung, wenn bereits das vorhandene Material einer Ablehnung des Antrages ergibt. Hiervon wird die beantragende Dienststelle unmittelbar von Litzmannstadt unterrichtet.
- b) Sind noch keine Unterlagen vorhanden, wird von der Aussenstelle Litzmannstadt die Überprüfung durch das RuS-Hauptamt - 4/ veranlasst und der beantragende HSh. 4/- und Polizeiführer erhält von der Aufnahme der Überprüfung Kenntnis. Gleichzeitig wird von der Aussenstelle die Überprüfung der in den Ostgebieten ansässigen Sippenangehörigen in die Wege geleitet.
- c) An Hand des Überprüfungsergebnisses wird von der Aussenstelle das endgültige Sippenurteil erstellt. Von diesem Ergebnis erhalten das RuS-Hauptamt und der beantragende HSh. 4/- und Polizeiführer unmittelbar Kenntnis.¹⁾

Die Vornahme dieser rassischen Überprüfung ist den Beteiligten keinesfalls bekanntzugeben, sondern die Überprüfungen sind als gesundheitliche Untersuchung zu tarnen. Der Ausdruck: "Rassische Überprüfung" ist zu vermeiden.²⁾

1) RKFAPdV vom 2.2.43 Az: I - 3/4 - 12 - F8/WU. -
2) " " 24.5.43 Az: II-I - 3/4 - 12 - F8./La.

57 28

III. Die Heranholung der Angehörigen Nach bereits erfolgten Ansetzung verschiedener wiedereindeutschungsfähiger Familien oder Einzelgänger ergab sich die Heranholung der sich noch in den Ostgebieten befindlichen Angehörigen. Ebenso erfolgte die Zusammenführung im Altreich von verschiedenen wiedereindeutschungsfähigen Personen und Einzelgängern mit ihren bereits in das Wiedereindeutschungsverfahren einbezogenen und im Altreich angesetzten Angehörigen. Aus diesem Grunde ist die nachträgliche Erfassung der Familienangehörigen erforderlich, deren rassische Überprüfung infolge der Vielzahl der Familie und der Wohnsitze aus technischen Gründen nicht durchführbar ist, sodass für deren Heranholung festgelegt wurde, dass

- a) nur zur Herdgemeinschaft gehörende Angehörige zu den im Altreich arbeitenden Familien herangeholt werden können. Sich noch in Kriegsgefangenschaft befindliche Angehörige sind für die Dauer des Krieges den Familien nicht mehr zuzuführen. Es besteht auf Grund ihrer deutschfeindlichen Einstellung auch kein Interesse, diesen Personenkreis in die Wiedereindeutschungsmaßnahmen einzubeziehen.
- b) die Anträge auf Überprüfung von den im Altreich befindlichen Personen an das Stabshauptamt zu richten sind. Das RuS-Hauptamt veranlasst die rassische Überprüfung auf Grund dieser Anträge.³⁾
- c) nach Bekanntgabe des Überprüfungsergebnisses an den beantragenden MÖh. W- und Polizeiführer die Überstellung der Sippenangehörigen bei dem Stabshauptamt beantragt werden kann, wenn der Aufnahme der Wiedereindeutschung nichts im Wege steht. Die Einschaltung des Stabshauptamtes ist nicht erforderlich, wenn keine Umbesetzung aus einem Landesarbeitsamtsbereich notwendig ist.¹⁾

3) RKfdVdV vom 14.8.41 Az: I - 3/4 - 1 F8/La.

§ 2. Der Einsatz.

I. Auswahl der Betriebe. Die von dem Reichsführer ⁴⁾ nach bestimmten Richtlinien herausgesuchten rassisch wertvollen und nordisch bestimmten Familien sind in Betrieben des Altzeiches unterzubringen. Da es sich hierbei nicht um einen Arbeitseinsatz im gewöhnlichen Sinne, sondern um eine wesentliche volkspolitische Aufgabe handelt, kann die Unterbringung dieser Personengruppe nicht auf dem üblichen Wege über die Arbeitsämter erfolgen. Daher sind die Hh. ⁵⁾ - und Polizeiführer mit dem Einsatz dieser Personengruppe beauftragt worden. Für den Einsatz der wiedereindeutschungsfähigen Personen können nur solche Betriebe in Frage, deren Betriebsführer politisch und erzieherisch volle Gewähr dafür bieten, dass das mit der Einsatzung dieser Personen erstrebte Ziel einer baldigen Eindeutschung erreicht wird. Die AUSWAHL der Betriebe erfolgt durch die Höheren ⁶⁾ - und Polizeiführer, die sich der Mitarbeit der Landesbauernschaften und Landesarbeitsämter bedienen. ⁴⁾ (Betriebsfragebogen) ⁵⁾

II. Die Betriebsführer. Die Betriebsführer, bei denen Wiedereindeutschungsfähige Personen zum Einsatz gebracht worden sind, erhalten zu ihrer Unterrichtung über die Behandlung dieser Menschen das ^{VOM} RkfdFdv herausgegebene Betriebsführer-Merkblatt. Die Aufgabe der Betriebsführer ist, ihren erzieherischen Einfluss darauf geltend zu machen, dass die Polen bald im Deutschtum aufgehen. Jede Diffamierung sowohl im Betriebe wie im sonstigen Leben muss unterbleiben, da es sich um Menschen unseres Blutes handelt. Als Betriebsführer sind alte Parteigenossen oder Angehörige der Parteigliederungen in erster Linie heranzuziehen. ⁶⁾

1.) Die Betriebsführer, denen eine wiedereindeutschungsfähige Polenfamilie zum Arbeitseinsatz durch das Arbeitsamt vermittelt worden ist, haben für die voll einsatzfähigen Familienangehörigen je RM 17.- Verwaltungsgebühr zu entrichten. ⁷⁾

4) RkfdFdv. Anordnung 17/II vom 9.5.40
5) " vom 30.7.41 Az: I - 3/4 - 10.23.7.40 F8/Er.
6) " " 3.7.40 - 0/26"/23.5.40 Dr.Be/B8.
7) " " 11.11.40 Az: 40/1/04/E 3.7.40 Dr.Be/B8.

- 2.) Die Betriebsführer brauchen für diese Personen keine Anträge auf Erteilung der Beschäftigungsgenehmigung und Arbeitserlaubnis zu stellen, da die Wiedereindeutschungsfähigen Personen grundsätzlich als Reichsdeutsche zu behandeln sind. 8)

III. Die Art der Betätigung. Die Arbeitsplätze und die Art der Betätigung müssen so beschaffen sein, dass sie das Ziel der Eindeutschung nicht erschweren. Eine Beschäftigung eindeutschungsfähiger Polen als Wanderarbeiter kommt z.B. nicht in Frage. Die Entlohnung hat nach denselben Bedingungen zu erfolgen, die den deutschen ansässigen Arbeitskräften gewährt werden. 6)

IV. Transport zum Einsatzort. Die wiedereindeutschungsfähigen Personen sind vor ihrem Arbeitseinsatz in Sammelslagern untergebracht. Die beim Transport zum Arbeitsort entstehenden Kosten werden vom Reichsarbeitsminister getragen. Hierzu gehören jedoch nicht jene Aufwendungen, die durch Unterbringungsschwierigkeiten in der Zeit vom Eintreffen am Arbeitsort bis zur tatsächlichen Arbeitsaufnahme entstehen. Wenn sich jedoch in Ausnahmefällen eine Betreuung vor erfolgtem Arbeitseinsatz nicht vermeiden lässt, so ist der entstandene Kostenbetrag aus den Mitteln des RKdFdV. zu entnehmen. Eine Verzögerung wäre dadurch zu vermeiden, wenn die Unterbringung bei den Einsatzstellen von vornherein gesichert ist. 9)

V. Die Zuteilung von Wiedereindeutschungsfähigen. Die Zuteilung der rassistisch geeigneten Fremdvölkischen zu den vom HSh. H- und Polizeiführer gemeldeten Betrieben geschieht durch die Dienststelle des RKdFdV.

VI. Die Einsatzgebiete. Als Einsatzgebiete für wiedereindeutschungsfähige Personen sind folgende H-Oberabschnitte bestimmt:

- 1.) Wiedereindeutschungsfähige aus den Ostgebieten und dem Generalgouvernement: H-Oberabschnitte Nordsee, Elbe, Spree, Ostsee, Alpenland und Donau.

8) Reichsarbeitsminister vom 17.1.41 Az: Va/5760/23/167

9) RKdFdV. vom 7.7.41 Az: 1/3/4/F8/La.

- 2.) Wiedereindeutschungsfähige aus der Untersteiermark und Südkärnten: Oberabschnitte Süd, Südwest, Rhein, West, Fulda-Werra und Westmark.
- 3.) Angehörige der Abteilung III der DVL. 4-Oberabschnitt Mitte. ¹⁰⁾

Durch die Evakuierungsmaßnahmen aus den luftgefährdeten Gebieten ist es notwendig geworden, dass auch wiedereindeutschungsfähige Personen mit ihrem Betriebe vorübergehend in die Sperregebiete (Ostpreussen) verzogen sind. Diese evakuierten Personen bilden also hier eine Ausnahme. ¹¹⁾

§ 3. Staatsrechtliche Stellung und ausweisrechtliche Behandlung.

I. Nichtanwendung des Ausländerpolizeirechts.

- 1.) Die wiedereindeutschungsfähigen Personen sind von den Bestimmungen ausgenommen, die für die Fremdvölkischen allgemein gelten, die sich im Reichsgebiet aufhalten. So sind die Vorschriften des Ausländer-polizeirechts auf Wiedereindeutschungsfähige nicht anzuwenden, da diese für immer in Deutschland verbleiben. ¹²⁾ Es ist beabsichtigt, sie nach einer Zeit guter Führung und Bewährung einzubürgern. ¹³⁾
- 2.) Die Wiedereindeutschungsfähigen unterliegen nicht dem Paßzwang und sind damit ausweisrechtlich wie Inländer zu behandeln. ¹²⁾

II. Kennkarten für wiedereindeutschungsfähige Personen.

- 1.) Als Ausweispapiere im öffentlichen Leben erhalten die Wiedereindeutschungsfähigen vorläufige Kennkarten mit grünem Längsstrich. Die früher ausgestellten Fremdenpässe und Bescheinigungen, aus denen hervorgehen sollte, dass die Inhaber wie Reichsdeutsche zu behandeln seien, sind eingezogen worden. ¹⁴⁾
- 2.) Die Ausstattung der wiedereindeutschungsfähigen Personen, die staatsrechtlich noch als Schutzangehörige anzusehen sind, mit Kennkarten für Staatsangehörige auf Widerruf erfolgte deswegen, um die Behandlung dieses Personen-

10) RKfdFdv. vom 30.7.41 Az: 1/3/4/5 2.7.41 F8/Er.

11) " " 2.8.43 Az: 2/1/3/4/3/F&La

12) RdErl.d.RMdI vom 14.7.43 Az: Pol. S-II B 4 Nr.1900/43-502-4

kreises durch alle in Frage kommenden Behörden und Dienststellen schon ausserlich an die Reichsdeutschen anzugleichen. 15) Nachtrag umseitig vermerkt !

3.) Zu Verwenden sind in diesen Fällen ausschliesslich die Kennkarten mit grünem Längsstrich (Muster A 211). In der Kennkarte ist in der Spalte Bemerkungen mit roter unzerstörbarer Tinte oder Stempelfarbe zu vermerken: "Eindeutschungsfähig", und zwar ohne Angaben des Volkstums. Ausserdem ist in derselben Ausführung über dem Wort "Kennkarte" auf der ersten Seite der Kennkarte das Wort "vorläufige" zu setzen. 16)

4.) Diese Kennkarten sind nur für

a) alle durch die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt rassistisch überprüft und als wiedereindeutschungsfähig anerkannten Personen,

b) alle wiedereindeutschungsfähigen Personen der untersteirischen Grenzbevölkerung für den bei dem/Wohnort zuständigen Hh. 4 - und Polizeiführer zu beantragen. Für Angehörige der Abt. III der DVL. und für Baltenflüchtlinge der Gruppe III sind keine Kennkarten zu beantragen. Die zu beteiligten Personen müssen das 15. Lebensjahr überschritten haben. 17)

5.) Die mit RM 1.- festgelegte Gebühr für die Ausstellung einer Kennkarte kann bei erwiesener Bedürftigkeit auf Antrag ermässigt oder erlassen werden.

6.) Zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens zur Kennkartenerstellung werden durch die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt die Vorbereitungen der Anträge sowie die Erstellung der dazu erforderlichen Lichtbilder für den Personenkreis der Wiedereindeutschungsfähigen übernommen, darunter Mitwirkung der Aussenstelle im Altreich eingesetzt wird. 18)

13) RkfdFdv. vom 3.7.40 Az: O/26/23.5.40 Dr.B./38.

14) " " 27.7.42 Az: I-3/4-6-F8/La.

15) " " 25.3.42 Az: I-3/4-6 (24.7.40) F8/La.

16) RdErl.d.RF-W u. Chdtpol. im RmdI. v. 17.3.42 - S II B 3
Nr.2200/42 - 459 -

17) WIE 15)

18) RkfdFdv. vom 18.5.42 - I - 3/4/6 - F8/La.

56 48

Nachtrag zu § 3 Absatz 2, Ziffer 2 :

Es ist beabsichtigt die wiedereindeutschungsfähigen Personen nach ihrer Ansiedlung und Seßhaftmachung im Altreich nachträglich in die Abt. 3 oder 4 der DVL aufzunehmen.

RKföFöV vom 8.4.1943 Az: II - I - 3/4 - 6/1 Dr.B./La.

(114)

III. Reichsdeutsche Arbeitsbücher für Wiedereindeutschungsfähige.

Um Auch Unzuträglichkeiten durch zweifelhafte Vermerke über die Staatsangehörigkeit in den Arbeitsbüchern zu vermeiden, haben die zuständigen KSt. u. - und Polizeiführer bei der Beantragung der Kennkartenausstellung einen Antrag auf Ausfertigung eines Arbeitsbuches vorzubereiten. In diesem sind Name, Personaldaten und Einsatzstelle mit genauer Anschrift sowie die Staatsangehörigkeit einheitlich als "ungeklärt (eindeutschungsfähig)" einzutragen. Die Berichtigung bisher ausgestellter Arbeitsbücher ist teilweise beim zuständigen Arbeitsamt zu beantragen.^{18a)} Da die Wiedereindeutschungsfähigen nach den ergangenen Bestimmungen gleichfalls wie Reichsdeutsche zu behandeln sind, erhalten sie ebenfalls das reichsdeutsche Arbeitsbuch.¹⁹⁾

IV. Die staatsrechtliche Stellung bei Eheschliessungen.

Über die staatsrechtliche Stellung bei Eheschliessungen von oder mit wiedereindeutschungsfähigen Personen ist folgendes bestimmt worden:

- 1.) Wiedereindeutschungsfähige weibliche Personen, die durch Eheschliessung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben unterliegen wie alle Reichsdeutschen den geltenden Arbeitseinsatzbestimmungen. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses ausschließlich der Eheschliessung und des damit verbundenen Wohnungswechsels ist nach Maßgabe der Bestimmungen der Verordnung über den Arbeitsplatzwechsel vom 1.9.39, sowie der hierzu erlassenen Durchführungsverordnung möglich.
- 2.) Die Rückkehr wiedereindeutschungsfähiger Personen, die durch Eheschliessung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, in die eingegliederten Ostgebiete ist unerwünscht. Nachtrag unseitig vermerkt !
- 3.) Reichsdeutsche weibliche Personen verlieren an sich durch die Eheschliessung mit Wiedereindeutschungsfähigen die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit einer Änderung dieser Bestimmung ist zu rechnen.²⁰⁾

18a) RKdFdv. vom 10.12.42 Az: II - 3/4 - 6 - F8/Ls.

19) RdErl. ARG 603/43 u. RKdFdv. vom 19.11.43 - II-I-3/4-6-

20) RKdFdv. vom 28.7.42 Az: I - 3/4 - 6 u. I - 3/4 - F8/Ls.
7/2 F8/La.

Nachtrag zu § 3 Absatz IV, Ziffer 2 :

Beide Ehegatten haben eine Erklärung zu unterschreiben,
in der sie sich verpflichten, nicht in die eingegliederten
Ostgebiete zu ziehen.

RkfdFdv. vom 14.4.1944 Az: C - I - 3/4 - 6 und I - 3/4 - 7/2 -
Wlr/Sz .

§ 4. Überwachung.

1. Sicherheitspolizeiliche Überwachung.

Die wiedereindeutschungsfähigen Personen unterstehen der sicherheitspolizeilichen Überwachung des zuständigen Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD, dem auch unmittelbar nach Ansiedlung jeder wiedereindeutschungsfähigen Familie durch den Höheren H- und Polizeiführer die Namen und Einsatzorte zu melden sind. Die vom Ministerpräsidenten, Reichsmarschall Göring, erlassenen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen für polnische Arbeitskräfte (Kenntlichmachung, Ausgehverbot, Verkehr mit Deutschen usw.) finden auf die Wiedereindeutschungsfähigen Polen keine Anwendung. 21)

2. Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen.

Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen auf Grund von Widersätzlichkeiten oder politisch renitenter Haltung gegen wiedereindeutschungsfähige Familien, einzelne Familienangehörige oder Einzelgänger werden von den zuständigen Staatspolizei-Leitstellen durchgeführt; sie sind gegebenenfalls bei dieser Dienststelle zu beantragen. Bei der Durchführung dieser Maßnahme ist die Einschaltung des Stabshauptamtes nicht erforderlich. 22)

§ 5. Erfassung.

I. Erfassung durch den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums.

- 1.) Die Einbeziehung weiterer Personenkreise in das Wiedereindeutschungsverfahren, sowie das Anwachsen der Zahl im Altreich bereits angesetzter Familien und Einzelgänger macht die Schaffung einer Übersicht über den Stand des Einsatzes erforderlich. Die Übersicht soll einerseits die Grundlage für eine ständige Unterrichtung des Reichsführers H- und mitbeteiligter Dienststellen bilden und andererseits die Möglichkeit geben, den Einsatz zu beobachten und notwendige Folgerungen daraus zu ziehen.

21) RKfVdV. vom 3.7.40 Az: O/26/23.5.40 Dr. Be/Bö.
22) " " 12.12.42 Az: II-I-3/4-9/1 Fö/La. .

2.) Aus diesem Grunde wurde die fortlaufende Erstattung einer statistischen Monatsmeldung nach folgenden Gesichtspunkten angeordnet:

- a) Aufgliederung des Personenkreises:
Ostgebiete: Polen und Angehörige der Abt. III der DVL.
Untersteiermark und Südkärnten: Slowenen
- b) Umfang der Berichterstattung erstreckt sich auf den Bestand zu Beginn und am Ende jeden Berichtsmonats und auf den Zugang und Abgang innerhalb des Berichtsmonats von wiedereindeutschungsfähigen Personen, die in der Landwirtschaft, Hauswirtschaft und in sonstigen Berufen tätig sind.

Als Grundlage für die einwandfreie Berichterstattung ist die Führung der Personenkartei und der Sippenakten bei dem Beauftragten des RKfFdV. zu benutzen. 23)

3.) Überprüfung von Eheschliessungen.

Neben dieser Überprüfung des Einsatzes ergibt sich die Notwendigkeit der Erfassung aller wiedereindeutschungsfähiger männlicher und weiblicher Personen, die sich mit Reichsdeutschen verheiratet haben bzw. künftig mit solchen eine Ehe eingehen werden. Es ist daher vierteljährlich dem Stabshauptamt eine listenmässige Aufstellung unter Beachtung folgender Gesichtspunkte einzusenden:

- a) Trennung nach Herkunftsländern
- b) Trennung nach Geschlechtern
- c) Personalangaben der Wiedereindeutschungsfähigen
- d) Personalangaben des reichsdeutschen Ehepartners
- e) derzeitige Anschrift der Herdstelle. 24)

II. Erfassung durch die Verwaltungsbehörden.

Um auch bei den Verwaltungsbehörden einen Überblick über die wiedereindeutschungsfähigen Personen zu behalten, haben die Kreispolizeibehörden diese Personen auf Grund der polizeilichen Meldung in der in Ziff. 2 der Dienstanweisung zu § 16 der Ausländerpol. Verordnung vorgeschriebenen Weise

23) RKfFdV. vom 7.8.41 1/3/4/14/ 13.3.41 F8/Er.

24) " " 3.12.43 - Az: II/I - 3/4 - 7/2 - F8/M.

karteimässig zu erfassen. Auf der Karteikarte ist in der Spalte "Staatsangehörigkeit" "Eindeutschungsfähiger" einzutragen. Über den Zuzug von wiedereindeutschungsfähigen Personen hat die Ortspolizeibehörde der Kreispolizeibehörde eine lediglich formlose Mitteilung zu geben. 25)

§ 6. Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen.

1. Es ist Aufgabe der Höheren H- und Polizeiführer, sich der in ihrem Gebiet eingesetzten wiedereindeutschungsfähigen Personen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von Partei und Staat sorgfältig anzunehmen und die Entwicklung dieser Familien zu beobachten. 26)
2. Die Zuständigkeiten bei der Zusammenarbeit sind wie folgt verteilt:

<u>verantwortlich für</u>	<u>Dienststelle</u>
Auswahl und Meldung der Wiedereindeutschungsfähigen	RuS-Aussenstelle Litzmannstadt und RuS-Führer bei dem HSh. H- und Pol.Führer
Erfassung, sowie polizeiliche und politische Überprüfung	Chef der Sicherheitspolizei und des SD, UfZ Litzmannstadt
Auswahl und Meldung der Einsatzstellen	HSh. H- und Pol.Führer in Verbindung mit Reichsnährstand und Arbeitsämter
Zuweisung in die H-Oberabschnitte	RKfFdV. (Stabshauptamt) und RuS-Aussenstelle Litzmannstadt
Durchführung der Transporte und Einweisung in die gemeldeten Arbeitsplätze	Reichsarbeitsverwaltung
Wohnungs- und Landzuteilung und fachliche Beratung	Betriebsführer und Reichsnährstand in Verbindung mit den Beauftragten des RKfFdV.
Allgemeine Betreuung und Beratung	wirtschaftliche Betreuung durch den HSh.H- u. Pol.Führer, soziale u. polit. Betreuung durch die NSDAP. in Verbindung mit den Dienststellen der DAF.
Polizeiliche Überwachung	Die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD. 27)

25) Rd.Erl.d.RMdI. vom 14.7.43 Az: Pol.-S-II B 4 Nr.1900/43

26) RKfFdV. vom 9.5.40 Anordnung 17/2I -502-4-

27) RKfFdV. " 3.7.40 Az: C/26/23.5.40 Dr.Be/B8.

§ 7. Geltungsbereich des Wiedereindeutschungsverfahrens.

In das Wiedereindeutschungsverfahren können folgende Personengruppen einbezogen werden:

- 1.) Alle Personen fremder (nichtdeutscher) Nationalität, die sich in den angegliederten Ostgebieten, sowie im Generalgouvernement befinden und auf Grund ihrer rassischen Eignung für eine Wiedereindeutschung in Frage kommen.²⁸⁾ Bei den Angehörigen des polnischen Volkstums ist zu berücksichtigen, dass dieses Verfahren nicht den Zweck hat, den seit langem in Deutschland ansässigen polnischen Staatsangehörigen die Einbürgerung zu erleichtern. Diese sind auf das Einbürgerungsverfahren zu verweisen.²⁹⁾
- 2.) Personen aus Südkärnten und der Untersteiermark, die sich auf Grund der rassischen Überprüfung eignen, sind in die Maßnahmen zum Einsatz von wiedereindeutschungsfähigen Personen aus den Ostgebieten und dem Generalgouvernement einzubeziehen und in den Gebieten der HSh. 4 - und Polizeiführer Südwest, Rhein, Westmark, Fulda-Werra, West und Süd einschliesslich des Oberabschnitts Main zum Ansatz zu bringen. Für die Durchführung des Wiedereindeutschungsverfahrens für diese Personengruppe der Slowenen gelten unter geringen den veränderten Verhältnissen entsprechenden Abweichungen dieselben Bestimmungen und Anordnungen, wie für die Wiedereindeutschung der Personen aus den Ostgebieten und dem Generalgouvernement.³⁰⁾
- 3.) Die Angehörigen der Gruppe III der Baltenflüchtlinge (Lotten, Esten und andere Fremdstämmige), die einen Antrag auf Verbleib im Altreichgebiet gestellt haben, dem auf Grund eingehender Überprüfungen als erwünschter Blutzuwachs zugestimmt wurde, sind als wiedereindeutschungsfähige Personen anzusuchen, zu behandeln und in die Betreuung zu übernehmen.³¹⁾

28) RKfFdV. vom 9.5.40 Anordnung 17/II

29) " " 2.2.43 Az: I - 3/4 - 12 - F8/WE.

30) " " 4.6.41 Anordnung 34/I und Ergänzung zur Anordnung 34/I vom 9.6.41. Das Verfahren beim Einsatz der wiedereindeutschungsfähigen Slowenen ist festgelegt im Schreiben des RKfFdV. vom 4.9.41 Az: I-3/4-I (14.6.41)

31) RKfFdV. vom 6.2.42 Az: I-3/4-1 (28.1.42) F8/La. Dr. B/Er.

- 4.) Die Überprüfung nach volkstumsmässigen und rassistischen Gesichtspunkten der nach Deutschland zurückgeführten französischen Bardenlegionäre hat ergeben, dass bei den Legionären, die aus den eingegliederten Gebieten stammen und somit irgendeine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, eine ganze Reihe Menschen befindet, die als wiedereindeutschungsfähig beurteilt werden muß. Zu ihrer Eingliederung in die deutsche Volksgemeinschaft, die das Ziel dieser Aktion ist, ist naturgemäß nach ihrer Entlassung aus den Lagern eine eingehende Betreuungsarbeit erforderlich. Die Legionäre, die von der Stapo-Leitstelle Karlsruhe als wiedereindeutschungsfähig gemeldet werden, sind daher den wiedereindeutschungsfähigen Polen und Slowenen gleichzustellen und entsprechend zu behandeln. 32)

II. Abschnitt: Behandlung der Wiedereindeutschungsfähigen.

§ 8. Die Behandlung.

- I. Die Behandlung der wiedereindeutschungsfähigen Personen steht wie die gesamte Rechtsstellung unter dem Grundsatz der Gleichstellung mit den Reichsdeutschen. Das Ziel ist hier wie bei den Betreuungs- und Fürsorgemaßnahmen, dass den als wiedereindeutschungsfähig anerkannten Personen das Zurückfinden in die deutsche Volksgemeinschaft erleichtert wird.

II. So sind im Besonderen folgende Bestimmungen erlassen worden:

- 1.) die Wiedereindeutschungsfähigen Personen sind ebenso wie die anerkannten Volksdeutschen in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln sowie den Empfang von Sonderanteilen jeder Art den Reichsdeutschen gleichzustellen. Sie empfangen daher auch keine Lebensmittelkarten für ausländische Zivilarbeiter, sondern Normalverbraucher-Karten. 33)

32) Reichssicherheitshauptamt v. 3.5.43 III B I a - No/Geo. Az:

3547/43

33) Erl.d.RM.f.Ernährung u.Landwirtschaft v. 20.1.44, veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 32 v. 8.2.44

64 54

2.) Die Beurlaubung wiedereindeutschungsfähiger Personen in die besetzten Ostgebiete kann nur unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

- a) Jugendliche Einzelgänger dürfen nach mindestens halbjährigem Aufenthalt und bei einwandfreier Führung und bei offensichtlicher Wiedereindeutschungsbereitschaft ihren gesetzlichen Urlaub bei ihren Eltern oder nahen Verwandten in den neu eingegliederten Ostgebieten verbringen. Vorherige Anhörung des Betriebsführers ist erforderlich.
- b) Die Beurlaubung ganzer Familien in die Ostgebiete ist unzulässig.
- c) In besonders berücksichtigungswerten Fällen ist bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch eine Beurlaubung vor Ablauf der halbjährigen Aufenthaltsfrist im Reichsgebiet möglich. In diesen Fällen können auch nicht-jugendliche Wiedereindeutschungsfähige beurlaubt werden.
- d) Beurlaubungen in das Generalgouvernement sind nach wie vor unzulässig.
- e) Die Urlaubszeit soll nach Möglichkeit nicht in die Hauptreisezeit gelegt werden.
- f) Die Urlaubsreisenden haben sich bei den zuständigen Polizeibehörden unter Vorlage des Urlaubsscheines zu melden und ihre Rückkehr dem HSh. 4/ - und Polizeiführer mündlich oder schriftlich anzuzeigen. 34)

3.) Die Namen alternloser fremdvölkischer Kinder können durch das Rasse- und Siedlungshauptamt verdeutscht werden, wenn den Kindern die Wiedereindeutschungsfähigkeit zuerkannt wird. Die Verdeutschung ist so vorzunehmen, daß die neuen Namen sich möglichst dem Stamm und Klang der bisherigen Namen anpassen. Es sind allgemein gebräuchliche deutsche Namen (selbstverständlich nicht konfessioneller Richtung) auszuwählen. Von der Verwendung betont

34) RKfFdV. vom 5.9.42 Az: I- 5/4 - 7/1 (4.1.41) F8/La.

nordischer Namen ist Abstand zu nehmen. Die Kinder sind bereits mit den verdeutschten Namen in die Heime bzw. dem Lebensborn und den Heimschulen zu überstellen. 35)

- 4.) Die im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder von wiedereindeutschungsfähigen Eltern sind unverzüglich in die zuständige Volksschule aufzunehmen, auch wenn ihre Einbürgerung noch nicht erfolgt sein sollte. Die Schulleiter und Lehrkräfte sind angewiesen, sich dieser Kinder besonders anzunehmen. Vor allem ist Vorsorge zu treffen, dass das Verhalten der deutschen Kinder den bestehenden Absichten angepasst ist. Die für die Wiedereindeutschung in Betracht kommenden Kinder sind durch besondere Maßnahmen so weit zu fördern, dass sie in absehbarer Zeit den Anschluss an eine normale Klasse erreichen. 36)
- 5.) Wiedereindeutschungsfähige Personen, die sich in Betreuung der Hh. W- und Polizeiführer befinden, unterliegen solange sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, der allgemeinen Wehrpflicht nicht. Es bestehen jedoch keine Bedenken, wenn sich Angehörige dieses Personenkreises freiwillig zur Waffen-W oder zur Wehrmacht melden. 37)
- 6.) Im Zuge der Evakuierung aus luftgefährdeten Gebieten können wiedereindeutschungsfähige Personen mit ihren Haushalten oder Betrieben in für Wiedereindeutschungsfähige nicht zugelassene Bereiche vorübergehend überführt werden. Die Haushaltsvorstände sind angewiesen, die polizeiliche An- und Abmeldung vorzunehmen und die Anschrift und Personalien dem für den Wohnort zuständigen Hh. W- und Polizeiführer bekanntzugeben. Dieser hat zu veranlassen, dass der zuständige SD-Abchnitt vom Zuzug der Wiedereindeutschungsfähigen unterrichtet wird. 38)

35) RuS-Hauptamt (vom 17.9.42) Rassenamt Az: C/2 - Ha/Sp.

36) Schrb.d.FM.f.Wissenschaft, Erziehung u.Volksbildung vom 5.7.41 - Az: E/II/a/4052 (b)

37) RKfFdV.v.8.4.43 Az: II-I-3/4-7/4 - F8/La.

38) " v.2.8.43 Az: II-I-3/4-3 - F8/La.

III. Herausnahme aus dem Wiedereindeutschungsverfahren.

Obwohl bei der Auswahl der wiedereindeutschungsfähigen Personen mit grösser Vorsicht verfahren wird und alle beteiligten Dienststellen erbkrank, kriminell belastete und aus besonderen Gründen unerwünschte Elemente von vornherein auszumerzen bestrebt sind, so wurden doch im Laufe der Zeit eine Reihe von Familien und Einzelpersonen festgestellt, deren Ausschliessung aus dem Wiedereindeutschungsverfahren geboten erscheint.

Für die Herausnahme aus dem Wiedereindeutschungsverfahren wurde folgende grundsätzliche Anweisung erlassen:

- 1.) Wegen Krankheit sind aus dem Wiedereindeutschungsverfahren folgende Personen herauszunehmen:
 - a) Einzelgänger, bei denen Erbkrankheiten oder Leiden vorliegen, die mit dauernder Arbeitsunfähigkeit verbunden sind, und keinen gesunden Nachwuchs erwarten lassen.
 - b) Einzelne Herdstellenangehörige unter den gleichen Voraussetzungen wie zu a), wenn die Familie mit der Rückführung der Einzelperson einverstanden ist, z. B. alte und gebrechliche Leute oder Kinder, die bei Verwandten in den Ostgebieten untergebracht werden können.
 - c) Ganze Herdstellen, in denen Erbkrankheiten oder unheilbare Krankheiten in mehreren Fällen festgestellt werden.

In allen anderen Fällen, auch wenn einzelne Herdstellenangehörige dauernd arbeitsunfähig sind, kommt eine Rückführung nicht ohne weiteres in Frage. Nütigenfalls sind die Kinder, für die kein Ernährer vorhanden ist, in das Verfahren gemäss Anordnung 67/I vom 19.2.42 (Az: I-2/4-7/5.3.42) einzubeziehen.

- 2.) Aus sonstigen Gründen sind aus dem Wiedereindeutschungsverfahren folgende Personen herauszunehmen:
 - a) Einzelgänger, die charakterlich oder haltungsmässig minderwertig oder kriminell schwer belastet sind.

- b) Familien, deren innerer Wert nicht der äußerlichen rassischen Wertung entspricht, z.B. wenn es sich um arbeitsscheue und asoziale Elemente handelt, wenn das geistige Niveau der Kinder weit unter dem Durchschnitt liegt oder die Haushaltsführung der Familie unsauber ist. Hierüber darf das Urteil des Betriebsführers nicht allein maßgebend sein, sondern es sind auch z.B. die Kreisbauernschaft, die DAF., der Schulleiter usw. auf Grund der längeren Beobachtung zur Stellungnahme aufzufordern. Die rassische Beurteilung des RuS-Hauptamtes ist nochmals nachzuprüfen.

Die Rücküberstellung hat an die RuS-Aussenstelle Litzmannstadt zu erfolgen, die vom Stabshauptamt unter Darlegung des Sachverhalts entsprechend unterrichtet wird. Sämtliche unter 1.) und 2.) aufgeführten Maßnahmen dürfen nur unter vorheriger Genehmigung durch das Stabshauptamt eingeleitet werden.

- 3.) Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen gegen Wiedereindeutschungsfähige Familien und Einzelgänger oder einzelne Familienangehörige werden von der zuständigen Staatspolizeileitstelle durchgeführt. Derartige Erziehungs- und Strafmaßnahmen bedingen nicht eine Herausnahme der betreffenden Personen oder ihrer Angehörigen aus dem Wiedereindeutschungsverfahren.
- 4.) Sofern eine Herausnahme aus dem Wiedereindeutschungsverfahren angeordnet wird, ist zu beachten, dass alle zur Verfügung gestellten bzw. von der Wirtschaftsbeihilfe angekauften Einrichtungsgegenstände sichergestellt werden. Ebenso sind alle Ausweise, die sich auf die Zuerkennung der Wiedereindeutschungsfähigkeit beziehen, abzunehmen. Die Kosten für den Rücktransport nach Litzmannstadt sind aus den Mitteln des RKföFöV. zu tragen.³⁹

§ 9. Die Betreuung.

I. Allgemeines.

Zur Erreichung des Zieles einer baldigen Einbürgerung der im Wiedereindeutschungsverfahren ausgelesenen Sippen und Einzelpersonen ist eine weitgehende Betreuung erforderlich, die sowohl die ideelle wie auch die materielle Lebensführung der Wiedereindeutschungsfähigen so zu lenken hat, dass sie den Weg zu ihrem deutschen Volkstum ungehindert von schädlichen Einflüssen zurückfinden können.

II. Betreuung durch die NSDAP.

In allen Fragen, die mit der geistigen, politischen und allgemein sozialen Betreuung im Zusammenhang stehen, sollen nicht die Hh. § - und Polizeiführer, sondern die Dienststellen der Partei die Führung haben. Es ist aber notwendig, dass die Hh. § - und Polizeiführer über alle wesentlichen Maßnahmen grundsätzlicher Art und auch in Einzelfällen auf dem Laufenden gehalten werden, da sie die Verantwortung für den weiteren Einsatz oder für die Umsetzung der Familie tragen. Die Berichte über die Haltung und Bewährung der Wiedereindeutschungsfähigen dienen als Unterlage für die spätere Einbürgerung. 40)

III. Betreuung durch den Hh. § - und Polizeiführer.

Die wirtschaftliche Betreuung (Fürsorge) obliegt den Hh. § - und Polizeiführern, soweit sie im Zusammenhang mit der Selbstmachung steht. Hierzu gehört vor allem die Beschaffung der notwendigen Möbel, der Arbeitskleidung, der Haus- und Küchengeräte, sowie die Beschaffung der Kennkarten und sonstigen Ausweise. Ferner haben die Hh. § - und Polizeiführer bei Streitigkeiten mit den Betriebsführern einzugreifen und im Zusammenhang hiermit gegebenenfalls die Umsetzung auf andere Arbeitsplätze oder die Durchführung von Strafmaßnahmen gegen renitente Personen zu veranlassen. Erfahrungsgemäß treten gerade in der ersten Zeit nach erfolgter Ansiedlung Schwierigkeiten aller Art auf, die sich häufig durch berufliche Umsetzung oder Beratung der Betriebsführer beheben lassen. 40)

40) RKdFv. vom 17.5.43 Az: II-I-3/4 - und II-I-3/4-1-Dr.Be/La.

69 56

IV. Fortfall der Betreuung bei Eheschliessung.

Wiedereindeutschungsfähige weibliche Personen, die mit Genehmigung des zuständigen Hsh. H- und Polizeiführers eine Ehe eingehen und durch diese Eheschliessung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, sind aus der Betreuung des Hsh. H- und Polizeiführers zu entlassen. Die Karteikarten dieser Personen sind jedoch, nachdem sie durch die Personaldaten des Ehemannes ergänzt wurden, gesondert aufzubewahren, damit jederzeit auf die darin enthaltenen Angaben zurückgegriffen werden kann. Eine Abschrift des Trauscheines ist zu den Sippenakten zu nehmen. Jede derartige Eheschliessung ist der zuständigen Kreisleitung der NSDAP. zu melden und diese gleichzeitig zu ersuchen, die Familien in Betreuung zu nehmen. 41)

§ 10. Fürsorge.

1.) Da die wiedereindeutschungsfähigen Personen unter den anderen fremdvölkischen Gruppen innerhalb des Reiches eine Sonderstellung einnehmen und wie Reichsdeutsche zu behandeln sind, ist angeordnet, dass sie in die Fürsorgebetreuung der NSV. zu übernehmen sind. 42)

2.) Um die Unterbringung der Wiedereindeutschungsfähigen in Wohnungen sicherzustellen, hat sich der Reichsarbeitsminister damit einverstanden erklärt, dass die aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge geförderten Werkwohnungen im Sinne der Förderungsbestimmungen auch mit wiedereindeutschungsfähigen Familien besetzt werden. 43)

Kleine Familien sollen mindestens zwei, grosse Familien mindestens drei Wohnräume zur Verfügung erhalten. Auch wird auf die Überlassung von Deputatland Wert gelegt, um die Verbindung mit dem Arbeitsplatz enger zu gestalten. Da die polnischen Familien keine Möbel besitzen, sind die Betriebsführer zur Gestellung des notwendigen Hausrats anzuhalten. Nötigenfalls kann die Hilfe der NSV. und der Wohlfahrtsämter in Anspruch genommen werden. 44)

41) RKfAdFv. vom 28.7.42 Az: I-3/4-5 u. I-3/4-7/2-F8/La.

42) Stellv.d.Führers/Stab vom 15.8.40 Az: II E - RO/Kn-1105/161

43) RKfAdFv. vom 8.4.41 Az: I/O/42 E/3.7.40 Mz/La. u. Reichsarbeitsführer vom 29.4.41 Az: IVa 8 Nr.2900/3/41

44) RKfAdFv. vom 3.7.40 Az: O/26/23.5.40 Dr./B./B8.

116

- 3.) Für die wiedereindeutschungsfähigen Familien gewerblicher Berufe stellt der Reichskommissar F.d.F.d.V. in beschränktem Umfang Mittel zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen zur Verfügung, wenn alle anderen Möglichkeiten und Mittel ausgeschöpft sind und nachweislich nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben.
- 4.) Für die in der Landwirtschaft beschäftigten wiedereindeutschungsfähigen Familien kann gemäß Erlass des Reichsarbeitsministers vom 6.12.40 eine Wirtschaftsbihilfe bis zum Höchstbetrage von RM 600.- gewährt werden. 45)

§ 11. Die strafrechtliche Behandlung von Wiedereindeutschungsfähigen und Sonderbehandlung.

I. Strafrechtliche Angleichung an die Reichsdeutschen.

- 1.) Bei Vorliegen von Verstößen gegen die Gesetze oder bei staatspolitisch bedenklichem Verhalten von Wiedereindeutschungsfähigen ist gegen diese in der gleichen Weise vorzugehen wie gegen Reichsdeutsche. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass von diesen Menschen, die erst vor kurzem ihre Heimat und ihr Besitztum verlassen mussten, eine restlose Bejahung des Deutschtums noch nicht erwartet werden kann. Es genügt, wenn sie sich im Allgemeinen in die Verhältnisse fügen und sich nichts zu Schulden kommen lassen. 46)
- 2.) Dem Zweck der Wiedereindeutschung und dem Sinn der Sondervorschriften über die Strafrechtspflege gegen Polen würde es widersprechen, die als wiedereindeutschungsfähig bezeichneten und zum Zwecke der Wiedereindeutschung in das Altreich umgesiedelten Personen bis zu ihrer Einbürgerung strafrechtlich den übrigen polnischen Volkzugehörigen gleichzustellen. Daher sind die Bestimmungen des Polenstrafrechts auf wiedereindeutschungsfähige Polen nicht mehr anzuwenden, wenn diese in das Altreich umgesiedelt worden sind. 47)

45) RMV. vom 26.6.41 - Az: I/O/42/3.7.40/P8/La.

46) " " 29.11.40 - Az: I/O/42 E/3.7.40/Dr.F/BU.

47) Allg.Vorf.d.RMv. 5.6.43 (4000 Ost-IIIa 2 1048)

II. Herausnahme aus dem staatspolizeilichen Sonderbehandlungsmaßnahmen.

- 1.) Um zu vermeiden, dass zwar rassisch einwandfreie jedoch charakterlich ungeeignete oder deutschfeindlich eingestellte Personen dem Wiedereindeutschungsverfahren zugeführt werden, und dass mit der Wiedereindeutschung derartiger Personen begonnen wird, ehe die rassische Sippenbeurteilung abgeschlossen ist, hat der Reichsführer-SS angeordnet, dass in Zukunft wiedereindeutschungsfähige Polen oder sonstige Fremdvölkische aus dem Osten, die mit deutschen Frauen oder Mädchen Geschlechtsverkehr unterhalten haben und dingeutsch werden sollen, für die Dauer von 6 Monaten in eine beim Sonderlager Hinserot errichtete Abteilung für Wiedereindeutschungsfähige einzuweisen sind. ⁴⁸⁾
- 2.) Die von den Staatspolizeistellen beantragte Untersuchung in Sonderbehandlungsfällen ist unverzüglich durch die zuständigen RuS-Führer durchzuführen, da die bei negativem Ausfall vorzunehmende Sonderbehandlung nur wirksam ist, wenn sie der Tat unmittelbar folgt.
- 3.) Sofern die Wiedereindeutschungsfähigkeit anerkannt wird, sind die Anschriften der Sippenangehörigen festzustellen und dem RuS-Hauptamt mitzuteilen, damit die ganze Sippe gegebenenfalls in das Wiedereindeutschungsverfahren einbezogen werden kann. Nach Überprüfung der gesamten Sippe gibt das RuS-Hauptamt die endgültige Sippenbeurteilung dem RKfAFdV. bekannt.
- 4.) Das Reichssicherheitshauptamt wird vom RKfAFdV. darüber unterrichtet, in welchen SS-Oberabschnitt der Wiedereindeutschungsfähige nach erfolgter Entlassung aus dem KL. in Marsch zu setzen ist. Für den Einsatz von Personen aus den Ostgebieten sind nur

48) RKfAFdV. vom 20.2.43 Az: II-I-3/3 - (9.5.40) F8/La.

die Bereiche der Führer-/- und Polizeiführer Alpenland, Danau, Elbe, Nordsee, Ostsee und Spree zugelassen. 49)

Die Entlassung des zur Sonderbehandlung Vorgesehenen aus dem Sonderlager Hinzort hat erst bei Vorliegen des endgültigen Gutachtens über die Wiedereindeutschungsfähigkeit zu erfolgen, das vom RuS-Hauptamt erstellt wird. 50)

- 5.) Dieses neue Verfahren findet auch auf Personen, die für eine Eheschließung in Betracht kommen und bisher völlig straffrei blieben, Anwendung.

In Fällen, in denen der Reichsführer-/- genehmigt hat, dass der Fremdvlkische das deutsche Mädchen heiratet, sind die zur Eheschließung erforderlichen Schritte umgehend einzuleiten, damit die Heirat gegebenenfalls nach Ablauf des 6-monatigen Lageraufenthalts sogleich erfolgen kann.

Anträgen auf Befreiung von der Beibringung des ausländischen Ehefähigkeitszeugnisses ist nur dann zu entsprechen, wenn die endgültigen Urteile über die rassische Sippenüberprüfung und charakterlicher Haltung vorliegen. 48)

- 6.) Sollte sich während des Lageraufenthalts herausstellen, dass die betreffenden Personen sich aus charakterlichen Gründen für eine Wiedereindeutschung nicht eignen, so ergeht an den Führer-/- und Polizeiführer vom Stabshauptamt entsprechende Benachrichtigung.

- 7.) Kommt eine Wiedereindeutschung nicht in Betracht, so ist der übliche Sonderbehandlungsvorschlag seitens der Stapo-Stellen zu erstellen, die folgendes zu beachten haben:

- a) In den Sonderbehandlungsvorschlägen ist zum Ausdruck zu bringen, ob und gegebenenfalls der Betreffende, Polentlich d arüber belehrt worden ist, dass polnischen Zivilarbeitern der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen unter Androhung der Todesstrafe verboten ist.
- b) Der Reichsführer-/- hat sich auch in Fällen von Geschlechtsverkehr oder unsittlichem Verhalten polnischer Zivilarbeiter gegenüber deutschen Frauen und Mädchen

49) RMdFv. vom 25.2.42 - Geheim - Az: I-3/4-9.5.40 Fb/Wo.

50) RMdFv. " 6.10.42 - Az: I-3/4-9.5.40 Tgb.Nr.523/41 (Geh)

die voraussichtlich nicht zu einer Sonderbehandlung führen werden (nicht belehrte Polen; Personen, deren Volkszugehörigkeit zweifelhaft ist, Polen unter 18 Jahren, die mit erheblich älteren deutschen Frauen verkehrt haben und von diesen offensichtlich verführt worden sind), die endgültige Entscheidung vorbehalten. Auch in diesen Fällen ist die Stellungnahme des Höheren $\frac{1}{2}$ - und Polizeiführers einzuholen und die üblichen Unterlagen einzureichen. 51)

51) Reichsführer- $\frac{1}{2}$ u.Ch.d.Dt.Pol. v. 5.7.41 Az: S IV D 2 o - 4885/40 S - 196 -

XI 4

SS

Pen. Plak RFSS.

Generalstaatsanw't
Kammergericht

1 b 4164

(RSHA)

Reichssicherheitshauptamt

III C - Sp/St. - Az.: 5174/42:

Berlin SW 68, den
Wilhelmstraße 102

Per 1. Aug. 1942
Schriftf. d. Reichsführers
Ht. B. 1522/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
angeben

5174 B. 5236/42. 31. VIII. 1942.

An den

Reichsführer -

Berlin

Der Hs. 1522/42
in B. 1522/42
Eing.: 2. SEP. 1942
I 1688/42

286

Betr.: Vertrieb der Broschüre "Der Untermensch" durch den
Nordland-Verlag in den besetzten Ostgebieten.

Vorg.: ohne.

Wom. 1522/42. Herausgegeben. Band. "Der
Untermensch" wird z.Zt. in Ostland eine starke Werbung durch-
geführt. Bei einer Inspektionsreise von Vertretern des Propa-
gandaministeriums, des Ostministeriums und des OKW, bei der
auch Vertreter des RSHA beteiligt waren, hat sich gezeigt, daß
sich der Bildband unter der Einwohnerschaft des Ostlandes
propagandistisch durchaus ungünstig auswirkt, weil in ihm zu
allgemein die Menschen des Ostens als rassistisch minderwertig
und als Untermenschen dargestellt werden. Da ein grosser Teil
der dortigen Einwohner für die Kriegswirtschaft als willige
Arbeitskraft benötigt wird, sei es unzweckmässig, ihnen sozu-
sagen ihr "Untermenschentum" zu bestätigen.

Das Propagandaministerium beabsichtigt, eine sofortige
Sperrmassnahme für die Verbreitung der Schrift im Osten zu er-
lassen. Es wurde dem Ministerium von hier aus eine interne
Regelung über den Nordland-Verlag vorgeschlagen.

Das Reichssicherheitshauptamt hatte von der Broschüre
vor der Drucklegung keine Kenntnis.

Vorschlag:

RF-44 stimmt zu, daß die Broschüre "Der Untermensch"
mit sofortiger Wirkung in den besetzten Ostgebieten nicht mehr
verteilt wird und der Vertrieb auf das Reich und die übrigen
besetzten Gebiete beschränkt bleibt.

i.V.

4-Brigadier

Der Reichsführer-
Personalstab

Tgb.Nr.:
Bra/Dr.

Feld-Kommandostelle

Der Reichsführer-
Personalstab
2886

Betr.: Vertrieb der Broschüre "Der Untermensch" durch
den Nordland-Verlag in den besetzten Ostgebieten

Besug: Dortg.Schrb.v.31.8.1942 - III G -Sp/St. Am.:5174/42

An
H-Brigadeführer Ohlendorf
Reichssicherheitshauptamt
Berlin

Lieber Brigadeführer!

Der Reichsführer-
H hat Ihre Meldung vom 31.8.1942
über den Vertrieb der Broschüre "Der Untermensch" in
den besetzten Ostgebieten erhalten. Ihn würde interessie-
ren, wie sich den Vertretern des Propagandaministeriums
diese Auswirkungen gezeigt haben und wer vor allen Din-
gen diese Vertreter waren.

Der Absatz: "Das Reichssicherheitshauptamt hatte
von der Broschüre vor der Drucklegung keine Kenntnis."
hat dem Reichsführer nicht gefallen. Dieses Heft ist
nämlich vom H-Hauptamt unter seiner Aufsicht zusammen-
gestellt worden. Ich kann aus eigener Kenntnis dazu
sagen, dass der Reichsführer-
H sechsmal oder noch öfter
eingehende Korrekturen daran vorgenommen hat.

Heil Hitler!

H-
Obersturmbannführer

8.9.1942

Der Staatssekretär
im Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda

Berlin W 8
Wilhelmplatz 8-9

5.3.43

Schnellbrief

An
den Reichsführer SS. und
Chef der Deutschen Polizei
in
Berlin.

Betrifft: Aufklärungsbroschüre "Der Untermensch",
Nordland-Verlag.

Reichsführer!

Die oben genannte Broschüre, die unter den politischen und militärischen Voraussetzungen z.Zt. ihrer Herausgabe eine günstige Wirkung versprach, beginnt jetzt die vordringlich gewordene kriegsentscheidende Aufstellung der Freiwilligen-Armeen im Osten zu gefährden. In der Broschüre werden nicht die jüdisch-bolschewistischen Führer der Sowjetunion angegriffen, sondern die Ostvölker und ihre einzelnen Angehörigen selbst. Bei den Freiwilligen aus den Reihen der Ostvölker und bei den Ostarbeitern und Kriegsgefangenen, aus deren Reihen sich die Freiwilligen zum Teil rekrutieren sollen, hat die Broschüre, soweit sie bekannt geworden ist, sehr stimmungsabträglich gewirkt. Ich möchte daher anregen, daß Sie auch Ihrerseits die Broschüre von diesem Gesichtspunkt aus nochmals überprüfen. Mein Vorschlag geht dahin, die Broschüre in unauffälliger Form aus Deutschland und den besetzten Ostgebieten zurückzuziehen. Auch der General der Oststruppen, General Hellmig, verspricht sich davon eine Erleichterung der Durchführung seiner Aufgabe. Die Durchführung des Vorschlages könnte in der Weise erfolgen, daß der

Verlag die Auflage erhält, die in den Kiosken und Buchhandlungen lagernden Exemplare zurückzunehmen. Von einem offiziellen Verbot oder einer Beschlagnahme könnte unbedenklich Abstand genommen werden.

In den westeuropäischen Ländern dagegen würde die Broschüre meines Erachtens auch weiterhin vertrieben werden können, soweit dort nicht Freiwilligen-Formationen der Ostvölker stationiert oder Ostarbeiter im Einsatz sind.

Ich bitte, mich über das Ergebnis Ihrer Überprüfung bzw. über Ihre Entscheidung möglichst bald zu unterrichten.

Heil Hitler!

*Se. aufrichtig ergebener
Guttmann*

5. MRZ 1943

49/192/43

AF

Der Reichsführer-~~44~~

Feld-Kommandostelle,

11. März 1943

Fgb.Nr.A 49/122/43

Personlicher Brief Reichsführer-~~44~~
Schriftgutverteilung
Akt. Nr. Geh. / 286

Betr.: Aufklärungsbroschüre "Der Untermensch"
Nordland-Verlag

Bezug: Dort.Schnellbrief v.5.3.1943

Herrn

Staatssekretär G u t t e r e r

B e r l i n W 8

Wilhelmplatz 8 - 9

Ihren Schnellbrief vom 5.3.1943, über dessen Inhalt ich erstaunt war, habe ich erhalten. Mich würde wirklich interessieren, welche Bilder angeblich die Ostvölker davon abhalten würden, als Hilfswillige in die Armee einzutreten.

Ich halte diese Angabe für eine der üblichen Ausreden, wie sie oft sehr leicht bei dem Militär gebraucht werden und vor denen wir uns als alte Nationalsozialisten hüten müssen, sie einfach kritiklos nachzusprechen.

He i l H i t l e r !

gez. H. H i m m l e r

2.) ~~44~~-Gruppenführer B e r g e r
B e r l i n

durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I.A.


~~44~~-Obersturmbannführer

SS-Brigadeführer Ehlen
Reichssicherheitshauptamt
Berlin

Lieber Brigadeführer !

Am 7.9.1942 hatte ich Sie auf Ihre Mitteilung vom 31.8.1942 über den Vertrieb der Broschüre "Der Untermensch" darum gebeten, dem Reichsführer-SS mitzuteilen, wie sich den Vertretern des Propagandaministeriums diese Auswirkungen gezeigt haben und wer vor allen Dingen diese Vertreter waren. Am 12.3.1943 hatte ich an die Beantwortung meiner Anfrage noch einmal erinnert. Inzwischen sind weitere 4 Wochen vergangen, ohne dass ich eine Nachricht erhalten habe. Ich wäre für eine Mitteilung dankbar, ob Sie die gewünschte Antwort geben können, oder ob dies nach den Umständen inzwischen vergangenen 7 Monaten nicht mehr geht.

Heil Hitler !

gez.: Brandt

SS-Obersturmbannführer.

13.4.1943

Bra/Dr.

Nur Reichsführer-~~SS~~

Persönlicher Stab

Feld-Kommandostelle, 14. April 1943

Fgb. Nr.: 49/122/43

Fra./Fr.

49/7/43 g.

Persönlicher Stab
Schreibungs-
Nr. 286
Geh. 3. 1

SS-Gruppenführer Berger
Chef des SS-Hauptamtes
Berlin

W.A.S.

Hierzu Gruppenführer :

Ich übersende Ihnen in der Anlage die Antwort des ~~SS-Brigadenführers Gutterer~~ auf die Anfrage des Reichsführer-~~SS~~ vom 12.3.1943. Ich habe dem Reichsführer-~~SS~~ nur ganz kurz Vortrag gehalten. Ich bin überzeugt, dass er noch ärgerlicher geworden wäre, wenn ich ihm die einzelnen Begründungen des SS-Brigadenführers Gutterer zur Kenntnis gebracht hätte. Er meinte, SS-Brigadenführer Gutterer sollte einmal bei der Leibstandarte "Adolf Hitler" die nächsten Kämpfe mitmachen, er könnte sich dann davon überzeugen, dass der Russe nicht der "feine Mensch" sei, wie es nach seinem Brief den Anschein hatte.

Die Frage ist, ob man die angeführten Seiten textlich vielleicht etwas ändert. Ich glaube aber nicht, dass der Reichsführer-~~SS~~ nach seiner augenblicklichen Einstellung dafür zu haben sein wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, was Sie auf meinen Brief hin veranlasst haben.

22.10.43 in der 22. SS (mot.) R.F. 22
Heil Hitler!

[Signature]
SS-Obersturmbannführer.

1. Anlage.

Ich bitte um gelegentliche Rückgabe des Schreibens von SS-Brigadenführer Gutterer.

DER REICHSFÜHRER-~~II~~
CHEF DES ~~II~~-HAUPTAMTES

Cd/~~HA~~/Be/Ra./VS-Tgb.Nr. 2451 /43
Chefadjtr. Tgb.Nr. 1294 /43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin W-35, den
Lützowstraße-40/40
Postfach 48

17.4.1943

g. Berlin-Wilmersdorf 1
g. Hohenzollernbaum 31
Postfach 58

Geheim!

Betr.: ~~II~~-Brigadeführer G u t t e r e r
Bezug: Schreiben v. 14.4.1943 - Tgb.Nr. 49/7/43 g.

An den

Reichsführer-~~II~~
Persönlicher Stab

~~II~~-Obersturmbannführer Dr. B r a n d t.

Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Lieber Doktor!

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man im vorliegenden Falle überhaupt nichts machen soll. Es ist eine maßlose Unverschämtheit, einen derartigen Brief an den Reichsführer-~~II~~ zu schreiben, uns womöglich jetzt dafür verantwortlich zu machen, daß unsere Ostpolitik nun eben einmal, was die ganze Welt sieht, vollkommen falsch war. Wir wissen genau, was wir tun wollen, nur der Herr G u t t e r e r nicht. Im übrigen ist ebenfalls der ganzen Welt bekannt, daß unsere Propaganda einen merkwürdigen Tiefstand erreicht hat, der mit dem aus dem Jahre 1918 zu vergleichen ist, und daß wir uns von den Methoden unserer Herren Gegner noch jeder Richtung ein Stück abschneiden können.

Alte Methode: Halte das Stück. In Wirklichkeit, lieber Doktor, (glauben Sie nicht, daß ich an Verfolgungswahnsinn leide), denken Sie bei diesen Dingen immer daran, daß wir im Augenblick wieder einmal sehr viele Feinde haben, nicht weil wir uns etwas haben zuschulden kommen lassen, sondern weil wir arbeiten, nicht meckern, treu zum Führer halten und damit auch voran kommen. Hier textlich etwas zu ändern, kommt ja garnicht in Frage, ganz abgesehen davon, daß der deutsche Markt von diesem Heft voll gesättigt ist, eine Änderung überhaupt nicht möglich, da keine Neuauflage mehr kommen wird.

9

Ich werde gelegentlich einmal G u t t e r e r meine
Meinung sagen.

Heil Hitler!

4-Gruppenführer

4-Gruppenführer

18 APR 1943

Reichssicherheitshauptamt

Nachrichten-Uebermittlung

Personlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftliche Meldung
Geh. / 1886

10

Aufgenommen Zeit Tag Monat Jahr		Raum für Eingangstempel		Befördert Zeit Tag Monat Jahr	
von durch		an durch			
N.-Ü. Nr. 489		Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch			

BLN. NUE. NR. 89428 14.5.43 2040=CS=

AN SS - OBERSTUF. DR. BRANDT - PERS. STAB
DES RFSS - FELDKOMMANDOSTELLE.-

BETR.: VERTRIEB DER BROSCUERE "DER UNTERMENSCH" -

VORG.: DORT . FS. 635 V. 13.4.43 .-

UNTER BEZUGNAHME AUF DIE DORTIGE ANFRAGE WIRD GEBETEN,

DAS SCHREIBEN DES REICHSFUEHRERSS-SS AN

STAATSSSEKRETAER GUTTERER PROPAGANDAMINISTERIUM :

NACHZUREICHEN, DA DIE DURCHSCHRIFT NICHT BEIGELEGEN

HAT. DER VORGANG WIRD DANN UMGEHEND ERLEDIGT,

NACHDEM DIE ERFORDERLICHEN FESTSTELLUNGEN GETROFFEN

WORDEN SIND.-

RSA - III C 4 - I. A. GEZ. V. KIELPINSKI, SS - STUBAF. +

Heftrand



17.5-43

Geheim

Heil Hitler!

4-Hauptsturmführer.

72.5

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

11
Berlin SD 60: dem 11. Sep. 1940 19
Militärstraße 102 Prinz-Albrechtstr. 9

III C 4 - v.K.MeI.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum angeben



An
- Obersturmbannführer Dr. Brandt
Persönlicher Stab des RFH

22.9.

Commandostelle

Betr.: Vertrieb der Broschüre "Der Untermensch" durch den Nordland-
Verlag in den besetzten Gebieten.
Vorg.: Dort. Tagebuch-Nr. A49/122/43.

Lieber Kamerad Brandt!

Mir kommen soeben die Vorgänge wieder in die Hand, die um die Broschüre "Der Untermensch" und ihre zum Teil sehr positive Wirkung im Inland entstanden sind. Dabei ergibt sich, dass die seinerzeitige Anfrage, welche Vertreter des Reichspropagandaministeriums eine negative Aufnahme im Reichskommissariat Ostland befürchtet haben, noch nicht erledigt ist.

Im vergangenen Jahr unternahm der Staatsleiter der Reichspropaganda-
leitung, Pg. H a d a m o w s k y, mit Vertretern der Abteilung Ost
des Propagandaministeriums (Ministerialrat Dr. T a u b e r t u.a.),
Vertretern des Ostministeriums und des OKW. eine Inspektionsfahrt,
um sich von der Wirkung der deutschen Propaganda in den besetzten
Ostgebieten selbst ein Bild zu machen. An der Fahrt nahmen H - Haupt-
sturmführer B r a n d e n b u r g und ich selbst teil.

Bei einer Besprechung mit dem Propagandareferenten beim Gebiets-
kommissar in Wilna kam die Sprache darauf, dass der Vertreter des
Nordland-Verlages in Riga eine Grosswerbung für die Broschüre "Der
Untermensch" im Reichskommissariat Ostland in Gang bringen wollte.
Die Vertreter des Reichspropagandaministeriums, Ministerialrat Dr.
T a u b e r t, insbesondere aber der Parteigenosse Günther K a u f
m a n n sowie die Vertreter des Ostministeriums beabsichtigten, auf
Grund der bis dahin getroffenen Feststellungen über die Gesamtsituation

Reichskommissariat Ostland
Berlin

13

Reichskommissariat Ostland
Berlin

- 2 -

im Reichskommissariat Ostland in Berlin vorstellig zu werden, um einen weiteren Vertrieb der Broschüre unter Letten, Esten und Litauern zu verhindern.

Im Hinblick darauf, dass an der Fahrt Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes beteiligt waren, wurde aber schliesslich an sie die Bitte herangetragen, die gegen einen Grossvertrieb der Broschüre "Der Untermensch" im Ostland bestehenden Gesichtspunkte unmittelbar auf dem Dienstweg der $\frac{1}{2}$ Vorzutragen. Dies ist dann mit der seinerzeitigen Meldung von III C, anknüpfend an einen Fernschreibe-Bericht aus Wilna vom 10.8.42, geschehen.

Ich glaube, dass damit der Vorgang abgeschlossen sein kann.

Heil Hitler!

[Signature]
- Sturmbannführer.

